

# Das Parlament

Berlin, 30. September 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 40-41 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Sorge vor einem Exodus

**Nikol Paschinjan** Armeniens Regierungschef fürchtet einen Exodus in der bisher mehrheitlich von Armeniern bewohnten Kaukasusregion Bergkarabach. Nach der erfolgreichen Militäroffensive Aserbaidschans verkündeten die dortigen Behörden am Donnerstag die Auflösung der selbsternannten Republik, die völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört. Seitdem sind zehntausende Armenier geflüchtet. Paschinjan sprach von einem „Akt der ethnischen Säuberung, vor dem wir die internationale Gemeinschaft gewarnt haben“, und forderte diese auf, jetzt „angemessene politische und rechtliche Entscheidungen“ zu treffen. Armenien plant als Reaktion, dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beizutreten (mehr zum Thema auf Seite 10). *Johanna Metz*

**ZAHL DER WOCHE**

**88.000**

Armenierinnen und Armenier sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (Stand Freitag) seit dem Angriff Aserbaidschans auf Bergkarabach geflüchtet. Damit hat über die Hälfte der Bevölkerung die Kaukasusregion verlassen.

**ZITAT DER WOCHE**

»Wir sollten aufhören, Gas aus Aserbaidschan zu kaufen.«

**Anton Hofreiter** (Grüne), Vorsitzender des Europaausschusses im Bundestag, fordert angesichts des aserbaidschanischen Angriffs auf Bergkarabach EU-Sanktionen.

**IN DIESER WOCHE**

**INNENPOLITIK**  
**Irreguläre Migration** Fraktionen machen sich wechselseitig Vorhaltungen **Seite 5**

**INNENPOLITIK**  
**Sicherheit** Union fordert mehr Härte gegen Clankriminalität **Seite 6**

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Bau** Bundesregierung will den Bau von Wohnungen beschleunigen **Seite 7**

**EUROPA UND DIE WELT**  
**Polen** Wie eine Provinzstadt zum Knotenpunkt der Ukrainehilfe wurde **Seite 10**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Partner und Rivalen

**AUSWÄRTIGES** Bundestag debattiert über China-Strategie der Bundesregierung

Von der „Werkbank der Welt“ zum innovationsgetriebenen Hochtechnologieland: Die Volksrepublik China hat sich innerhalb einer Generation in Siebenmeilenschritten auf den Weg gemacht, um zu einer führenden Industrie- und Weltmacht zu werden. Mit diesem Aufstieg, bei dem es sich in der fünftausendjährigen Geschichte der chinesischen Zivilisation genau genommen um die Rückkehr zu einer historischen Normalität handelt, ist eine Verschiebung der Weltpolitik vom atlantischen in den pazifischen Raum verbunden, über die sich westliche Regierungen den Kopf zerbrechen.

Im Sommer hat die Bundesregierung nach Monaten interner Abstimmung ihre China-Strategie (20/7770) vorgelegt. Es ist ein Dreiklang, der China als Systemkonkurrenten benennt, der das eigene autoritäre Modell im globalen Maßstab durchsetzen will, zugleich als beinhalten Wettbewerber im Wettlauf um Märkte und Ressourcen, aber auch immer noch als größten Handelspartner, mit dem es sich Deutschland nicht vollends verscherzen kann und will.

In der Debatte über diese Strategie warnte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) am Donnerstag im Bundestag vor einer wachsenden Gefahr von Konflikten mit der Volksrepublik. „China verändert sich als Partner, als Wettbewerber und zunehmend als systemischer Rivale.“ Mit der Strategie gebe die Bundesregierung den Beziehungen zu China erstmals einen festen Rahmen. „Wir wollen überall dort kooperieren, wo das möglich ist, aber auf der Grundlage von gemeinsamen und fairen Regeln.“

»Scheuklappen« Johann David Wadehul (CDU) nannte den Aufstieg Chinas die „zentrale epochale Herausforderung des 21. Jahrhunderts“. Das Land verfolge unter Präsident Xi Jinping das Ziel einer chinesisch geprägten Weltordnung und „stellt sich damit in einen Gegensatz zu uns, die wir eine wert- und regelbasierte Weltordnung verteidigen und gestalten wollen“. Der Koalition warf Wadehul „ideologische Scheuklappen vor“. Das gelte für die Suche nach „schwierigen, aber notwendigen“ Partnern wie Saudi-Arabien genauso wie für ein Handelsabkommen mit Südamerika. „Die chinapolitische Zeitenwende der Bundesregierung steht aus.“

Michael Müller (SPD) sprach von der Sorge einer zunehmenden Konfrontation Chinas und der USA. Es gehe dabei nicht allein um das Thema Taiwan und die strategische Bedeutung der Produktion von Halbleitern,



China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner: 2022 beliefen sich die In- und Exporte auf einen Wert von rund 290 Milliarden Euro

© picture-alliance/photothek/Ute Grabowski

sondern um einen Machtanspruch im Indopazifik, um Handelswege, Ressourcen und die Machtverteilung in diesem geopolitischen Raum für die nächsten hundert Jahre. Es brauche Formate, die das Risiko einer Eskalation „vermindern oder im besten Falle verhindern“, sagte Müller. Die China-Strategie sei eine gute Grundlage, um eigene Interessen und Ziele formulieren, aber weiterhin mit China „im Dialog und einer kritischen Partnerschaft“ zu bleiben.

»Blockdenken« Petr Bystron (AfD) monierte, dass die Bundesregierung mit der Kontinuität der deutschen Außenpolitik der Nachkriegszeit breche. Es gehe nicht um Weiterentwicklung der Beziehungen mit dem wichtigsten Handelspartner Deutschlands, sondern um neue Abgrenzung. „Sie errichten eine neue Chinesische Mauer, statt die Seidenstraße weiter auszubauen.“ Die Bundesregierung folge damit blind den Vereinigten Staaten, denen China zu mächtig geworden sei. Es

sei die Wiederkehr des alten Blockdenkens: „wir oder die.“ Dabei sei die Welt längst nicht mehr mono- oder bipolar, sondern multipolar.

»Nach der bitteren Erfahrung mit Russland müssen wir auf der Hut sein.«  
*Ulrich Lechte (FDP)*

bei nicht um „Entkopplung“ von China, sondern um den Abbau von Verflechtungen in kritischen Bereichen, etwa um das Entfernen von Huawei-Komponenten in der kritischen Infrastruktur. Gesine Lötzsch (Die Linke) nannte den China-Kurs der Bundesregierung „ein Spiel mit

dem Feuer“. Diese sehe in China einen Rivalen und eine Gefahr, dabei müsse es darum gehen, China weiter als Partner zu sehen, und dort, wo es nötig ist, als Partner zurückzugewinnen. „Kooperation schafft Sicherheit, Wirtschaftskrieg schafft Unsicherheit.“ Nach dem ersten Standbein der deutschen Wirtschaft, „billiges Gas aus Russland“, solle nun auch das zweite Standbein, der Handel mit China, wegfallen. „Ersatzbeine gibt es aber weit und breit nicht.“

Menschenrechte Diese Gefahr betont freilich auch die Bundesregierung in ihrer China-Strategie. Mit Sorge betrachte sie Bestrebungen Chinas, die internationale Ordnung entlang der Interessen seines Einparteiensystems zu beeinflussen und dabei auch Grundfesten der regelbasierten Ordnung, wie etwa die Stellung der Menschenrechte, zu relativieren. Systemische Rivalität bedeute indes nicht, dass keine Zusammenarbeit möglich sei. „Im Gegenteil: Die Bundesregierung sucht die Zusammenarbeit, zu fairen Bedingungen.“ Eine Minderung von Risiken (De-Risking) sei dringend geboten, „eine Entkopplung unserer Volkswirtschaften (De-Coupling) lehnen wir hingegen ab.“  
*Alexander Heinrich*

## EDITORIAL Spiel um Kontrolle

VON CHRISTIAN ZENTNER

Das Titelbild der ersten deutschen China-Strategie zeigt das chinesische Brettspiel Weiqi. Ähnlich wie Schach wird Weiqi auf einem quadratischen Gitterfeld gespielt, auf das zwei Personen abwechselnd schwarze oder weiße Steine setzen. Am Ende gewinnt, wer den größeren Teil des Spielbretts kontrolliert. Man darf vermuten, dass sich die Bundesregierung bei diesem Titelbild etwas gedacht hat. Die China-Strategie als Antwort auf Chinas globales Weiqi-Spiel um vorteilhafte Positionen und Kontrolle.

Das Problem: Weiqi gilt als eines der komplexesten Strategiespiele und in China spielte man das bereits vor der echten Zeitenwende, also vor Christus Geburt. Vielleicht war es für eine China-Strategie der Bundesregierung also höchste Zeit. In der Strategie wird deutlich beschrieben, wie kompliziert der Umgang mit China geworden ist und die strategische Analyse wird im Bundestag breit geteilt. Streit gibt es darum, welche Konsequenzen zu ziehen sind, um sich gegenüber dem Riesenreich – etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt dort – zu behaupten. CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen beklagt im Interview die fehlenden Antworten in der Analyse (Seite 2).

China wird absehbar ein unverzichtbarer Partner sein, sowohl für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands als auch für die Bewältigung globaler Herausforderungen. Die Strategie legt aber auch dar, dass China immer offensiver aufträte und versuche, die bestehende regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten. Wirtschaftlich sei die chinesische Politik darauf ausgerichtet, die eigene Abhängigkeit vom Ausland zu verringern und gleichzeitig die Abhängigkeit anderer von China zu verstärken.

Ein Kalkül, das für Peking immer öfter aufgeht, wie Johann Wadehul (CDU) in der Debatte zur China-Strategie im Bundestag am Beispiel einer UN-Resolution zur Misshandlung und Internierung der muslimischen Minderheit der Uiguren in China aufzeigte. Die Resolution sei von keinem afrikanischen Staat unterstützt worden, aus Sorge vor einer Belastung der Beziehungen zum Reich der Mitte. Im Bundestag duckt man sich davor nicht weg, zur Unterstützung der Uiguren hat sich erst kürzlich ein überparteilicher Parlamentskreis neu gegründet. Im Parlamentarischen Profil stellen wir in dieser Ausgabe Derya Türk-Nachbaur (SPD) vor, eine Mitgründerin des Parlamentskreises.

## Bewegung in Brüssel, Schlagabtausch in Berlin

**MIGRATION** Fraktionen liefern sich heftige Kontroverse über Begrenzung der hohen Flüchtlingszahlen

Hartes Ringen in Brüssel, heftige Rhetorik in Berlin, Rettungsrufe aus Ländern und Kommunen: Die hohen und weiter steigenden Flüchtlingszahlen fordern die Europäische Union und Deutschland auf allen Ebenen. Im EU-Innenministerrat zeichnete sich am Donnerstag ein möglicherweise bevorstehender Durchbruch ab, als Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in Brüssel ankündigte, dass Deutschland einem neuen Textvorschlag zur sogenannten Krisenverordnung zustimme. Die Verordnung gilt als ein Kernelement der angestrebten EU-Asylreform zur Begrenzung irregulärer Migration. Die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärte am Donnerstagabend nach den Verhandlungen der EU-Innenminister, die formale Entscheidung werde in den nächsten Tagen folgen.

»Troll-Account« Im Bundestag nutzten derweil Opposition und Regierungskoalition nicht zuletzt im Schatten der bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen, bei der Faeser als SPD-Spitzenkandidatin antritt, mehrere Debatten zu einem scharfen Schlagabtausch über die Flücht-



Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Donnerstag in Brüssel am Rande der EU-Beratungen über die angestrebte Asylreform

© picture-alliance/AA/Dursun Aydemir

lingspolitik der Bundesregierung (siehe Seite 5). Dabei warf etwa CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt der Regierungskoalition von SPD, Grünen und FDP vor, sie wolle illegale Migration an den Grenzen zu Polen und Tschechien nicht stoppen. Auf heftige Kritik der Ampelkoalition und der Linken stießen zugleich Talkshow-Au-

ßerungen von CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) zur Gesundheitsversorgung von Migranten, die sich in Deutschland „die Zähne neu machen“ liefern, während „die Deutschen Bürger nebenan“ keine Arztermine bekämen. Merz' Aussagen seien „objektiv falsch und menschlich niederrütig“, befand etwa Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz

im Parlament und attestierte dem CDU-Vorsitzenden das „Niveau eines russischen Troll-Accounts“.

Grenzkontrollen Im Streit um nationale Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration bekräftigten Union und AfD die Forderung nach stationären Kontrollen der Bundespolizei auch an den Grenzen zu Polen und Tschechien. Am Mittwoch hatte Bundesinnenministerin Faeser in Ergänzung zur Schleierfahndung im Grenzgebiet flexible Schwerpunktkontrollen der Bundespolizei an den Schleuserouten angeordnet, die ihrem Ministerium zu Folge zeitweise auch unmittelbar an der jeweiligen Grenzlinie erfolgen. Bis Ende August stellte die Bundespolizei in diesem Jahr laut Bundesinnenministerium bundesweit bereits rund 71.000 unerlaubte Einreisen fest.  
*Helmut Stoltenberg*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

STRATEGIE OHNE BISS?

Konkreter, bitte!

PRO



Viktoria Bräuner, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Deutschland hat seine erste China-Strategie – das ist gut. Denn eine ist, logisch, besser als keine. Viele der angekündigten Maßnahmen sind wichtig, wie etwa der Ausbau der China-Kompetenz, eine Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Reduzierung von Abhängigkeiten und die Begrenzung von Sicherheitsgarantien für die China-Geschäfte deutscher Unternehmen. Mit Blick auf Taiwan wird ganz richtig verdeutlicht: „Eine Veränderung des Status quo in der Straße von Taiwan darf nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen. Eine militärische Eskalation würde auch deutsche und europäische Interessen berühren.“ Heißt: Chinas Drohungen sind keine regionale, sondern eine globale Gefahr. Schade ist, dass zwar dem Schutz kritischer Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Bedeutung zugemessen wird, konkrete Aspekte wie der Schutz der Häfen aber nicht explizit erwähnt werden. Nach der Debatte um den Anteilskauf des chinesischen Staatsunternehmens Cosco an einem Terminal im Hamburger Hafen lag dies doch eigentlich auf der Hand. Alle sechs beteiligten Bundesministerien hatten im Oktober 2022 klar vor diesem Geschäft gewarnt; am Ende setzte sich das Kanzleramt mit einem Kompromiss durch. Wünschenswert wäre gewesen, dass die in diesem Prozess gewonnenen Erkenntnisse konkreter in die Strategie eingeflossen wären. Auch fehlt eine klare Priorisierung. Gibt es einen Aktionsplan, was die Regierung bis wann zuerst angehen möchte? In 83 Wochen hat sie sich die China-Strategie hart erkämpft. Das Ergebnis wurde lange genug gefeiert. Jetzt müssen die einzelnen Punkte mit Leben gefüllt werden. Sonst bleibt das Papier, was es aktuell ist: 64 Seiten ohne Biss.

Ein fester Rahmen

CONTRA



Kerstin Münstermann, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Es war ein sehr umstrittenes Thema zwischen Kanzleramt und Außenministerium: die China-Strategie. Am Ende wurde sie nur von Außenministerin Annalena Baerbock präsentiert, Kanzler Olaf Scholz verzichtete auf einen Auftritt. Kritiker monierten, die Strategie sei zu chinafreundlich, andere fanden sie mit Blick auf die Herausforderungen dieser großen und zunehmend selbstbewusster auftretenden autokratischen Wirtschaftsmacht ohnehin überflüssig. Doch dass sich die deutsche Politik überhaupt einen festen Rahmen gegeben hat, ist zu begrüßen. Der Dreiklang: Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale ist auch mit Blick auf jüngste innenpolitische Ereignisse in China, wie das Verschwinden von Ministern, sowie außenpolitischer Drohgebärden zutreffend. Die China-Strategie listet bewusst eine ganze Reihe von Problemen auf – etwa, dass China außenpolitisch seinen Weltmachtanspruch zunehmend offensiv vertritt, und dass es die internationale Ordnung entlang der Interessen seines Einparteiensystems zu beeinflussen versucht. Auch dass es handelspolitisch den Zugang für ausländische Unternehmen zum chinesischen Markt erschwert, wird erwähnt, ebenso, dass die Volksrepublik repressiv gegenüber der eigenen Bevölkerung auftritt. Dennoch werden Geschäfte der Industrie mit dem Land von politischer Seite aus ermöglicht – allerdings laut Strategie auf eigene Gefahr der Unternehmen. Sollte es zum Bruch mit China kommen, wird der Staat nicht einspringen. Diese Position muss die Bundesregierung der Wirtschaft gegenüber weiter deutlich machen. So gesehen wäre eine Russland-Strategie in den Jahren zuvor auch schon eine gute Idee gewesen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Röttgen, im Sommer haben Sie anlässlich der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen die Vermutung geäußert, in der angekündigten China-Strategie der Bundesregierung werden sich nur Allgemeinplätze finden. Fühlen Sie sich darin bestätigt?

Ja. Die sogenannte China-Strategie ist im Wesentlichen eine Beschreibung des Status quo. Es fehlt die konkrete Politik, es fehlen die Konsequenzen, die man aus dieser Beschreibung ableiten möchte und dass, obwohl so lange um diese Strategie gerungen wurde. Ich fürchte, daran wird sich auch nichts ändern.

Weil die Bundesregierung uneins ist?

Auch in dieser zentralen Frage der deutschen Außenpolitik ist die Ampel gespalten. Dem, was die Außenministerin und der Wirtschaftsminister zu dem Thema sagen, kann ich oft zustimmen. Die beiden kämpfen aber nicht für eine Kurskorrektur. Darum bleibt es bei dem vom Bundeskanzler vertretenen ‚Weiter so‘.

Sie haben Olaf Scholz für seine Bittsteller-Haltung bei den Regierungskonsultationen kritisiert. Aber welche Hebel haben wir denn, um China mehr als nur zu bitten, Umweltschutz und Menschenrechte zu beachten?

Der entscheidende Hebel ist unsere eigene wirtschaftliche Stärke, in die wir auch investieren müssen. Ich bin für eine umfassende Politik gegenüber China, die Beziehungen unterschiedlichster Art zu dem Land pflegt – auch wirtschaftliche Beziehungen. Ich plädiere aber dafür, dass wir uns aus der Position der Abhängigkeit, in der wir uns vor allen Dingen im wirtschaftlich-industriellen sowie im Bereich von Rohstoffen befinden, befreien. China hat kein großes Nachsehen mit Ländern, die auf ihnen abhängig sind. Wir müssen also auf unsere Stärke als Land, in der EU und im transatlantischen Kontext setzen.

Anders als der Bundeskanzler tritt die Außenministerin China gegenüber recht forsch auf. Zuletzt nannte Annalena Baerbock den chinesischen Präsidenten Xi Jinping einen Diktator. Was halten Sie davon?

Inhaltlich ist die Aussage auf jeden Fall richtig. Sie war zugleich aber auch unklar und unprofessionell. Ich denke, ihr ist das Wort rausgerutscht im Rahmen eines Interviews auf Englisch. Aber auch das darf der deutschen Chefdiplomatin nicht passieren. China ist sehr am eigenen Image, an seiner Reputation interessiert. Das war ein Lapsus, der unnötige Kosten mit sich bringt, ohne dass man damit etwas bewirkt.

Sie sagen, China legt viel Wert auf sein Image. Aber offenbar ist es der Führung egal, dass das Land mit Abstand der weltweit größte CO2-Emittent ist und ihm von Amnesty International eine stetige Verschlechterung der Menschenrechtslage attestiert wird.

Das ist China überhaupt nicht egal. Daher reagiert das Land auch äußerst allergisch gegenüber Kritik in diesen Bereichen. Bei den Menschenrechten ist dann ihr Argumentationspanzer: Es gebe ein unterschiedliches Verständnis von Menschenrechten, ihres und das des Westens. Kritik verbittet sich China daher als Einmischung in innere Angelegenheiten. Dabei ist klar, dass ein wesentlicher Sinn international anerkannter Menschenrechte gerade auch im Schutz von Menschen gegen ihre eigene Staatsgewalt liegt.

Die Bewertung Chinas in den deutschen Medien ist alles andere als eindeutig: Mal ist von der kommenden Supermacht die Rede und davon, dass der Yuan den Dollar als Leitwährung ablösen wird. Dann heißt es wieder, die aktuelle

»Eigene Stärke fördern«

NORBERT RÖTTGEN Die deutsche Wirtschaft muss ihre Abhängigkeit von China reduzieren, meint der CDU-Außenpolitiker



© Tobias Koch

Immobilienkrise werde zu einer formidablen Finanzkrise und reiße das Land in den Abgrund. Wie sieht es wirklich aus?

Beides ist ein Teil der Wirklichkeit. China hat in den letzten 15 Jahren einen enormen wirtschaftlichen Fortschritt erreicht und ist zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt angestiegen. In manchen Bereichen ist China Technologieführer. Aber China steht gleichzeitig vor enormen strukturellen Herausforderungen. Das Wirtschaftswachstum ist aktuell weit hinter dem, was alle Experten immer für notwen-

dig gehalten haben. Es gibt in dem Land zudem inzwischen eine große Jugendarbeitslosigkeit. Das größte Problem Chinas ist aber die Demografie, die alternde Gesellschaft als eine Folge der Ein-Kind-Politik. Das wird die unbedingt nötige Innovationsfähigkeit des Landes stark hemmen und ist ein starker Nachteil gegenüber der viel jüngeren amerikanischen Gesellschaft. Akut ist im Moment die Immobilienkrise. Wegen der großen binnenwirtschaftlichen Bedeutung des Immobilienmarktes macht das den Chinesen große Sorgen.

Probleme haben wir ja auch. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ist gerade im Sinken. Haben wir denn wirtschaftlich gesehen für China noch eine große Bedeutung?

Deutschland ist für China ein ganz wichtiges Land – wirtschaftlich, industriell, aber auch politisch. Aber es stimmt: Wir haben in Deutschland inzwischen strukturelle wirtschaftliche Schwächen, gegen die wenig bis nichts getan wird. Damit erodiert am Ende auch die Basis unserer Außenpolitik, denn wirtschaftliche Stärke verleiht Außenpolitik Nachdruck auf der internationalen Bühne. Nicht nur die Wirtschaft schwächelt, auch die Abhängigkeit ganzer industrieller Branchen von China als Wachstumsmarkt besteht fort oder intensiviert sich weiter. Das ist eine Situation, die uns schwer verwundbar macht, wenn es mal zu einem heftigen Konflikt mit China kommen sollte – etwa in der Taiwanfrage.

Wird es dazu kommen?

Das ist zumindest nicht auszuschließen. Die Wiedervereinigung Festland-Chinas mit Taiwan ist nationales und kommunistisches Pflichtprogramm und soll mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Also auch mit Zwang, weil sich Taiwan nicht freiwillig anschließen wird. Wenn es zu einem militärischen Konflikt kommt, wird das einen globalen ökonomischen Kollaps zur Folge haben. Wir werden uns Sanktionen gegen China anschließen, was zu Vergeltungssanktionen Chinas gegen Deutschland und die deutsche Wirtschaft führen wird. Die Folgen der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas sind nur ein Bruchteil der wirtschaftlichen Dimension unserer Abhängigkeit von China.

Vom De-Risking ist ja in der China-Strategie die Rede.

Das ist auch das richtige Wort. Es geht eben nicht um eine Abschottung. Risikoabbau ist das richtige Leitmotiv. Aber dann muss auch das Risiko benannt und etwas getan werden. Bei Rohstoffen und der industriellen Wachstumsfähigkeit – da sehe ich überhaupt nichts. Positiv sehe ich den Bereich 5G. Hier zeichnet sich erfreulicherweise eine Kurskorrektur ab: Die Bundesregierung will, dass in den Regionen der beiden Regierungssitze Berlin und Bonn chinesische Bestandteile aus dem 5G-Netz entfernt werden. Im Übrigen soll der Anteil chinesischer Bestandteile auf 25 Prozent begrenzt werden. Das ist eine Veränderung, die ich begrüße.

Wären Sie heute in der politischen Verantwortung: Wie würde Ihre China-Strategie aussehen?

Viele der benötigten Kurskorrekturen sind nicht von jetzt auf heute zu verwirklichen. Am wichtigsten ist aber eine gemeinsame, von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft getragene Außenwirtschaftsstrategie und eine heimische Wachstumsstrategie. Man muss mit der Industrie eine Übereinkunft erzielen, die Abhängigkeit zu reduzieren. Das geht nur gemeinsam. Gleichzeitig müssen wir eigene Stärken entwickeln. Auch wir in Deutschland können Rohstoffe abbauen, wir müssen stärker diversifizieren. Wir brauchen alternatives Wachstum, das nicht mit geopolitischer Abhängigkeit verbunden ist. Der Kern einer China-Strategie muss also eigentlich eine deutsche Wachstumsstrategie sein. Eine solche Strategie braucht Zeit. Je früher wir damit anfangen, umso besser.

Das Gespräch führte Götz Hausding.

Norbert Röttgen (CDU) sitzt seit 1994 im Bundestag und ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, dessen Vorsitzender er von Januar 2014 bis Oktober 2021 war. |

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Durchboxerin: Derya Türk-Nachbaur

Zu Beginn des Gesprächs gibt sie sich diplomatisch. „Ich wusste, dass sich die Bundesregierung einen großen Kopf machen wird“, sagt Derya Türk-Nachbaur über die China-Strategie der Bundesregierung, die vergangene Woche erstmals im Bundestag diskutiert wurde. 64 Seiten lang, nach 83 Wochen Verhandlungen innerhalb der Koalition. Und, wer hat sich nun durchgesetzt, das Kanzleramt oder das Auswärtige Amt?

Türk-Nachbaur lacht. Eine Fangfrage. Ist sie doch SPD-Abgeordnete und damit dem von Sozialdemokraten geführten Kanzleramt nahe, aber als Menschenrechtspolitikerin dürfte ihr auch der stärker werbetasierter Ansatz der grünen Außenministerin Annalena Baerbock gefallen. „Beide Handschriften sind erkennbar“, antwortet sie salomonisch. „Da hat man gut miteinander kooperiert. Was dort steht, tragen alle in der Regierung.“

Es ist mittags, gleich muss sie zur Fraktion. Auf China blickt Türk-Nachbaur, 50, aus dem Wahlkreis Schwarzwald-Baar, auch mit den Augen des erst in der vorvergangenen Woche gegründeten „Parlamentarischen Uiguren“, in dem sie sich engagiert. „Wir haben uns vorgenommen, dem Leid der Uiguren eine Stimme zu verleihen“, sagt sie. In der chinesischen Provinz Xinjiang fallen die muslimischen Uiguren zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung in Peking zum Opfer. Für Türk-Nachbaur ein Grund zum Engagement im Parlamentskreis, dem Kollegen mehrerer Fraktionen angehören: Einerseits ist sie Mitglied im Menschenrechtsausschuss, und andererseits gelten für sie geringere Sprachbarrieren: Ihre El-

tern kommen aus der Türkei, und es bestehen sprachliche Verwandtschaften zwischen dem Türkischen und der Turksprache der Uiguren. „Ich habe nicht den Eindruck, dass man sich in Deutschland mit ihrem Schicksal angemessen auseinandersetzt“, sagt sie. „Aber daraus will ich keinen Vorwurf machen. Es gibt ja so viele Krisen. Aber dafür haben wir den Freundeskreis als Bühne gegründet.“ In China sieht sie einen Handlungspartner, dessen Regierung man sich nicht aussuchen kann. Umso wichtiger sei es, aufmerksamer gegen-



© DBT/Ingo Haar

»Wir haben uns vorgenommen, dem Leid der Uiguren eine Stimme zu verleihen.«

über dem Staat zu sein. „Deutschland ist keine Insel.“ Die SPD war Türk-Nachbaur natürliche Heimat. In einer Familie von „Gastarbeitern“ in Paderborn aufwachsend, saß sie als Kind auf den Schultern ihres Vaters, wenn der Gewerkschafter zum 1. Mai ging, sie rote Nelken verteilte, den Wert von Gerechtigkeit kennenlernte. Und Erfahrungen machte, welche Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Familie ereilen: Etwa ihre Freun-

din, die zuhause immer willkommen war, aber wenn Derya vor ihrer Tür stand, habe sie deren Mutter gehört: „Das Türkenmädchen kommt mir nicht rein.“ Oder ein anderes Mal, da war sie acht Jahre alt, habe ihr Bruder seinen Fußball gegen ein Garagentor geschossen; ein Mann sei herausgekommen, habe ihn mit den Worten „Du Kanacke!“ hochgehoben, an die Garagentür gedrückt und die Nase blutig geschlagen; die Polizei daraufhin: Anzeige gegen unbekannt, das verfolge man nicht. „Dabei wussten wir genau, wo er wohnte.“ Türk-Nachbaur boxte sich durch. Begann nach dem Abi ein Studium der Neueren deutschen Literatur, Medienwissenschaft und Amerikanistik, bekam zwei Kinder – und wurde alleinerziehend. Musste die Familie ernähren, brach das Studium ab und ging arbeiten, machte später eine Ausbildung zur Versicherungsfachfrau. Auf Ungerechtigkeiten, sagt sie, reagiere man verschieden. „Entweder man bedauert sie auf der Couch oder geht sie an.“ Keine Frage, wofür sie sich entschied. Richtig in die Politik kam Türk-Nachbaur, als ihr Mann 2018 aus Protest gegen die Neuaufgabe der Großen Koalition aus dem Gemeinderat aus Bad Dürkheim ausschied, später auch aus der Partei. „Ich war damals Ortsvereins- und Kreisvorsitzende und beschwor ihn, innerhalb der SPD auf Reformen zu setzen“, erinnert sie sich. Und rückte für ihn nach. „Im Rückblick war das Regierungsbündnis von Union und SPD vielleicht doch ganz gut“, sagt sie. „Vieles trug sozialdemokratische Handschriften.“ Dann kam die Kandidatur für den Bundestag 2021. Mit ihrer Kindheitsfreundin von damals ist sie übrigens bis heute befreundet. Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss  
29. September 2023

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 32  
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS  
Wir vermeiden CO<sub>2</sub> durch den Versand mit der Deutschen Post

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah)

Redaktion  
Dr. Stephan Balling (bal)  
Lisa Brüßler (lbr)  
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)  
Claudia Heine (che)  
Nina Jeglinski (njk)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Johanna Metz (joh)  
Elena Müller (emu)  
Sören Christian Reimer (scr) CvD  
Sandra Schmidt (sas)  
Michael Schmidt (mis)  
Denise Schwarz (des)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD, rechts) und Li Qiang, Ministerpräsident von China, im Juni bei den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen in Berlin. Themen waren die weitere Zusammenarbeit, Wirtschaft und Handel, aber auch die chinesische Reaktion auf den russischen Angriffskrieg. Staatschef Xi Jinping hatte sich nach dem Angriff auf die Seite Russlands gestellt und die Europäer damit brüskiert. © picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

# Schonfrist für Berlin

**CHINA** Bisher fallen die Reaktionen auf die neue Strategie der Bundesregierung im Reich der Mitte verhalten aus

Chinas Diplomaten mögen zwar im Austeilen nicht gerade zimperlich sein, doch bei Kritik kann bereits ein falsches Wort zu einem handfesten Eklat führen: Außenministerin Annalena Baerbock im US-Fernsehen den chinesischen Staatschef Xi Jinping – möglicherweise im Affekt – als „Diktator“ bezeichnete, zeigte sich Peking mehr als empört. Die Äußerung sei eine „offene Provokation“, „absurd“ und „verletze ernsthaft die Würde Chinas“, entgegnete Außenamtssprecherin Mao Ning. Prompt bestellte Peking auch die deutsche Botschafterin ein.

**»China hofft, dass Deutschland die Entwicklung objektiv betrachtet.«**

Wang Wenbin, Sprecher des Außenministeriums

Die deutsch-chinesischen Beziehungen stehen dieser Tage auf dem Prüfstand, wieder einmal. Denn am Donnerstag hat der Bundestag erstmals die bereits im Juli veröffentlichte China-Strategie der Bundesregierung beraten (siehe Seiten 1 und 2), ein Dokument, das nicht weniger als eine Zäsur in den bilateralen Beziehungen darstellt: Zum einen erkennt Berlin darin die zentrale Bedeutung der aufstrebenden Weltmacht China an. Gleichzeitig lotet die Bundesregierung ihr Verhältnis zum sich verändernden Reich der Mitte aus: zwischen Partner, Wettbewerber und systemischer Herausforderung. Insbesondere letzter Aspekt gewinnt immer mehr an Bedeutung.

**Zurückhaltender Rüffel** Dass die Parteikader in Peking alles andere als erfreut auf die China-Strategie reagieren würden, war zu erwarten. So bezeichnete Wang Wenbin, Sprecher des Pekinger Außenministeriums,

das Dokument nur wenige Stunden nach der Veröffentlichung als kontraproduktiv: „China hofft, dass Deutschland die Entwicklung in China umfassend und objektiv betrachtet.“ Doch nach dem Rüffel folgten umgehend versöhnliche Worte: „Tatsächlich gibt es zwischen China und Deutschland weit mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede und unsere Zusammenarbeit überwiegt bei weitem den Wettbewerb.“

Das Außergewöhnliche an der Replik war vor allem, dass sie überaus zurückhaltend ausfiel. Peking ließ keinen Zweifel daran, dass Deutschland – als wichtigster europäischer Handelspartner – weiterhin eine Schonfrist genießt. Andere westliche Staaten hingegen verfügen nicht über diesen Bonus: Bei Streitigkeiten mit den USA, Kanada, Japan oder Australien artet die Rhetorik Pekings regelmäßig in obszöne Hasstrreden und offene Drohungen aus.

Berlin profitiert derzeit von einem günstigen geopolitischen Momentum. Denn das Reich der Mitte leidet, kaum zehn Monate nach Ende der rigiden „Null Covid“-Politik, unter einer anhaltenden Wirtschaftsfloute: Die Immobilienkrise lähmt das Wachstum, die Schulden der Lokalregierungen sind riesig und die Jugendarbeitslosigkeit auf Rekordniveau. Gleichzeitig sind Pekings Beziehungen zu den USA derart zertrütert, dass die Parteiführung den Grundkonflikt zwischen den zwei Weltmächten bestenfalls für kurzfristig zähmbar, auf lange Sicht aber für unlösbar hält. Umso wichtiger ist es aus Sicht Chinas, dass man sich nicht auch noch Deutschland überwirft – beide Staaten handelten

im Vorjahr Waren im Wert von knapp 300 Milliarden Euro. Karl Haeusgen hat die neue Charme-Offensive der Chinesen ganz unmittelbar zu spüren bekommen. Als der VDMA-Präsident (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau) im Juli nach China reiste, war die Rhetorik bei den Regierungsgesprächen freundlich wie selten zuvor und die Termine hochrangiger denn je. Selbst Handelsminister Wang Wentao empfing zum gemeinsamen Gespräch.

**Getrübt** Blick Trotzdem ist der deutsche Blick auf den chinesischen Markt deutlich getrübt. Haeusgen spricht von einem „Klumpenrisiko“, das durch die gewachsene Abhängigkeit entstanden sei. Gleichzeitig verfolge die Regierung unter Xi Jinping eine zunehmend „nationalisierende Industriepolitik“, die heimische Staatsbetriebe bevorzuge und ausländische Firmen nicht selten aus dem Markt zu drängen drohe. Für einen Wirtschaftsvertreter, dessen Branche als praktisch eine der wenigen noch ein Handelsüberschuss gegenüber China erzielt, sind das ungewöhnlich deutliche Worte. Tatsächlich ist die bilaterale Bilanz seit der Pandemie rasend schnell aus den Fugen geraten. Betrug das Handelsdefizit zwischen Deutschland und China 2019 noch 14,1 Milliarden Euro, ist es im Vorjahr um das Sechsfache auf mehr als 84 Milliarden Euro angestiegen.

Der Negativtrend spiegelt sich auch in der jüngsten Umfrage der deutschen Handelskammer in Peking wieder. Demnach erwartet mehr als die Hälfte der heimischen Firmen im Reich der Mitte dieses Jahr eine „unveränderte oder schlechtere“ Branchenentwicklung. „Die Stimmung ist nicht so optimistisch wie erhofft“, sagt Jens Hildebrandt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Kammer. Sowohl die langsame wirtschaftliche Entwicklung als auch die geopolitischen Spannungen hätten die Hoffnung auf eine Verbesserung des Geschäftsumfelds relativiert.

Dass die Lage ernst ist, darüber herrscht in den Vorstandsetagen deutscher Unternehmen also längst kein Zweifel mehr. Die Frage, wie die Bundesregierung die Probleme im Umgang mit China handhaben sollte, spaltet die Gemüter aber weiterhin. Noch vor wenigen Jahren herrschte fast ausschließlich die Auffassung vor, Peking solle man durch offene Kritik nicht vergaulen, schließlich würden die Unternehmen dies stets zu spüren bekommen – etwa in Form von inoffiziellen Handelsboikotten oder anderen Vergeltungsmaßnahmen.

**Suche nach Alternativen** Dementsprechend achten nach wie vor viele Wirtschaftsvertreter darauf, im Gespräch mit Journalisten nicht einmal den Hauch di-

rekter Kritik an China zu äußern. Peter Adrian, Präsident der deutschen Industrie- und Handelskammer (IHK), sagt etwa: „China ist für die deutschen Unternehmen der wichtigste Handelspartner. Und es ist ein Handelspartner, bei dem wir vor allem das Wort Partner unterstreichen.“ Gleichzeitig schauen sich viele Unternehmen längst nach alternativen Standorten in Südostasien um, um ihre Abhängigkeit zu China zu verringern. In den Zahlen lässt sich die Zurückhaltung mehr als deutlich beobachten: Die ausländischen Direktinvestitionen in China sind dieses Jahr auf den niedrigsten Stand seit einem Vierteljahrhundert gesunken.

**»China ist für die deutschen Unternehmen der wichtigste Handelspartner.«**

Peter Adrian, IHK-Präsident

Die wirtschaftlichen Beziehungen haben sich jedoch nicht im luftleeren Raum entfremdet. Politisch gesehen stellte vor allem der 24. Februar 2022 eine Zeitenwende auch in den bilateralen Beziehungen zu China dar. Denn kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigten sich europäische Diplomaten in Peking geradezu geschockt darüber,

wie loyal sich Staatschef Xi Jinping an der Seite von Wladimir Putin stellte: Chinas Staatsmedien übernahmen ausschließlich die russische Propaganda, hofierten den russischen Präsidenten, während die Ukraine vollkommen ignoriert wurde. Dabei, so argumentierten die Botschafter in Hintergrundgesprächen, hätte man als geeintes Europa wesentlich mehr zu bieten als das wirtschaftlich marode Russland. Ganz offensichtlich hatte man sich in der Volksrepublik China getäuscht.

**Rasanter Wandel** Das Land hat sich unter Parteichef Xi Jinping rasant gewandelt. Der 70-Jährige beschuldigt nicht nur den Westen ganz offen, Chinas wirtschaftlichen Aufstieg eindämmen zu wollen. Er macht auch keinen Hehl aus seinem Ziel, die von den USA angeführte Weltordnung zu stürzen. Teil der Strategie ist es unter anderem, die Begriffe liberaler Demokratien zu kapern und für die eigenen Zwecke umzumünzen: So behaupten Chinas Propagandamedien längst, dass die

Volksrepublik eine „ganzheitliche Demokratie“ sei und die kommunistische Partei überlegen bei der Wahrung der Menschenrechte. Noch unter Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) herrschte ein deutlich entspannter Umgang gegenüber der Volksrepublik. Die Vorstellung „Handel durch Wandel“ galt nach wie vor als Leitmaxime. Das Reich der Mitte wurde fast ausschließlich als attraktiver Absatzmarkt wahrgenommen. Heute sind die Differenzen angesichts der geopolitischen Polarisierung nicht mehr wegzureden. Die chinesischen Staatsmedien greifen in ihrer Kommunikation nun auf altbewährte Mittel zurück: Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits verweisen sie auf den riesigen chinesischen Markt von 1,4 Milliarden Konsumenten. Andererseits drohen sie mit ökonomischer Vergeltung. So warnte die nationalistische Parteizeitung Global Times kurz nach Veröffentlichung der China-Strategie der Bundesregierung: Deutschland solle besser darüber nachdenken, warum sein Anteil am chinesischen Außenhandel zurückgegangen ist. Fabian Kretschmer

Der Autor ist freier China-Korrespondent und lebt in Peking.

## Wechselhafte Beziehungen

**GESCHICHTE** Das deutsch-chinesische Verhältnis waren selten ungetrübt

Während die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Kurt Georg Kiesinger eine klare Abgrenzungspolitik gegenüber der kommunistischen Volksrepublik China verfolgten, kam es unter Willy Brandt (SPD) zur Annäherung. 1972 nahmen die zwei Staaten erstmals diplomatische Beziehungen auf. Drei Jahre später war es jedoch mit Franz Josef Strauß ein Politiker der CSU, der als erster Vertreter der BRD vom chinesischen Staatsgründer Mao Zedong empfangen wurde.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu damals verarmten Reich der Mitte spielten lange Zeit keine Rolle. Das änderte sich erst Mitte der 1980er Jahre allmählich, als Volkswagen in Shanghai sein erstes Joint-Venture-Werk eröffnete. Die deutschen Autobauer führen in den kommenden Jahrzehnten, insbesondere aber seit der Jahrtausendwende, phänomenale Gewinne in der Volksrepublik ein. Mittlerweile jedoch hat im Bereich E-Mobilität die chinesische Konkurrenz die Nase vorn.

**Tiananmen-Bewegung** Die blutige Niederschlagung der Demokratie-Bewegung vom Peking Tiananmen-Platz, bei der die Volksbefreiungsarmee im Juni 1989 tausende Demonstranten tötete, bildete eine



Heikles Treffen: Angela Merkel 2007 mit dem Dalai Lama im Kanzleramt

Zäsur in den bilateralen Beziehungen: Wissenschaftskooperationen wurden über Nacht eingefroren, Unternehmen zogen sich vorübergehend aus dem Land zurück. 1994 reiste der damalige Ministerpräsident Li Peng zwar wieder nach Deutschland, doch auch dort kam es zum Eklat: Als bei einem Termin am Goethehaus in Weimar Demonstranten lautstark ein unabhängiges Tibet forderten, verlangte Li eine umgehen-

de Auflösung der Demo. Nachdem sich die deutsche Seite weigerte, flog der Ministerpräsident wortlos nach China zurück. Unter Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU) dominierten schließlich vor allem die Wirtschaftsinteressen die bilateralen Beziehungen. Insbesondere Merkel genoss unter vielen Chinesen wegen ihrer bescheidenen und respektvollen, aber nicht anbiedernden Art hohe Popularität. Insgesamt zwölfmal hat sie die Volksrepublik während ihrer Amtszeit besucht.

**Reizfigur Dalai Lama** Allerdings trübten auch in ihrer Regierungszeit mehrere Skandale das Verhältnis. Als Merkel etwa 2007 im Kanzleramt den tibetischen Dalai Lama traf, der in Peking als Persona non grata gilt, führte dies zu einer monatelangen, diplomatischen Eiszeit. Ähnlich belastete ein spontanes Treffen zwischen dem damaligen Außenminister Heiko Maas (SPD) und dem Hongkonger Studentenführer Joshua Wong im Jahre 2019 das Verhältnis. Zuletzt hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Beziehungen auf den Prüfstand gestellt. Peking droht seinerseits offen, die demokratisch regierte Insel Taiwan notfalls mit militärischen Mitteln einnehmen zu wollen. Fabian Kretschmer



# Bayern in Wallung

**WAHLEN** Der bayerische Landtagswahlkampf wird geprägt von bundespolitischen Themen. Durch den Streit der Regierungsparteien CSU und Freie Wähler rückt die Opposition in den Hintergrund

Markus Söder machte aus seinem Unmut keinen Hehl. Da war er gerade auf dem CSU-Parteitag in München von den Delegierten gefeiert und mit 96,5 Prozent als Parteivorsitzender bestätigt worden – und sollte nun in Interviews immer wieder auf Fragen nach Hubert Aiwanger antworten? Viele Medien seien doch „sehr fixiert“ auf Aiwanger und die Freien Wähler, beschwerte sich Söder.

Auch ohne hartnäckige Journalisten-Fragen ist die CSU-Spitze kurz vor der bayerischen Landtagswahl am 8. Oktober genervt vom Bündnispartner. Wirtschaftsminister Aiwanger hat den Christsozialen einen koalitionsinternen Wahlkampf aufgezwungen, den sie gar nicht wollten. Die Freien Wähler sind für die CSU nun Wunschpartner und schärfster Herausforderer zugleich.

Söder hatte sich früh zu einer Fortsetzung der „bürgerlichen“ Koalition bekannt, die er als harmonisches Gegenmodell zur „zerstrittenen“ Berliner Ampel pries. Lange beschränkte sich der CSU-Wahlkampf im Wesentlichen auf einen Lobesgang auf den Freistaat („In Bayern lebt es sich einfach besser“) und einen Abgesang auf die Bundesregierung („gefährdet den Wohlstand Deutschlands“). Eine Strategie, die aufzugehen schien: Zeitweise lag die CSU in Umfragen oberhalb der 40-Prozent-Marke, die noch immer als Erfolgsmaßstab gilt. Bis zum Frühsommer gingen beide Partner bei ihrem Anti-Ampel-Kurs Hand in Hand.

Doch als Aiwanger bei seiner Rede auf der Erdinger Heizungsdemo die Menge aufrief, „die Demokratie zurückzuholen“ und die „Berliner Chaoten“ vor sich herzutreiben, sah sich Söder zur Distanzierung gezwungen und mahnte „politischen Anstand“ an. Just als der CSU-Chef nach einer Aussprache das Thema für „erledigt“ erklärte, legte Aiwanger in der TV-Sendung „Markus Lanz“ nach: Deutschland sei noch „formal“ eine Demokratie. Von Söders Kritik zeigte er sich unbeeindruckt und ließ sich in Bierzelten feiern.

**Angespannte Nerven** Ende August folgte der Wirbel um Berichte, dass Aiwanger als Schüler mit einem antisemitischen Flugblatt erwischt worden sei. Dass der Freie-Wähler-Vorsitzende die Vorwürfe nur zögerlich aufklärte und sich als Opfer einer „Schmutzkampagne“ inszenierte, irritiert die jüdischen Gemeinden bis heute.

Auch Söder zeigte sich unzufrieden mit Aiwangers Krisenmanagement, hielt aber an seinem Minister fest. Nachdem es für die CSU in Umfragen daraufhin abwärts ging und die Freien Wähler Rekordwerte erreichten, trat Aiwanger so forsch auf, dass Söder den Koalitionspartner in seiner Parteitagrede in die Schranken wies.

Wie angespannt die Nerven bei der CSU sind, zeigte auch der ehemalige Kultusminister Ludwig Spaenle, als er Aiwanger via Facebook zurief: „Hubert, halt endlich die Klappe!“

Dass das spannendste Duell der Wettstreit der Regierungsparteien ist, die beide eine

bürgerlich-konservative Wählerklientel ansprechen, sagt viel über diesen Landtagswahlkampf. Söder arbeitet sich zwar an der Berliner Ampel ab – die bayerischen Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen aber ignoriert er beharrlich. Deren Spitzenpersonal klagt seit Monaten über bundespolitischen Gegenwind und klammerte sich lange an die Hoffnung, dass es vor der Wahl noch um landespolitische Themen gehen würde.

Das Grünen-Spitzenduo Katharina Schulze und Ludwig Hartmann versuchte, mit den Themen Energiewende und „Zukunft für Kinder“ zu punkten. Die SPD um Florian von Brunn setzte auf bezahlbares Wohnen, Martin Hagen mit seiner FDP auf Wirtschaft und Bildung. Und die AfD schickte mit Katrin Ebner-Steiner und Martin Böhm ein Duo ins Rennen, das dem offiziell aufgelösten völkisch-nationalen „Flügel“ zugeordnet wird und sich vor allem den Kampf gegen Zuwanderung auf die Fahnen geschrieben hat.

**Oppositionsthemen** Die Wahlprogramme der Oppositionsparteien umfassen teils mehr als 100 Seiten, während das 24-Seiten-Papier der CSU das Weiter-so zum Prinzip erklärt. Die Freien Wähler, die mit vielen Fotos auf 35 Seiten kommen, verlangen vom Bund reihenweise Steuersenkungen.

So sehr die Opposition versuchte, landespolitische Themen wie den Lehrermangel, Wohnungsnot und Defizite beim Ausbau der Windenergie in den Fokus zu rücken

– sie drang im Wahlkampf nicht durch. Stattdessen ging es viel um Bundespolitik: Atomausstieg, Heizungsgesetz, Erbschaftsteuer, Inflation und zuletzt Migration. Vor fünf Jahren hatte sich Söder beim Thema Asylpolitik durch rhetorische Annäherung an die AfD die Finger verbrannt und steuerte kurz vor der Wahl um. Um den Fehler nicht zu wiederholen, hielt der Ministerpräsident die Migration dieses Mal lange aus dem Wahlkampf heraus, kam dann aber doch nicht daran vorbei. Unter dem Namen „Integrationsgrenze“ belebte er die „Obergrenzen“-Forderung seines Vorgängers Horst Seehofer neu. Dank seiner hohen medialen Präsenz und geschickten Selbstvermarktung stieß der CSU-Chef immer wieder Debatten an, die ihm weitere Aufmerksamkeit bescherten.

**Umfragen** Während Söder nahezu jedem in Bayern ein Begriff ist, haben die Spitzenkandidaten der Opposition ein Bekanntheitsproblem: Einzig zur grünen Katharina Schulze hat laut ARD BayernTrend mehr als jeder Zweite im Freistaat eine Meinung (59 Prozent). Der angrißlustigste SPD-Landeschef von Brunn legte mit der Zeit zwar zu in puncto Bekanntheit, kommt aber nur auf 40 Prozent. Zu den Kandidaten von FDP und AfD kann nur jeder Dritte bis Vierte sich äußern. Nennenswert profitieren konnte die Opposition weder von den Untersuchungsausschüssen zu fragwürdigen Masken-Geschäften und zur Kostenexplosion bei der zweiten Münchner S-Bahn-Stammstrecke noch von Attacken auf den

„Ankündigungsweltmeister“ Söder. Den Grünen, die vor fünf Jahren mit 17,6 Prozent klar zweitstärkste Kraft im Freistaat wurden, schlägt in diesem Wahlkampf viel Feindseligkeit entgegen – die in einem Steinwurf bei einer Kundgebung gipfelte. Umfragen zufolge muss die Partei fürchten, von den Freien Wählern überflügelt zu werden. Auch die AfD macht sich Hoffnungen auf Rang zwei in Bayern. Den Sozialdemokraten droht wie schon 2018, dass sie nur einstellig werden, während die FDP um den Wiedereinzug ins Parlament bangt. Die Linke liegt bei allen Meinungsforschungsinstituten weit unter der Fünf-Prozent-Hürde und dürfte dem neuen

Landtag ebenso wenig angehören wie die weiteren acht Parteien, die antreten. Da bei der Regierungsbildung höchstwahrscheinlich kein Weg an der CSU vorbeiführen wird, wollen Grüne, SPD und FDP jeweils neuer Juniorpartner werden. Allzu wahrscheinlich ist keines der Bündnisse. Schwarz-Grün schließt Söder gebetsmühenartig aus, eine Zusammenarbeit mit der AfD lehnt er ohnehin ab.

Zur SPD schweigt er, und Schwarz-Gelb hätte selbst im Fall eines erneuten Einzugs der Liberalen ins Maximilianeum möglicherweise keine Mehrheit. Denn die CSU sahen Umfragen zuletzt auf einem ähnlichen Niveau wie den 37,2 Prozent von 2018 – ihrem schlechtesten Ergebnis seit 1950.

**K-Frage** Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen will Söder als Signal für ganz Deutschland verstanden wissen: „Es ist de facto die Halbzeit der Ampel.“ Zudem könnte die Bayern-Wahl Einfluss auf das Kraftverhältnis in der Union haben. Je besser das CSU-Resultat, desto selbstbewusster könnte Söder der Schwesterpartei gegenüber auftreten. Je schwächer das Ergebnis, desto unwahrscheinlicher, dass nächstes Jahr aus der CDU Rufe nach einem Kanzlerkandidaten Söder laut werden. Zwar versichert der CSU-Chef, das Thema Berlin sei für ihn erledigt. Aber Söder hat wiederholt gezeigt, wie gründlich er seine Meinung ändern kann. *Petr Jerabek*

Der Autor ist freier Journalist in Bayern.



Im bayerischen Landtagswahlkampf wird teils mit harten Bandagen gekämpft. Für die Opposition ist es schwer, eigene Themen zu setzen. © picture-alliance/SvenSimon/Frank Hoermann

## Wiesbaden will es anders machen als Berlin

**LANDTAGSWAHL** In Hessen gibt es einen Dreikampf um die Staatskanzlei. Die CDU hat im Bundesland seit 25 Jahren die Nase vorn

So eine Auswahl gab es noch nie in Hessen: Nicht nur zwei, sondern gleich drei Personen kandidieren für das Amt der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten. Nach der Landtagswahl am 8. Oktober wird sich entscheiden, ob Amtsinhaber Boris Rhein (CDU) in der Wiesbadener Staatskanzlei bleiben kann, ob sein aktueller Koalitionspartner und Stellvertreter Tarek Al-Wazir (Grüne) ihm folgen wird oder ob die amtierende Bundesinnenministerin und hessische SPD-Vorsitzende Nancy Faeser als erste Frau in der Geschichte des Bundeslandes das höchste Regierungsamt übernimmt.

Wer künftig in Hessen regiert, wird sich aber wohl kaum am Abend des 8. Oktober entscheiden, denn mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es verschiedene Optionen für Koalitionen geben: In den Umfragen liegt die CDU deutlich vorn und könnte mit der bisherigen Koalitionspartnerin, den Grünen, weiterregieren. Ebenso wäre aber auch ein Wechsel der CDU zur SPD möglich, die in den Umfragen etwa gleichauf mit den Grünen dasteht. Auch für Schwarz-Rot würde es daher zur Mehrheit reichen – ob das dann wirklich eine „Große Koalition“ wäre, steht angesichts der im Vergleich zu früheren Jahrzehnten deutlich niedrigeren Werte in Frage.

Wenn es nicht für die Staatskanzlei reicht, würde jedoch SPD-Spitzenfrau Nancy Faeser nicht aus Berlin zurück nach Wiesbaden kommen, wo sie bereits 19 Jahre lang Landespolitik gemacht hat. Das hatte sie

bereits bei ihrer Nominierung im Februar 2023 angekündigt. Stattdessen würde ein anderer Akteur oder eine andere Akteurin das Vize-Amt in der Landesregierung übernehmen. Als wahrscheinlich gilt, dass es dabei auf den derzeitigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Günter Rudolph zulaufen würde. Ob Boris Rhein lieber mit Rudolphs SPD oder mit Al-Wazirs Grünen regieren würde, hat er bislang offengelassen. Unsicher erscheint, ob auch die drei Ampelparteien SPD, Grüne und FDP gemeinsam auf genug Stimmen für eine Regierungsbildung kommen werden. In diesem Fall könnten sich sowohl SPD-Spitzenfrau

Faeser als auch Grünen-Kandidat Al-Wazir Hoffnung auf die Staatskanzlei machen – je nachdem, wer die Nase vorn hat. Vor fünf Jahren hatten beide Parteien jeweils 19,8 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Die Grünen lagen mit der Zwingigkeit von landesweit 66 Wählerstimmen vorn – mit 570.512 zu 570.446 Stimmen.

Die Unzufriedenheit mit der Regierungsbildung der Ampel in Berlin muss dabei kein Hindernis sein. SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser, die selbst Teil der Bundesregierung ist, verweist lieber auf Rheinland-Pfalz, wo Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bereits seit 2016 mit den Ampel-Partnerinnen Grüne und FDP zusammen regiert. „Ich kenne die Akteure von Grünen und FDP schon sehr lange und glaube, dass das gut funktionieren würde“, sagt Faeser mit Blick auf Hessen.

Neben Al-Wazir wäre dann auch Stefan Naas mit im Boot, der Spitzenkandidat der hessischen FDP. Der Wirtschafts- und Verkehrspolitiker hatte Al-Wazir, den Wirtschafts- und Verkehrsminister der Grünen, in der laufenden Legislaturperiode allerdings heftig kritisiert, etwa wegen des Weggangs der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) aus Frankfurt.

Zudem zeigt sich die Wählerschaft der FDP wenig begeistert von der Ampel-Regierung in Berlin. Die Aussicht auf ein solches Bündnis mit SPD und Grünen in Wiesbaden könnte die Partei Stimmen kosten – und möglicherweise sogar den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Auf der an-

deren Seite sehen manche Beobachterinnen und Beobachter die Freien Wähler im Aufwind, die noch nie im hessischen Landtag vertreten waren. Die Gruppierung könnte von der Aufmerksamkeit profitieren, die sie durch den Wahlkampf in Bayern genießt, wo sie mit der CSU regiert. Keine Rolle spielen bei den Koalitionsüberlegungen die anderen beiden Parteien, die derzeit im Landtag vertreten sind. Mit der in Teilen rechtsextremen AfD möchte niemand kooperieren – selbst wenn sie sich Hoffnung machen kann auf Platz zwei in der Wählergunst. Der Linken wiederum droht in Hessen erstmals seit ihrem Einzug in den Landtag im Jahr 2008 das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. Ihre internen Querelen auf Bundesebene spielen dabei eine wichtige Rolle.

**Geräuschlose Koalition** Apropos Berlin: Die CDU hat Angriffe auf die Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu einem zentralen Thema ihres hessischen Landtagswahlkampfes gemacht. „Berlin ist Streit, Wiesbaden ist Stabilität“, formuliert es der amtierende Ministerpräsident Rhein mit Blick auf die Auseinandersetzungen zwischen SPD, Grünen und FDP in der Bundesregierung.

Sicherheit und Wirtschaft, die beiden traditionellen Kernthemen der CDU, stellt der ehemalige Landesinnenminister Rhein auch in diesem Wahlkampf in den Vordergrund. Die SPD besetzt das Thema des Fachkräftemangels und verspricht, sich für



Ministerpräsident Boris Rhein (CDU)

mehr Pflegekräfte, Lehrerinnen und Lehrer, Ärztinnen und Ärzte sowie Erzieherinnen und Erzieher einzusetzen. Die Grünen rücken den Kampf für Klimaschutz und für den Zusammenhalt der Gesellschaft in den Vordergrund. Wie immer bei Landtagswahlen spielt die Schulpolitik auch diesmal für alle Parteien eine zentrale Rolle. Doch im Wahlkampf drängen die landespolitischen Themen kaum durch gegen die großen bundes- und europapolitischen Herausforderungen von der Energie- bis zur Flüchtlingspolitik.

Die hessische Landespolitik zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Das Bundesland galt als einst, unter den SPD-Mi-

nisterpräsidenten Georg August Zinn (1950-1969) und Albert Osswald (1969-1976), als „rotes Hessen“. Doch inzwischen regiert die CDU dort seit mittlerweile 25 Jahren ununterbrochen – und genau so lange sitzt die SPD in der Opposition. In keinem Bundesland außer Bayern war sie so lange nicht mehr an der Macht.

Nach der Wahl von 2013 gab es keine Mehrheit mehr für eine Koalition von CDU und FDP. Damals brachten Volker Bouffier und Al-Wazir die erste schwarz-grüne Koalition auf den Weg. Sie hatte als ausgesprochen schwierig gegolten, insbesondere wegen der Flughafen-Politik und innenpolitischen Differenzen. Doch als der Koalitionsvertrag kurz vor Weihnachten 2013 vorlag, stimmten beim größten hessischen Grünen-Parteitag aller Zeiten knapp 75 Prozent der 1000 erschienenen Mitglieder für die Vereinbarung.

Seither trugen beide Partnerinnen ihre Konflikte in der Regel intern aus und regieren seither erstaunlich geräuschlos zusammen. Angesprochen auf die Ampel in Berlin sagt Al-Wazir: „So einen Zirkus hat man mit mir in Hessen nie erlebt – und wird man mit mir auch nie erleben.“ Ob er weiterregieren kann oder es einen Wechsel gibt bei den Regierungsparteien – das wird sich nach dem 8. Oktober entscheiden.

Pitt von Bebenburg

Der Autor ist Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“. Zuvor war er deren Korrespondent in Wiesbaden.

**G**ut 204.000 Asylerträge von Januar bis August dieses Jahres nach fast 218.000 im Gesamtjahr 2022, während zugleich mehr als eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen das Land in der Bundesrepublik aufgenommen wurden: Diese Zahlen setzen die deutsche Migrationspolitik gewaltig unter Druck. Im Bundestag erörterte erst der Innenausschuss am Mittwoch mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Lage, am Donnerstag kam es dann in zwei aufeinander folgenden Plenardebatten zu dem Thema erneut zu einem heftigen Schlagabtausch.

Im Innenausschuss berichtete Faeser, dass sie zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität an diesem Tag in Ergänzung der Schleierfahndung zusätzliche flexible Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien angeordnet habe. Auch informierte sie über die Einrichtung einer Taskforce mit Tschechien gegen Schleuserkriminalität.

Am Donnerstag standen zunächst zwei Anträge der AfD-Fraktion zur Migrationspolitik auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums. Mit 603 gegen 75 Stimmen wies das Parlament dabei einen AfD-Antrag auf einen „Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration“ (20/6485) bei einer Enthaltung zurück. Darin forderte die AfD die Bundesregierung auf, zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte nach Deutschland „sofortige temporäre stationäre Grenzkontrollen zur durchgehenden Sicherung der Landgrenzen“ einzuführen und „Gewahrsamszentren unmittelbar an den Grenzen zur Sicherung sofortiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen im Falle von unzulässigen Schutzanträgen einzurichten“. Erstmals debattierte das Parlament in der Aussprache zudem über einen weiteren AfD-Antrag (20/8156), die „Befugnisse der Bundespolizei bei Abschiebungen zur Bewältigung der Massenmigration“ zu stärken.

»Kontrollverlust« Dabei ging es kaum weniger hoch her als in der anschließenden, von der Union beantragten Aktuellen Stunde zu einem „Deutschland-Pakt zum Stopp der irregulären Migration“. Dabei warf Alexander Dobrindt (CSU) der Regierung vor, keine stationären Grenzkontrollen bei der EU zu notifizieren, weil es dann Zurückweisungen an den Grenzen geben würde. Die Ampel wolle aber keine Zurückweisungen: „Sie wollen die illegale Migration an dieser Stelle nicht stoppen.“ Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) sagte, den Menschen in der Grenzregion seines Landes biete sich angesichts täglich auftauchender Schleuserfahrzeuge und orientierungslos herumirrender Flüchtlinge ein „Bild von Kontrollverlust“. Gebraucht würden Schleierfahndung plus Grenzkontrollen schon zur Gefahrenabwehr für die Geschleuten. Beim Unfall eines Schleuserfahrzeugs habe es eine Tote und Schwerverletzte gegeben, und vergangene Woche sei ein Schleuserfahrzeug aufgebracht worden „mit einem 15-jährigen Fahrer und hinten 40 Menschen“.

Gottfried Curio (AfD) kritisierte, die Bundesregierung sei an einer Lösung der Migrationskrise nicht interessiert. Andernfalls



Am Dienstag entdeckte die Polizei bei Pocking in Bayern 43 Flüchtlinge in einem Kleintransporter.

© picture-alliance/dpa/zema-medien

# Unter Druck

**MIGRATION** In mehreren Debatten überschütten sich die Fraktionen im Bundestag mit gegenseitigen Vorhaltungen

hätte sie die freiwilligen Aufnahmeprogramme eingestellt und nicht „einen neuen Pull-Faktor nach dem anderen auf den Weg gebracht“. Martin Hess (AfD) warb für eine „Festung Europa“. Derzeit erlebe man bei der Migration keinen Kontrollverlust, sondern einen Kontrollverlust.

»Abschiebepolizei« Uli Grösch (SPD) hielt im Gegensatz der AfD vor, sie wolle die Bundespolizei zur „Abschiebepolizei“ machen und für ihre Politik instrumentalisieren. Dagegen arbeite die Regierungskoalition ernsthaft an diesem Thema und sei dabei auf einem guten Weg. So arbeite sie an schnelleren Asylverfahren und werde die Schleuserkriminalität verstärkt bekämpfen. Dirk Wiese (SPD) verwies darauf,

dass bei den Verabredungen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und den Ministerpräsidenten im Mai wichtige Schritte auf den Weg gebracht worden seien, die gerade abgearbeitet würden.

»Destruktiv« Konstantin von Notz (Grüne) beklagte, die „destruktive“ Tonlage der Union helfe bei der Lösung der Herausforderungen in der Migrationspolitik „0,0 Prozent weiter“. Gebraucht würden etwa europäische Verteilungsmechanismen, mehr Geld für die Kommunen und faire Migrationsabkommen. Diesen Weg gehe die Ampel, während die Union „nichts auf der Pfanne“ habe. Wie Notz plädierte Marcel Emmerich (Grüne) dafür, Arbeitsverbote für Flüchtlinge abzuschaffen.

Manuel Höferlin (FDP) betonte, die Koalition reagiere auf den hohen Migrationsdruck mit einer Fülle von Maßnahmen. Dazu zählten etwa eine Entlastung durch mehr sichere Herkunftsländer und Migrationsabkommen mit anderen Staaten. Es sei notwendig, irreguläre Migration zu reduzieren und mehr reguläre Migration zu erleichtern. Dies habe die Ampel eingeleitet. Clara Bünger (Linke) warf der Union vor, statt kluge Vorschläge für alle Menschen in Deutschland zu machen, hetze sie gegen eine Minderheit von weniger als vier Prozent. Mehr Geflüchtete gebe es nämlich nicht in Deutschland. Die von der Union geforderte Obergrenze bei der Flüchtlingsaufnahme sei unemenschlich und rechtswidrig.

Helmut Stoltenberg

## Blick auf die obere Etage

**FORSCHUNG** Union fordert Flexibilität bei Spitzengehältern

Der Blick dürfe sich nicht nur auf die „Big Four“ (Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft) richten, warnte Stephan Albani (CDU) am Mittwoch im Plenum. Er verwies auf die zahlreichen anderen, zumeist gemeinnützig organisierten Forschungsunternehmen, „die an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft arbeiten und dafür sorgen, dass der Mittelstand für die Zukunft fit gemacht wird.“ Diesen Unternehmen möchte die CDU/CSU-Fraktion ermöglichen, besser wichtige Fachkräfte zu gewinnen. Mit einem entsprechenden Antrag (20/7589) befasste sich der Bundestag erstmals, und es zeigte sich fraktionübergreifend der Wille, diese gemeinnützigen Einrichtungen besser zu unterstützen.

»Höhere Gehälter« Die Unionsfraktion fordert konkret, die nicht vom Bund geförderten gemeinnützigen Forschungseinrichtungen vor sogenannten Besserstellungsverboten freizustellen, damit diese höhere Gehälter für ihr Spitzenpersonal zahlen können. Dafür müsse die Bundesregierung das Wissenschaftsfreiheitsgesetz (WissFG) so erweitern, dass diese Forschungseinrichtungen zukünftig mit einbezogen werden. So könne deren „massive Benachteiligung“ im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte unterbunden werden. Im WissFG wurde eine Ausnahme vom Besserstellungsverbot

geschaffen, um wissenschaftliche Spitzenkräfte mit marktgerechten Gehältern beschäftigen zu können. Bisher umfasst das WissFG jedoch diese gemeinnützigen Forschungseinrichtungen nicht.

Ye-One Rhie (SPD) warf der Union Opportunismus vor. „Das Problem ist doch überhaupt erst unter Ihrem Wirtschaftsminister entstanden. Ein einzelner Fall hat dazu geführt, dass auf einmal sämtliche Ausnahmeregelungen an unterschiedlichen Instituten infrage gestellt wurden, die bisher jahrelang kein Problem waren und jetzt auf einmal erneut und aufwendig geprüft werden mussten.“ Anna Christmann (Grüne) verwies auf die vielen Schritte, die von der Ampel-Regierung unternommen werden mussten, um auf das Problem zu reagieren. Jetzt müsse die Diskussion weitergehen. Gerald Ullrich (FDP) ergänzte: „Das zentrale Problem ist wirklich: Alle denken, es geht ums Geld. Es geht nicht ums Geld; es geht um die Stellung dieser Institute.“

Michael Kaufmann (AfD) betonte: „Bürokratie und Regulierungswut legen Spitzeninnovationen viele Steine in den Weg. Das Besserstellungsverbot ist ein Wettbewerbshindernis für die deutsche Forschung, das wir uns nicht mehr leisten können.“ Petra Sitte (Die Linke) stimmte der Union zu: „Auch gemeinnützige Forschungseinrichtungen sollten die Gehälter ihrer Mitarbeiter aufstocken dürfen, aus Eigenmitteln beispielsweise.“

Claudia Heine

## Offensive und viel Geld

**BILDUNG** Keine Mehrheit für Linken-Anträge in Sicht

Die Linkenfraktion ist mit zwei bildungspolitischen Anträgen gescheitert. Sowohl ein Antrag für eine „Ausbildungsoffensive für mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher“ als auch ein Antrag für ein 100 Milliarden Euro umfassendes Sondervermögen für die Bildung fanden in den federführenden Ausschüssen keine Mehrheit. Zur abschließenden Beratung im Bundestag, die am Freitag nach Redaktionsschluss auf der Tagesordnung stand, empfahlen die Ausschüsse mit Stimmen von Koalition, Union und AfD entsprechend die Ablehnung der Vorlagen (20/6113, 20/6774).

»Ausbildungsoffensive« Hintergrund ihrer Forderungen sei die „Gefahr einer Bildungs- und Betreuungskatastrophe“ in Deutschland, schrieb die Linkenfraktion in ihrem ersten Antrag (20/678) mit dem Titel „Bildung am Limit“. Sie bezog sich dabei auf Studien der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Diese habe angegeben, dass im Jahr 2030 in Deutschland rund 80.000 Lehrkräfte fehlen könnten, während die Zahl der Schülerinnen und Schüler weiter ansteige. Bereits jetzt seien tausende Stellen unbesetzt. Bei den Erzieherinnen und Erziehern sehe es noch dramatischer aus. So prognostiziere eine Studie der Bertelsmann-Stiftung 230.000 fehlende Fachkräfte bis zum Jahr 2030. Die Bundesregierung müsse in Absprache mit den Ländern ein Programm zur

Finanzierung zusätzlicher Lehramtsstudienplätze sowie ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern auf den Weg bringen, forderten die Abgeordneten der Linkenfraktion. Zudem solle die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes ausarbeiten, durch den „das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufgehoben wird“.

Die Forderung des zweiten Antrags (20/5821) nach einem 100 Milliarden Euro umfassenden Sondervermögen für die Bildung befandete Die Linke unter anderem mit dem „immensen Sanierungsstau“ an öffentlichen Schulen und Kindertagesstätten sowie mit „Rückständen bei der Digitalisierung“. Ursache dafür sei die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, nach dieser dürfe der Bund nicht in den Schul- und Hochschulbau investieren. In ihrem Antrag appellierte die Fraktion an die Bundesregierung: „Die Finanzierung von Bildung muss endlich als Gemeinschaftsaufgabe verstanden und als solche im Grundgesetz verankert werden“. Auch verwiesen die Abgeordneten auf das von der Bundesregierung beschlossene 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr. Angesichts des Zustandes des Bildungssystems müsse gefragt werden, warum nicht gleichermaßen viel Geld für die Bildung bereitgestellt werden könne.

cha

### KURZ NOTIERT

#### Verbot von Werkverträgen bei Paketdiensten

Einem Antrag (20/7644) der Fraktion Die Linke zum Verbot von Werkverträgen und Subunternehmerketten in der Kurier-, Express- und Paketdienstbranche (KEP-Branche) hat der Bundestag am Donnerstagabend an die Ausschüsse überwiesen. Die Abgeordneten kritisieren darin schlechte und teilweise rechtswidrige Arbeitsbedingungen in der Branche und verlangen von der Bundesregierung, per Gesetzentwurf die Beschäftigung von bei Dritten angestelltem Fremdpersonal in der KEP-Branche zu verbieten.

che

#### Unionsfraktion fordert Initiative gegen K.-o.-Tropfen

Die Unionsfraktion fordert eine strenge Regulierung für die Chemikalie Gamma-Butyrolacton (GBL), die missbräuchlich als K.-o.-Tropfen verwendet wird. GBL werde im Körper in Gamma-Hydroxybuttersäure (GHB) umgewandelt und führe zur Eintrübung des Bewusstseins bis hin zur vollständigen Bewusstlosigkeit, heißt es in einem Antrag (20/8528) der Fraktion, der am Donnerstag im vereinfachten Verfahren ohne Aussprache an den Gesundheitsausschuss überwiesen wurde. Täter nutzten die geruchs- und geschmacksneutrale Chemikalie, um sie ihren Opfern in Bars oder Diskotheken in die Gläser zu träufeln und sie dann auszurauben oder sexuell zu missbrauchen. Die Abgeordneten fordern wirksame Initiativen, damit der Besitz der Chemikalie GBL von Privatpersonen streng reguliert und unter Strafe gestellt wird.

pk

## Mehr Raum für Eingaben

**PETITIONEN** Der Vorschlag der AfD für eine »Bürgerstunde« stößt auf Ablehnung

Die Ampelfraktionen haben im Koalitionsvertrag beschlossen, das Petitionsrecht zu stärken und eine Beratung von Petitionen auch im Plenum zu ermöglichen. Daran haben Macit Karaahmetoglu und Axel Echeverría (beide SPD) am Mittwochabend erinnert, als der Bundestag sich erstmals mit einem AfD-Antrag (20/8529) mit ähnlicher Stoßrichtung auseinandersetzte. Die AfD fordert darin, dass im Plenum eine „Bürgerstunde“ stattfinden soll, sobald der Petitionsausschuss eine Beschlussempfehlung über eine Petition mit einem Quorum von 100.000 Mitzeichnungen vorlegt oder wenn eine Fraktion eine Bürgerstunde für eine solche Petition verlangt. Die übrigen Fraktionen distanzieren sich von dem Vorschlag, der nun im Geschäftsausschuss weiter beraten werden soll. Karaahmetoglu sagte, der AfD gehe es nicht um den Souverän, sie wolle vielmehr das Petitionsrecht für ihre Zwecke missbrauchen. Echeverría ergänzte, die AfD wolle Hass und Hetze ins Plenum bringen, während die Ampel daran arbeite, das Petitionswesen attraktiver zu machen. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses Martina Stamm-Fibich (SPD) fügte hinzu, die AfD wolle selber entscheiden, welche Petition im Plenum beraten wird.

»Die Zahl stagniert« Dirk Brandes (AfD) hingegen argumentierte, seine Fraktion wolle Demokratie, Bürgerbeteiligung und das Petitionswesen stärken. Derzeit würden Petitionen im Plenum faktisch nicht beraten. In der „Bürgerstunde“ sollen Abgeordnete und Fraktionen zum Gegenstand der jeweiligen Petition Stellung beziehen. Zur Begründung sagte Brandes, die Zahl der beim Bundestag eingehenden Petitionen stagniere auf niedrigem Niveau, wäh-



Martina Stamm-Fibich (SPD) und Andreas Mattfeldt (CDU) im Juni bei der Übergabe des Jahresberichts des Petitionsausschusses

rend private Petitionsplattformen boomen würden. Die Koalition wolle die Beratung einer Petition im Plenum nur, wenn der Petitionsausschuss dies vorher beschließen würde. Brandes: „Wovor haben Sie Angst, nicht jede Petition im Plenum zuzulassen?“ Martina Stamm-Fibich fand, es lohne sich, Petitionen auch im Plenum mehr Raum zu verschaffen, zusätzlich zu einer öffentlichen Beratung im Ausschuss. Man wolle dies mit den Koalitionspartnern umsetzen, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Beratung im Plenum vorher im Ausschuss beschlossen wird. Die Vorsitzende des Geschäftsausschusses, Daniela Ludwig (CSU), stellte fest, dass die Bürgernähe des Bundestages besser sei, als von der AfD dargestellt. Sie mahnte, darauf zu achten, nicht unterwandert zu werden. Die Zahl der Unterschriften

unter einer Petition sage nichts aus über deren Bedeutung. „Wir sollten uns nicht vorführen und reinigieren lassen“, sagte Ludwig, sondern selbst darüber befinden, was debattiert wird.

»Gegen Politisierung« Ähnlich argumentierte Patrick Schnieder (CDU). Man müsse aufpassen, das Petitionswesen nicht insgesamt zu entwerten. Er erinnerte an den „verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung aller Petitionen“ und lehnte ein „Forum für populistische Debatten“ ab. Irritiert zeigte sich Schnieder über ein Positionspapier der SPD-Fraktion, wonach der Ausschuss mehrheitlich über die Beratung im Plenum entscheiden darf. Er lehne eine Politisierung des Petitionsrechts ab und riet der SPD, dies noch einmal zu überdenken.

Corinna Rüffer von den Grünen sah die Arbeit des Petitionsausschusses nicht hinreichend gewürdigt. Daher wolle man das Quorum absenken, die Mitzeichnungsfrist verlängern und das Petitionswesen insgesamt inklusiver aufstellen. Manfred Totenhäuser (FDP) bekräftigte diese Absicht, um zu verhindern, „dass nur „große und organisierte Kampagnen“ öffentlich beraten werden. Die Arbeit des Ausschusses müsse verständlicher und digitaler werden. Dabei gehe es unter anderem um den Zugang zur Plattform, Barrierefreiheit und die Aufbereitung von Entscheidungen. Ina Latendorf (Die Linke) betonte, der Petitionsausschuss sei zu wichtig für „Theater und Profilierung“, der AfD-Antrag „purer Populismus“. Die Linke habe Vorschläge gemacht, der Rest des Hauses aber zu wenig Reformwillen an den Tag gelegt. Sie plädierte für eine Reform des Ausschusses „auf breiter Ebene“.

Volker Müller

## Bekanntnis zum Volkstum

**SPÄTAUSSIEDLER** Ampel will Hürden für Aufnahme senken

Die Koalitionsfraktionen haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesvertriebengesetzes (20/8537) vorgelegt, über den der Bundestag am Donnerstag erstmals debattierte. Mit der Änderung soll ein „mittelfristig drohender Rückgang der Aufnahmemöglichkeiten für Spätaussiedler“ verhindert werden. Wie die drei Fraktionen mit Verweis auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom

26. Januar 2021 (1 C 5.20) ausführen, wurden die „Anforderungen für den Nachweis des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum, das für die Spätaussiedleraufnahme erforderlich ist“, durch höchstgerichtliche Rechtsprechung angehoben. Dies gelte für Spätaussiedler, die ein sogenanntes Gegenbekenntnis abgegeben haben, also in amtlichen Dokumenten eine nichtdeutsche Volkszugehörigkeit haben eingetragen lassen. Dieses Gegenbekenntnis stehe einem Bekenntnis zum deutschen Volkstum so lange entgegen, bis davon wirksam abgerückt wurde. Für ein solches Abrücken müssten die Antragsteller nach der Rechtsprechung Tatsachen nachweisen, die „den Willen erkennen lassen, nur dem deutschen und keinem anderen Volk anzugehören.“ Diese erhöhten Anforderungen könnten die Betroffenen nur schwer nachvollziehen. Die dem Urteil angepasste Verwaltungspraxis habe demzufolge zu deutlich mehr Ablehnungen geführt und werde mittelfristig den Spätaussiedlerzugang stark begrenzen. Die geplante Änderung soll daher der Koalition zufolge die Rückkehr zur früheren

Verwaltungspraxis ermöglichen. Diese habe eine Änderung des Bekenntnisses durch bloße Änderung der Volkszugehörigkeit in allen amtlichen Dokumenten bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete erlaubt.

Ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde zugleich ein Antrag der AfD-Fraktion auf Änderungen des Bundesvertriebengesetzes (20/8532). Darin fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, das Gesetz „mit Blick auf den Krieg in der Ukraine an die Herausforderungen von Krieg, Katastrophen und anderwärtigen Gefahren für Leib und Leben anzupassen, um den Verlust des Aufnahmespruches in diesen Fällen bei Verlassen des Aussiedlergebietes auszuschließen“. Auch soll das Gesetz laut Vorlage so ergänzt werden, „dass das aktuelle

Bekenntnis zum deutschen Volkstum maßgeblich für die Anerkennung als deutscher Volkszugehöriger ist“.

Die Regierungsbeauftragte für Aussiedlerfragen, Natalie Pawlik (SPD), wertete den Gesetzentwurf als Meilenstein für die Betroffenen. Christoph de Vries (CDU) betonte, die Spätaussiedler seien ein Integrationsvorbild für andere Zuwanderungsgruppen. Katrin Göring-Eckardt (Grüne) sagte, der Entwurf wolle die Rechte der Spätaussiedler weiter stärken. Sandra Bubendorfer-Licht (FDP) betonte, mit dieser Vorlage werde den Betroffenen die Einreise deutlich erleichtert. Petra Pau (Linke) nannte die Änderung „überfällig“. Eugen Schmidt (AfD) beklagte indes, die Bundesregierung vergesse die Spätaussiedler.

sto

»Wir wollen die Aufnahmepraxis wieder an die Lebensrealität anpassen.«

Natalie Pawlik (SPD)

# Harte Bandagen

**INNERE SICHERHEIT** Die Abgeordneten streiten über einen Antrag der Union zur Bekämpfung von »Clankriminalität«. Die Ampel-Fraktionen weisen dabei den Vorwurf der Tatenlosigkeit empört von sich



Spektakulärer Fall von Organisierter Kriminalität: Juwelen im Wert von mehr 100 Millionen Euro stahlen Mitglieder des Remmo-Clans aus dem Grünen Gewölbe in Dresden. Am 16. Mai 2023 verhängte das Landgericht Dresden mehrjährige Haftstrafen gegen die Angeklagten.

Der Innenausschuss hatte am Mittwoch gerade einen Antrag der AfD-Fraktion (20/7576) zur Bekämpfung der sogenannten Clankriminalität mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt. Doch damit war das Thema nicht vom Tisch, denn noch am selben Tag legte die Unionsfraktion einen eigenen Antrag (20/8526) vor, in dem sie eine »Null-Toleranz bei Clankriminalität« fordert. Am Freitag folgte eine Debatte darüber im Bundestag und der scharfe Tonfall offenbarte eine gewisse Anspannung bei allen Beteiligten – kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8. Oktober.

Seit einigen Jahren rückt dieses Thema als ein Aspekt der Organisierten Kriminalität (OK) auch abseits von Wahlen regelmäßig in den Fokus der Öffentlichkeit, sei es durch spektakuläre Raubüberfälle wie jenen auf das Grüne Gewölbe in Dresden Ende 2019 oder Massenschlägereien rivalisierender Familien auf offener Straße. Das Bundeskriminalamt (BKA) hatte sich 2018 im »Bundeslagebild Organisierte Kriminalität« erstmals zu »kriminellen Mitgliedern ethnisch abgeschotteter Subkulturen« unter der Überschrift »Clankriminalität« geäußert, nach der letzten Herbsttagung des BKA im November 2022 legte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) eine 20-Punkte-Strategie für den Ausbau der Ermittlungs- und Analysefähigkeit des BKA und der effektiven Vermögensabschöpfung sowie für eine stärkere nationale und internationale Zusammenarbeit vor.

Doch sowohl der AfD, die schon mehrere Anträge zu diesem Komplex formuliert hat,

als auch der Unionsfraktion reicht das alles nicht aus. Die CDU/CSU-Fraktion schreibt in ihrem Antrag: »Ziel muss es sein, den Mechanismus zu durchbrechen, mit dem die Missachtung von Recht und Gesetz von einer Generation auf die nächste innerhalb der Clanfamilie weitergegeben wird.« Sie kritisiert unter anderem, dass es innerhalb der Bundesregierung bis heute keine Definition von Clankriminalität gebe und die konkrete Ausgestaltung der »Allianz gegen Clankriminalität« weiter offen bleibe.

**Für eine Beweislastumkehr** Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung unter anderem auf, die Beschaffung und den Einsatz der für alle Länder und den Bund abrufbaren »Verfahrenübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRa)« unverzüglich sicherzustellen. Ab 2024 soll einmal jährlich ein Bundeslagebild Clankriminalität vorgelegt werden. Zudem soll »verfassungskonform und rechtssicher« geregelt werden, dass bei Vermögen unklarer Herkunft außerhalb eines strafprozessualen Anfangsverdachts Ermittlungen durchgeführt werden können und bei der Einziehung von Vermögen unklarer Herkunft künftig eine vollständige Beweislastumkehr gilt. Auch soll die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der regelt, dass Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die an Clankriminalität oder OK nachweisbar festgestellte mitgewirkt haben, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden kann.

In der Debatte reagierten alle anderen Fraktionen des Bundestages mit harscher Kritik auf den Antrag der Unionsfraktion – und dies nicht, weil sie keinen Handlungs-

bedarf sehen. Die AfD warf der Unionsfraktion »Doppelzüngigkeit« und Ideenraub vor; die Ampel-Fraktionen wiesen den Vorwurf der Tatenlosigkeit scharf von sich und listeten auf, was sie in den vergangenen zwei Jahren angestoßen haben: Die Linke kritisierte, dass der Antrag ein Anbieten der Union an den rechten politischen Rand sei und es um einen Überbietungswettbewerb mit der AfD gehe. Schützenhilfe holte sich die Union aus den Bundesländern. Hessens Justizminister Roman Poseck (CDU) verteidigte den Antrag und warf Innenministerin Faeser vor, die Länder im Stich zu lassen. Diese blockiere

## STICHWORT

### Organisierte Kriminalität (OK)

> **Straftaten** Menschenhandel, Drogenhandel, Geldwäsche und Eigentumsdelikte bestimmen die OK.

> **Definition** »OK zeichnet sich insbesondere durch eine von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, durch mehr als zwei Personen aus. Diese erfolgt arbeitsteilig und ist auf längere oder unbestimmte Dauer angelegt.« (Bundeskriminalamt, BKA)

> **Ausmaß** Laut BKA ist die Zahl der Ermittlungsverfahren von 2021 bis 2022 um 17 Prozent gestiegen. Der festgestellte finanzielle Schaden lag erstmals über der Milliardengrenze.

die Analyseplattform VeRa, weil sie offensichtlich ein eigenes Portal wolle. Das aufzubauen aber werde Jahre dauern, so Poseck. Für die Unionsfraktion sprang Moritz Oppelt (CDU) dem Minister bei: Die Koalition verheddere sich in Streitigkeiten, sie müsse den Ländern endlich die nötigen Mittel an die Hand geben, forderte er. Auch wenn es inhaltlich viele Übereinstimmungen zu AfD-Anträgen gibt, griff deren Redner Martin Baumann die Union scharf an: »Diese handele nicht aus Überzeugung, sondern reagiere auf Umfragewerte der AfD und würde sich im Zweifel wieder dem »linksgrünen Mainstream« anschließen. Für die Linke sagte Martina Renner: »Inhaltlich ist doch alles klar. Organisierte Kriminalität muss bekämpft werden, weil sie den Rechtsstaat schädigt und Milliarden Schäden verursacht.« Die CDU diskutierte aber nicht mehr sachlich, sondern auf eine rechtspopulistische Art und Weise.

**Fehler der Vergangenheit** Sebastian Fiedler (SPD) sprach von »billigem Hessen-Wahlkampf« und attestierte der Union, die Definition von Clankriminalität nicht verstanden zu haben. Auch laufe die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden viel besser, als von der Union dargestellt. Marcel Emmerich (Grüne) betonte: »Es gibt in Deutschland keine Sippenhaft und es darf auch keine geben.« Genau dies strebe die Union aber an. Manuel Höferlin (FDP) bekräftigte, die Ampel-Regierung sei intensiv dabei, die Fehler der Vergangenheit auszubügeln. Die Gesetzesinitiative des Bundesfinanzministeriums, um Geldströme besser nachvollziehen zu können, sei nur ein Beispiel, sagte er.

Claudia Heine

## Zweifel an Klinikreform

**ANHÖRUNG** Transparenzverzeichnis stark umstritten

Schon beim ersten Teil der geplanten großen Krankenhausreform wird Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit erheblichen Widerständen konfrontiert. Gesundheitsfachverbände sehen das derzeit beratene Krankenhaustransparenzgesetz teils sehr kritisch. Insbesondere die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) lehnt den Gesetzentwurf (20/8408) der Koalitionsfraktionen in der vorliegenden Form ab, wie eine Anhörung am Mittwoch im Gesundheitsausschuss ergab.

**Level und Leistungsgruppen** Mit dem Krankenhaustransparenzgesetz werden die Krankenhäuser dazu verpflichtet, Daten über ihre personelle Ausstattung, das Leistungsangebot und bestimmte Qualitätsaspekte zu übermitteln. Aufbereitet werden die Daten vom Institut für das Entgeltssystem im Krankenhaus (InEK) sowie vom Institut für Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG). Das Leistungsangebot der Krankenhäuser soll differenziert nach 65 Leistungsgruppen dargestellt werden. Ferner ist die Zuordnung der Krankenhausstandorte zu drei Versorgungsstufen (Level) geplant, abhängig von der Anzahl und Art der vorgehaltenen Leistungsgruppen.

**Fehlsteuerung befürchtet** Die DKG sprach von nicht zielführenden Vorschlägen. Mit dem Entwurf werde die fortgeschrittene Qualitätsberichterstattung der Krankenhäuser ignoriert und konterkariert. Die Novelle stelle keine Neu- oder Weiterentwicklung dar, sondern sei letztlich ein Etikettenschwindel.

Mit Ausnahme der Darstellung nach Leistungsgruppen und Leveln würden alle für das Transparenzverzeichnis vorgesehenen Informationen bereits jetzt veröffentlicht. Mit den neuen Leveln würden Patienten in die Irre geführt. Befördert werde eine Fehlsteuerung in die Standorte mit dem höchsten Level.

Ähnlich argumentierte der Ärzteverband Marburger Bund, der den Mehrwert des Verzeichnisses infrage stellte. Die Level könnten zu der falschen Schlussfolgerung führen, wonach für alle Erkrankungen die

beste Versorgung in Level-3-Krankenhäusern zu finden sei. Die quartalsweise Datenübermittlung und Aufbereitung würde einen Bürokratieschub auslösen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihrer Angehörigen (BAG Selbsthilfe) unterstützt das Vorhaben und fordert dafür »hinreichend verfügbare und valide Daten«, die aussagekräftig und verständlich aufbereitet werden müssten. Der Verband sprach sich hinsichtlich der Datentransparenz für ein »lernendes System« aus. Zudem sollten Behandlungsfehler ebenso transparent gemacht werden wie die bestehenden Barrieren in der stationären Versorgung für Menschen mit Behinderungen.

»Es stellt sich die Frage, was der Entwurf an Neu- oder Weiterentwicklung bietet.«

Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)

**Patientenmix** Der Deutsche Pflegerat (DPR) wies auf die schwierige Darstellung der Pflegeleistungen hin. Die rein quantitative Aufzählung von Fall- und Personenzahlen erlaube keine Rückschlüsse auf die

klinikindividuelle Behandlungsqualität. Ein Vergleich von Strukturdaten ohne Bezug zum Patientenmix sei abzulehnen. Der pflegerische Versorgungsbedarf sei nicht äquivalent zum medizinischen Versorgungsbedarf zu sehen.

Ein Sprecher der Weißen Liste zur Unterstützung von Patienten machte in der Anhörung deutlich, dass es vor allem auf einfach und eindeutig dargestellte Informationen ankomme. Patienten liefen Gefahr, ein falsches Krankenhaus zu wählen, wenn die Daten nicht klar aufbereitet seien.

Als sinnvoll erwiesen hätten sich wenige, aber aussagekräftige Daten, die mit Symbolen unterlegt seien. Statt komplizierter Tabellen seien eindeutige Handlungsempfehlungen zu bevorzugen. Wesentlich seien zudem Hinweise auf zertifizierte Zentren, etwa Stroke Units.

Ein Sprecher des Aktionsbündnisses Patientensicherheit (APS) sagte in der Anhörung, das Transparenzverzeichnis werde im Grundsatz begrüßt, es sei in der jetzt geplanten Form aber lückenhaft. So müssten unbedingt auch die Patienten selbst befragt werden nach ihren konkreten Erfahrungen in einer Klinik.

Claus Peter Kosfeld

## Kampf der Endometriose

**GESUNDHEIT** Ursache für Frauenkrankheit unbekannt

Alle im Bundestag vertretenen Parteien setzen sich für eine bessere Erforschung der gynäkologischen Erkrankung Endometriose ein und wollen den betroffenen Frauen möglichst schnell helfen. Das geht aus der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (20/6617) zu Anträgen der Union (20/4308) und der Linken (20/5979) hervor, die am Freitag nach Redaktionsschluss auf der Tagesordnung des Parlaments standen. Die Anträge wurden laut Beschlussempfehlung mehrheitlich abgelehnt.

**Krampfartige Schmerzen** Endometriose gehört zu den am häufigsten auftretenden gynäkologischen Erkrankungen. Das Entstehen der Krankheit konnte bislang nicht geklärt werden. Betroffene Mädchen und Frauen leiden unter krampfartigen Schmerzen im Unterleib, verursacht durch Wucherungen von Gewebe, das der Gebärmutter-schleimhaut (Endometrium) ähnelt, sich aber außerhalb der Gebärmutter ansiedelt und dort mit dem Monatszyklus wächst. Die Patientinnen leiden oft viele Jahre unter den Beschwerden, eine Heilung ist derzeit noch nicht möglich. Die Endometriose-Vereinigung geht davon aus, dass bei 40 bis 60 Prozent der Frauen, die in ihrem

Leben ungewollt kinderlos bleiben, Endometriose als Ursache anzunehmen ist. Die Unionsfraktion fordert in ihrem Antrag eine nationale Strategie gegen Endometriose. Es fehle an geeigneter Forschung und dadurch bedingt an geeigneter Sensibilisierung, Prävention und Versorgung. Die Abgeordneten sprechen sich für den Ausbau und die Stärkung von Endometriose-Zentren in ganz Deutschland aus.

Auch die Linksfraktion fordert eine Strategie zur Bekämpfung der gynäkologischen Erkrankung um Endometriose in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und sich der Erforschung und Bekämpfung der Krankheit zu widmen. Vorgeschlagen wird ein Endometriose-Register, in dem Daten zum Krankheitsbild und zur Häufigkeit erfasst und überwacht werden. Eine Aufklärungskampagne sollte sich vorrangig an Mädchen und junge Frauen richten. In einer Anhörung des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Opposition hatten Fachverbände im März mehr Hilfe für betroffene Mädchen und Frauen und eine bessere Versorgungsinfrastruktur gefordert. Die bisherigen Versorgungsangebote seien unzureichend, erklärten Expertinnen in der Anhörung.

pk

## Antworten auf Pegasus-Bericht gefordert

**STAATSTROJANER** Parlamentarier kritisieren Schweigen von Kommission und Mitgliedsstaaten zu Überwachungsskandal

Die einzige Antwort, die das Europäische Parlament von der Kommission und den Mitgliedsstaaten auf den Bericht des Pegasus-Untersuchungsausschusses erhält, ist Schweigen. So beschrieb die Berichterstatterin des Ausschusses, die Niederländerin Sophie In 't Veld, am Mittwoch dem Digitalausschuss den Status quo. Knapp vier Monate ist es her, dass das Parlament den Abschlussbericht zum Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware mit seinen Empfehlungen mit breiter Mehrheit angenommen hat.

**Neue Vorwürfe** Es sei »unfassbar«, dass seitdem nichts passiere und die Auspähungen weitergingen, es immer wieder neue Enthüllungen gebe, kritisierte die Berichterstatterin auch mit Blick auf das mit dem Staatstrojaner NSO Pegasus gehackte Smartphone der russischen Exil-Journalistin Galina Timtschenko. Timtschenko sei ausgespäht worden, als sie sich im Februar

2023 für Gespräche in Berlin aufhielt, berichtete In 't Veld. Wer hinter der Manipulation stecke, sei unklar.



Gehackt: Exil-Journalistin Galina Timtschenko

Ein Jahr lang hatte der Ausschuss untersucht, wie Regierungen in der Europäischen Union Politiker, Anwälte, Oppositionelle, Journalisten und andere Personen überwachten. Der Abschlussbericht enthalte eine Reihe von Vorschlägen, um Abhörungen zu schaffen, etwa durch faire Untersuchungen zum legalen Einsatz solcher Software oder Rechtsbehelf für Opfer von Spähsoftware, berichtete In 't Veld. Auch ein Technologie-labor für Forschung und technische Untersuchungen von möglicherweise infizierten Geräten sei Teil der Vorschläge.

**In den USA auf der Blacklist** Von den Mitgliedsstaaten habe der Untersuchungsausschuss keine konkreten Antworten über die Nutzung der Spyware erhalten. Dass Regierungen ungestraft Kritiker oder Gegner ausspähen könnten, sei »eine große Bedrohung für die Demokratie«, so In 't Veld

weiter. Dass EU-Bürger zwar vor Gericht gehen könnten, aber keinerlei Auskünfte erhielten, nannte sie »einen besorgniserregenden Zustand.« Sie verwies auch darauf, dass große Anbieter von Spionagesoftware in Staaten wie den USA als »Bedrohung der nationalen Sicherheit« auf der Blacklist stünden. In Europa erwarteten sie hingegen keinerlei Konsequenzen bei Missbrauch.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Johann Saathoff (SPD), betonte auf Fragen der Abgeordneten, dass Deutschland bereits jetzt die rechtlichen Empfehlungen des Untersuchungsausschusses erfülle. Auf die Frage einer Abgeordneten dazu, ob und in welcher Form deutsche Behörden solche Produkte einsetzen oder eingesetzt haben, antwortete er, das Ministerium werde prüfen, ob den Abgeordneten Informationen hierzu eingestuft zur Verfügung gestellt werden könnten.

Lisa Brübler

## Kritik am »Medienmonster«

**INNEN** AfD fordert mehr Transparenz über Beteiligungen

Die AfD-Fraktion will, dass Parteien transparenter in ihren Rechenschaftsberichten über ihre Beteiligung an Medienunternehmen informieren. Auch in Presseerzeugnissen selbst soll mit deutlichen Hinweisen darüber informiert werden. Den entsprechenden Entwurf eines »Medientransparenzgesetzes« (20/8531) debattierte der Bundestag am Donnerstagabend in erster Lesung. Mit dem Entwurf schlägt die Fraktion Änderungen im Parteiengesetz, im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb und im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vor. Federführend wird die Vorlage nun im Innenausschuss beraten.

Für die AfD-Fraktion führte Stephan Brandner aus, dass »nicht nur der eigentlich staatsfern konzipierte öffentlich-rechtliche Rundfunk [...] inzwischen zu einem Staatsfunk mutiert« sei, auch bei »gedruckten Medien, bei der Presse, den Zeitungen und Zeitschriften« sei es nicht anders: »kaum Kritik an den Herrschenden, dafür

umso mehr Kritik an der Alternative für Deutschland«. Brandner verwies auf Zeitungstitel wie etwa die »Neue Presse« und das »Göttinger Tageblatt«, die in der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft gebündelt seien. Diese wiederum gehöre zu 100 Prozent dem »Medienmonster« SPD. Darüber müsse Transparenz geschaffen werden, forderte Brandner.

Der Vorschlag stieß auf einhellige Ablehnung aller anderen Fraktionen. Ansgar Heveling (CDU) sprach von einem »Treppwitz der Parteiengeschichte« und warf der AfD vor, in Sozialen Medien wie TikTok selbst intransparent zu agieren. Lamy Kad-dor (Grüne) argumentierte ähnlich: »Angesichts des, diplomatisch ausgedrückt, sonderbaren Verhältnisses der AfD zu Transparenz, Falschmeldungen und einer demokratischen Medienlandschaft ist dieser Gesetzentwurf geradezu eine Farce«, sagte die Abgeordnete. In dieselbe Kerbe schlugen Redner von SPD, Linken und FDP.

scr

KURZ NOTIERT

**Grünes Licht für bundesweites Vergiftungsregister**

Der Bundestag hat am Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Linksfraktion einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/6952) zur Änderung des Chemikaliengesetzes zugestimmt. Damit gibt das Parlament grünes Licht für die Einrichtung eines Vergiftungsregisters beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Es soll künftig alle gemeldeten Vergiftungsfälle in Deutschland zentral erfassen. Bisher sammeln das BfR und die Giftinformationszentren der Länder unabhängig voneinander Informationen über Vergiftungen. Eine systematische und zentrale Erfassung und Auswertung der Daten findet derzeit nicht statt.

**ERP-Wirtschaftsplan 2024 in Bundestag eingebracht**

Der Bundestag hat am Freitag erstmals über den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2024 (20/8289) beraten. Die Vorlage wurde zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Aus dem ERP-Sondervermögen sollen im kommenden Jahr Mittel in Höhe von rund 1,09 Milliarden Euro für die Förderung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes, und für Angehörige freier Berufe bereitgestellt werden.

**Anträge zu barrierefreien Reisen überwiesen**

Zwei Anträge zum barrierefreien Reisen hat der Bundestag am Donnerstag zur weiteren Beratung in den Tourismusausschuss überwiesen. Die Unionsfraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag (20/7590) auf, eine langfristige Finanzierung des Zertifizierungs- und Kennzeichnungssystems „Reisen für Alle“ sicherzustellen. Darüber hinaus sollen Förderprogramme mit dem Schwerpunkt Digitalisierung stärker auf barrierefreie Angebote ausgerichtet werden. Die Linksfraktion will mit ihrem Antrag (20/7640) erreichen, dass auf Grundlage der Nationalen Tourismusstrategie ein koordinierter Masterplan für barrierefreies Reisen vorgelegt wird.

**Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ nimmt Arbeit auf**

An diesem Wochenende nimmt der neu eingerichtete Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ seine Arbeit auf. Das Gremium mit 160 ausgelosten Mitgliedern sollte am Freitagabend – nach Redaktionsschluss dieser Zeitung – zum Auftakt in Berlin zusammentreffen. Aufgabe des Gremiums ist die Erarbeitung von Ideen und Vorschlägen zum Thema Ernährung. Der Bundestag soll durch die Arbeit ein Bild davon bekommen, welche Maßnahmen sich die Bürger im Hinblick auf eine nachhaltigere Ernährung wünschen und welchen Beitrag sie selbst dafür zu leisten bereit sind. An mehreren Wochenenden wird der Bürgerrat bis voraussichtlich Februar 2024 zusammenkommen. Am Ende soll ein Gutachten stehen, das der Bundestag in den Ausschüssen diskutieren wird. Informationen zur Arbeit des Bürgerrats finden sich unter: [www.bundestag.de/buergerraete](http://www.bundestag.de/buergerraete).



Doppelpack: Bundesbauministerin Klara Geywitz holte sich auf dem Wohnungsgipfel der Regierung die Unterstützung von Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD).

© picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

# »Vertrauen verspielt«

**BAUEN** Bundesregierung legt 14-Punkte-Plan vor, Union sieht Schwächen im Bauministerium

**D**er Anfang der Woche vorgestellte 14-Punkte-Plan der Bundesregierung, um den lahmenden Wohnungsbau anzukurbeln, ist in Bau- und Wohnungswirtschaft auf Skepsis gestoßen. Der Spitzenverband der deutschen Wohnungswirtschaft (GdW) und der Eigentümerverband Haus & Grund sprechen gar von „einer verfehlten Wohnungspolitik“. Auch die Opposition im Bundestag hält wenig von dem Maßnahmenbündel der Ampel. Seitens der Union wird der Regierung unter anderem vorgeworfen, in der Baupolitik Vertrauen verspielt zu haben. Die Linke moniert, dass die Pläne nichts am Mangel an bezahlbarem Wohnraum ändern würden.

**14-Punkte-Plan** Schon im Vorfeld des Wohnungsgipfels am Montag hatte sich die Koalition auf die Pläne verständigt, die Bundesbauministerin Klara Geywitz und Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD) dann gemeinsam vorstellten. Hintergrund sind die düsteren Aussichten im Baugewerbe. Die Pläne sehen unter anderem bessere Abschreibungsmöglichkeiten vor. Die Hilfe soll für Wohngebäude gelten, mit deren Herstellung nach dem 30. September 2023 und vor dem 1. Oktober 2029 begonnen

wird, für die Baukosten gibt es keine Obergrenzen. Zudem wird wegen der hohen Zinsen und der deutlich gestiegenen Baukosten auf EH 40 als verbindlichen gesetzlichen Neubaustandard bis 2025 verzichtet. Den EH-40-Energiespar-Standard hatte die Ampel im Koalitionsvertrag vereinbart. In den Jahren 2022 bis 2027 will die Bundesregierung insgesamt 18,15 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Jeder Euro des Bundes werde aktuell durch 1,50 Euro der Länder kofinanziert. Bei Fortführung dieser Komplementärfinanzierung stünden bis 2027 rund 45 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung, rechnet die Bundesregierung vor. Damit mehr Familien als bisher Wohnraum erwerben, soll zudem der Kreis der Anspruchsberechtigten für zinsvergünstigte Kredite erweitert werden.

Auch leerstehende Gewerbeimmobilien sollen mobilisiert werden. Das Potenzial wird von der Bundesregierung auf bis zu 235.000 neue Wohneinheiten geschätzt. Das entsprechende KfW-Förderprogramm soll 2024 und 2025 mit insgesamt 480 Millionen Euro ausgestattet werden. Damit Planungsverfahren schneller abgeschlossen werden, will die Bundesregierung zudem mit den Ländern noch in diesem

Jahr einen „Pakt für Planungs- und Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ beschließen. Darüber hinaus soll ab 2024 die neue Wohngemeinnützigkeit starten, um dauerhafte Sozialbindungen im Neubau und im Bestand zu schaffen.

**Neustart gefordert** Am Donnerstag stellte die Union ihrerseits Vorschläge zur Wohn- und Baupolitik zur Debatte. Im Bundestag diskutierten die Abgeordneten erstmals den Unions-Antrag mit dem Titel „Deutschland aus der Wohnkrise führen“ (20/8523). Darin verlangen die Unionsparteien die Ankurbelung des Wohnungsbaus durch steuerliche Maßnahmen, die Aufstockung der Förderprogramme, Kostensenkungen sowie einen Bürokratieabbau. Ulrich Lange (CSU) forderte einen Neustart für den Wohnungsbau und für die Wohnungswirtschaft. „Die Bundesregierung hat in dieser Frage das Vertrauen verspielt“, sagte Lange. Ziel seien 1,6 Millionen neue Wohnungen in vier Jahren gewesen, doch das Ziel werde verfehlt. Als ein Grund dafür kritisierte Lange die Struktur des Bauministeriums. „Ministerin Klara Geywitz hat im Kabinett nichts zu sagen“, die Entscheidungen würden beim Bundesfinanzminister und beim Bundesjustizminister fallen. Bei der Präsentation des 14-Punkte-Planes habe Klara Geywitz Bundeskanzler Olaf Scholz gebraucht, „das zeigt alles“, so Lange.

Dem widersprach Sören Bartol (SPD), parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung

und Bauwesen, vehement. Die Ampel-Regierung reagiere auf die äußeren Faktoren wie gestiegene Kosten und Zinsen. „Wir kümmern uns um den Bau“, sagte Bartol. Mit dem 14-Punkte-Plan bekomme der Markt verlässliche Konditionen, erhalte neue Förderungen, und „wir wagen mehr Fortschritt“.

Auch Christina-Johanne Schröder (Grüne) verteidigte die vorgestellten Maßnahmen. Die Ampel-Regierung habe die Probleme von der Vorgängerregierung geerbt: steigende Mieten, den Sanierungsstau und zu wenig bezahlbaren Wohnraum. „Wir reagieren!“, sagte Schröder. Als ein Beispiel, wie mehr Wohnraum entstehen könnte, nannte sie die nun beschlossene Abweichung von Baunormen. Zudem sollen Bestandsgebäude einfacher saniert und Büroimmobilien leichter zu Wohnraum umgewandelt werden können. Die neue Wohngemeinnützigkeit werde es möglich machen, dass Firmen Wohnraum für ihre Mitarbeiter errichten könnten. Daniel Föst (FDP) nannte den Antrag der Union „in weiten Teilen überholt, weil abgearbeitet“. Der Gebäudetyp E sei von der Ampel beschlossen, die Novellierung des Baugesetzbuches sei auf dem Weg, das Förderprogramm zur Schaffung von Wohneigentum sei überarbeitet worden, die Lan-

desbauordnungen könnten angepasst werden. „Doch das hängt in den von der CDU geführten Bauministerien in den Ländern“, sagte Föst. Die Union wirke, als sei „sie wütend, weil wir das machen, was ihr in 16 Jahren Regierungszeit versäumt habt“, so der Liberale.

Caren Lay (Die Linke) erklärte, weder der 14-Punkte-Plan noch der Unions-Antrag würden den Mangel an bezahlbarem Wohnraum ändern. Beim Baugipfel sei es „nur um das Bauen gegangen, das ist genau der Denkfehler!“, so Lay. Mit Neubauten, bei denen die Kaltmiete pro Quadratmeter 18 Euro koste, werde keine einzige neue bezahlbare Wohnung entstehen. „Wir brauchen ein öffentliches Wohnungsbauprogramm, damit die Kommunen und Genossenschaften Wohnungen für Normalverdiener bauen können“, so Lay.

Roger Beckamp (AfD) verwies auf das seiner Meinung nach „schädliche Zusammentreffen“ der Faktoren bezahlbarer Wohnraum und steigende Nachfrage. Beides habe Gründe und sei aufgrund von Fehlentscheidungen der Regierung und deren Vorgänger entstanden. Beckamp kritisierte zu hohe Klimastandards und „die Einreisepolitik“. Regierung und Union würden nur von „Baukrise sprechen“, andere Faktoren blieben ausgeblendet. *Nina Jeglinski*

**»Ministerin Klara Geywitz hat im Kabinett nichts zu sagen.«**

Ulrich Lange (CSU)

**»Wir brauchen ein öffentliches Wohnungsbauprogramm für Normalverdiener.«**

Caren Lay (Die Linke)

## Meister statt Master

**HANDWERK** Ampel will Berufsabschlüsse aufwerten

Das Handwerk sei in Deutschland „das Kernstück der deutschen Wirtschaft“, wahlweise auch „der Kern des Mittelstands“ oder „der Kern unseres Wirtschaftsmodells“, kurzum: unverzichtbar und unterbewertet. In der aktuellen Stunde, die die Ampelfraktionen am vergangenen Mittwochnachmittag unter dem Titel „Gemeinsam für unser Handwerk“ aufgerufen hatten, wollten sich die Redner beim Lob für die Angehörigen der rund 130 Handwerks-gewerke deshalb wohl überbieten. Hannes Walter (SPD) sprach davon, dass die Regierung dafür sorgen werde, „dass das Handwerk in Deutschland auch in Zukunft goldenen Boden“ habe. Der AfD-Abgeordnete Bernd Schattner korrigierte daraufhin das von Walter verwendete Zitat. Es müsse richtig heißen: „Handwerk hat goldenen Boden, sprach der Weber, da schien ihm die Sonne in den leeren Brotbeutel.“ Inhaltlich finde mal wieder nichts statt, kritisierte Michael Grosse-Brömer (CDU) für die CDU/CSU-Fraktion: „Es gibt hier wieder nur ein paar warme Worte.“ Dass im Haushaltsentwurf eine Kürzung von elf Millionen Euro bei der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung vorgesehen ist, sei hingegen „ein fatales Signal“. Alexander Ulrich (Die Linke) rechnete vor, dass laut einer Erhebung der „Handwerks-

zeitung“ nur 4,4 Prozent der Abgeordneten einen handwerklichen Hintergrund hätten: „Wir brauchen eine andere Zusammensetzung des Deutschen Bundestages“, schloss Ulrich daraus. Das Handwerk habe im Bundestag nicht die gleiche Lobby wie andere Wirtschaftszweige.

**Mehr Anerkennung** Um die Anerkennung der Berufe zu steigern, müssten Handwerksabschlüsse in Zukunft genauso gewertet werden wie Studienabschlüsse, forderte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen). Um das zu erreichen, müssten in der Berufsberatung alle Wege in den Blick genommen und nicht nur ein Studium empfohlen werden. Sein Parteikollege Andreas Audretsch verwies angesichts 400.000 unbesetzter Stellen vehement auf bestehende Arbeitsverbote: „Es macht keinen Sinn, dass Menschen hier sind, die nicht arbeiten dürfen und gleichzeitig im Handwerk Leute fehlen.“ In Zeiten, in denen viel über Industrie und Konzerne gesprochen werde, kämen die kleinen Betriebe zu kurz, sagte Manfred Todtenhausen (FDP). Die Regierung arbeite an Lösungen, um dem Handwerk besser zu helfen, so Todtenhausen. *emu*

## »Mini-Deutschlandpakt« für Geothermie

**ENERGIE** Übereinstimmung zwischen Ampel und Opposition bei tiefer Erdwärme

Die Unionsfraktion möchte die Rolle der Geothermie bei der Energiegewinnung nachdrücklich stärken. Geothermie sei eine ganzjährig zur Verfügung stehende erneuerbare, nichtvolatile inländische Energiequelle mit einem beträchtlichen Potenzial: Sie ermögliche es, den Wärmeertrag auf das bis zu 30-fache des Stromertrags zu hebeln. Allein die tiefe Geothermie könne schätzungsweise 25 Prozent des deutschen Wärmebedarfes abdecken, heißt es in dem Antrag der Union (20/8210) mit dem Titel „Potenziale der Geothermie nutzen – Hürden abbauen, Risiken minimieren, Stromsektor entlasten“, der am Donnerstag im Bundestag debattiert wurde.

„Wir brauchen alle verfügbaren erneuerbaren Energien, um voranzukommen, selbstverständlich auch die Geothermie“, sagte Thomas Gebhart (CDU) in der Debatte, „vor allem für die Versorgung mit Wärme“. Gebhart räumte ein, dass man mit der Tiefengeothermie in Deutschland auch schon schlechte Erfahrungen gemacht habe – es wurden Erdbeben ausgelöst –, aber inzwischen habe sich „vieles weiterentwickelt: in der Forschung, in der Praxis“. Weil die Geothermie so aussichtsreich sei, wolle auch die Ampelkoalition bei der mitteltiefen und tiefen Erdwärme in den nächsten Jahren ein Potenzial von zehn Terawatt-

stunden erschließen und so die Einspeisung in die Wärmenetze vereinfachen, antwortete Andreas Mehlretter (SPD). Deshalb habe das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium auch bereits Eckpunkte für eine Erdwärmekampagne vorgelegt. Angesichts der Gefahren – Beben, Wasserverunreinigungen, Gebäudeschäden – hielt AfD-Vertreter Marc Bernhard dagegen: Geothermie sei „nachweislich unwirt-



Bohrstänge auf einer Baustelle: Geothermie nutzt Energie aus der Tiefe.

schäftlich, unnötig und umweltgefährdend“. Linkenpolitiker Klaus Ernst kontierte das mit der Bemerkung: „Da müsst ihr mal die Risiken bei den Atomkraftwerken anschauen, bevor ihr über Risiken von Geothermie redet.“

Bernhard Herrmann (Grüne) begrüßte die Union zu dieser „konstruktiven Oppositionsarbeit“. Inhaltlich und in der Analyse sei man sich weitgehend einig: „Die Wärmewende muss kommen.“ Auch Konrad Stockmeier (FDP) nannte die Geothermie „eine der ganz wichtigen Säulen“, um bei der klimaneutralen Energieerzeugung das Wesentliche zu erreichen, „nämlich frei und unabhängig zu werden von Energielieferanten, die diktatorische und autoritäre Regime betreiben, welche das freiheitliche Gesellschaftsmodell, das wir hier in Deutschland haben, bekämpfen“. Angesichts solcher Einigkeit schlug Thomas Heilmann (CDU) vor: „Warum machen wir da eigentlich nicht einen Mini-Deutschlandpakt? Dafür brauchen wir nicht den Bundeskanzler und das Bundeskabinett und, ehrlich gesagt, auch nicht die Ministerpräsidenten in persona. Ich glaube, wir können fraktionsübergreifend und mit den Fachleuten aus den Ländern sehr schnell konkrete Gesetzesänderungen formulieren.“ *mis*

## Union für mehr Energiespeicher

Die Unionsfraktion drückt beim Ausbau von Energiespeichern aufs Tempo. In ihrem Antrag mit dem Titel „Energiespeicher jetzt ausbauen“ (20/8525), der am Donnerstag im Parlament beraten wurde, fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, das Energiemarktdesign auf den Einsatz von Energiespeichern auszurichten. Ziel sei es, die hohen Energiesystemkosten zu senken und Effizienz in die Energiewende zu bringen. „Der Wind weht, aber das Windrad steht still, die Mittagssonne brennt auf das Dach, aber die Photovoltaik-Anlage muss abgeregelt werden“ – das Auseinanderfallen von Erneuerbarer-Energie-Erzeugung und -verbrauch sei eines der zentralen Probleme der Energiewende, sagte Maria-Lena Weiss (CDU) bei der Vorstellung des Antrags. Aktuell löse man das Problem unter anderem mit dem Einsatz fossiler Kraftwerke, und das wolle die Union ändern. Dabei könnten Energiespeicher helfen. Nach dem Willen der Union sollten diese als regulatorisch eigenständige Säule des Energiesystems eingeordnet werden. Dabei seien Hindernisse zu beseitigen, die Entwicklung und Einsatz von Speichertechniken behinderten – insbesondere die Belastung mit Netzentgelten und weiteren Kosten und Abgaben. *mis*

**M**it generativer Künstlicher Intelligenz (KI) könnte eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer in Deutschland zukünftig rund 100 Stunden im Jahr sparen. Denn KI könnte eigenständig Dokumente verfassen oder Daten analysieren. Das hat kürzlich eine Studie des Forschungsinstituts IW Consult im Auftrag von Google herausgefunden. Angestellte könnten die frei werdende Zeit für produktivere Tätigkeiten nutzen. Insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels werde KI daher entscheidend sein, um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland zu sichern.

Mit der 2018 verabschiedeten KI-Strategie schlug die damalige Bundesregierung den Weg ein, Künstliche Intelligenz „Made in Germany“ an der Weltspitze zu etablieren. Dafür hatte sie bis zum Jahr 2025 insgesamt fünf Milliarden Euro bereitgestellt.

Auch hatte der Bundestag in der vergangenen 19. Wahlperiode (2017-2021) eine Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökonomische Potenziale“ einberufen, die den zukünftigen Einfluss der Künstlichen Intelligenz untersuchen sollte. Am Ende kam die Kommission unter anderem zu dem Ergebnis, dass die KI-Forschung mit mehr Ressourcen ausgestattet und der Transfer von Forschung in die Anwendung verbessert werden müsse.

Seit der Veröffentlichung des Abschlussberichts der Enquete-Kommission im Jahr 2020 und dem Beschluss der deutschen KI-Strategie 2018 hat sich viel verändert; KI-Anwendungen haben sich rasant entwickelt. Spätestens seit der Chatbot ChatGPT im November 2022 für die breite Öffentlichkeit zugänglich wurde, ist KI in aller Munde und hat bereits in vielen Unternehmen administrative Routinetätigkeiten übernommen.

**»Update« geplant** An die neuen Entwicklungen und Bedarfe wurde auch die KI-Strategie der Bundesregierung angepasst, zuletzt im Dezember 2020. Jetzt soll diese Strategie ein „Update“ bekommen: den KI-Aktionsplan. Mit diesem will die Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz in Deutschland einen „neuen Schub“ geben, so sagte sie es bei der Vorstellung des Aktionsplans am 23. August. Bisher ist nur eine Zusammenfassung der wichtigsten Eckpunkte des Aktionsplans öffentlich. Fest steht bereits, dass allein das Forschungsministerium in dieser Legislatur rund 1,6 Milliarden Euro in KI investieren will. Ziel sei es, dass Deutschland eine Spitzenposition in der Welt im Bereich KI einnehme.

Doch die Bestrebungen der Bundesregierung gehen der CDU/CSU-Fraktion nicht weit genug. Der angekündigte Aktionsplan zeige zwar viele Handlungsfelder auf, doch die Finanzierung bleibe unklar. Das schreibt die Fraktion in einem Antrag (20/8414) mit dem Titel „Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie für Deutschlands Zukunft stärken“. In dem Antrag fordert die Union die Bundesregierung auf, einen Strategieprozess für die Förderung von Open-Source-KI aufzusetzen. Ferner müsse die Regierung, durch den Ausbau und die Erweiterung der vorhandenen Supercomputing-Infrastruktur in Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, „geeignete Rechenkapazitäten bereitzustellen für die Erstellung großer KI-Modelle“.

Beim Thema KI müsse eindeutig mehr gemacht werden, betonte Thomas Jarzombek (CDU) am Donnerstag im Plenum, als der Bundestag erstmals über den Antrag beriet. Der Staat müsse „Ankerkunde“ sein, junge Technologien mit Aufträgen versehen und nicht nur bei den „amerikanischen Giganten“ einkaufen. Die Bundesregierung dürfe keine weiteren Mittel für neue Technologien



# Blick in die Zukunft

**KÜNSTLICHE INTELLIGENZ Unionsfraktion fordert, Deutschland an die Weltspitze zu bringen**

KI wird als Schlüsseltechnologie der Zukunft angesehen.

© picture-alliance/SZ Photo/Robert Haas

wie KI kürzen. Maximilian Funke-Kaiser (FDP) erwiderte, dass die Forschungsministerin 1,6 Milliarden Euro allein in KI investieren. Das sei mehr als jede Vorgängerregierung zuvor. Die Bundesregierung solle so dafür, dass Deutschland als „voll industrialisiertes Hochtechnologieland“ die Entwicklung von KI mitgestalten könne. Funke-Kaiser kritisierte, dass der Antrag der Union nicht einmal in einem Nebensatz digitale Bürgerrechte anspreche. Da sei die Bundesregierung bereits weiter, schließlich arbeite sie auf europäischer Ebene an einer KI-Verordnung mit.

**Linke warnt vor Risiken** Dass der Unionsantrag eine sinnvolle Balance zwischen tatsächlichen Chancen und Risiken der Technologie vernachlässige, betonte auch Petra Sitte (Die Linke). So könne KI erhebliche Probleme für die Gesellschaft, Menschen und die Natur hervorbringen. In der kommenden europäischen KI-Verordnung würden Unternehmen weiterhin Ausnahmeregelungen erhalten, während Schulen und Behörden streng

in die Pflicht genommen würden. Das dürfe die Bundesregierung nicht hinnehmen. Auch Holger Becker (SPD) äußerte sich zur europäischen KI-Verordnung, die den Einsatz Künstlicher Intelligenz in der EU normieren soll. Geplant sei, dass die Regelungen noch Ende des Jahres verabschiedet werden. Die Forderung der Union, Deutschland müsse zusammen mit Europa seine Souveränität im Bereich KI stärken und einen starken europäischen Rechtsrahmen entwickeln, setze die Bundesregierung bereits um. Dass man schon weiter sei als die Unionsfraktion, betonte auch Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen). Zudem würden in dem Antrag viele wichtige Aspekte hinsichtlich KI fehlen. Beispielsweise dürften Arbeitsplätze nicht durch den Einsatz von KI verschwinden, sondern lediglich verbessert werden.

Der Antrag der Unionsfraktion habe noch „Luft nach oben“, sagte auch Barbara Benkestein (AfD). In Deutschland brauche es mehr digitale Souveränität, um von den großen Techkonzernen weniger abhängig zu sein.

Im Anschluss an die rund 40-minütige Aussprache wurde der Antrag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Die Federführung liegt beim Ausschuss für Bildung und Forschung.

Carolin Hasse

## > STICHWORT

### Künstliche Intelligenz (KI)

**> Generative KI** Dies ist eine Technologie der Künstlichen Intelligenz, die selbst Inhalte wie Bilder oder Texte erzeugen kann. Dafür nutzt die Technologie gesammelte Informationen aus dem Internet. ChatGPT ist beispielsweise eine generative KI.

**> Open Source KI** Dabei handelt es sich um Technologien der Künstlichen Intelligenz, deren Quellcode der Öffentlichkeit frei zugänglich ist. Andere Entwickler können so auf den Code zugreifen, selbst nutzen, anpassen oder verbessern.

## Förderung geöffnet

**SOZIALE INNOVATIONEN** Regierung legt Strategie vor

Von einer Strategie, „die es vorher noch nicht gab“, sprach Melis Sekmen (Bündnis 90/Die Grünen); einen „Zugang, wo vorher keiner war“, nannte es Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP). Im Plenum wurde am Freitagmorgen die Unterrichtung (20/8372) der Bundesregierung zur Nationalen Strategie für soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen debattiert. Diese sollen künftig besser unterstützt werden und leichteren Zugang zu Förderprogrammen bekommen. So sollen zum Beispiel ab November zwölf Millionen Euro für „frische Ideen“ von Studierenden und Postdocs bereitgestellt werden, kündigte Stark-Watzinger im Plenum an. „Wir wollen mehr soziale Start-ups.“ Dafür sei die Strategie ein „Fort-schrittmacher“, sagte die Ministerin.

**Neue Konzepte gewünscht** Unter sozialen Innovationen versteht die Bundesregierung vor allem neue soziale Praktiken und Organisationsmodelle, die zu tragfähigen und nachhaltigen Lösungen für die Herausforderungen der Gesellschaft beitragen. Dazu zählten beispielsweise neue Pflegekonzepte, neue Anwendungsoptionen von technischen Geräten, neue Netzwerke oder neue Mobilitätskonzepte. Gemeinwohlorientierte Unternehmen sind laut Strategie solche, für die das soziale oder ökologische, gemeinwohlorientierte Ziel Sinn und Zweck ihrer Geschäftstätigkeit darstellt.

„Soziale Innovationen erhalten bei Unternehmensneugründungen einen beachtlichen und wachsenden Stellenwert und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer sozial-ökologischen Marktwirtschaft und zur Wettbewerbsfähigkeit des Innovationsstandortes Deutschland“,

heißt es in der Unterrichtung weiter. Nicole Bauer (FDP) nannte die Strategie einen Weg, der es Gründern ermögliche, eine bessere Zukunft zu bauen: „Im Mittelpunkt steht der positive Impact auf unsere Wirtschaft, denn sogenannte Social Entrepreneurs schaffen Arbeitsplätze und Wachstum.“

Sabine Poschmann (SPD) machte deutlich, dass die Strategie längst überfällig sei: Deutschland hinke im europäischen Vergleich bei der Förderung sozialer Innovationen hinterher, man müsse deshalb zügig an der Umsetzung der Strategie arbeiten. Besonders Frauen, die im Segment der gemeinwohlorientierten Unternehmen überdurchschnittlich vertreten seien, sollen künftig gefördert werden, berichtete die Grünenpolitikerin Sekmen.

Von der Linksfraktion kam Zustimmung: „Wir begrüßen, dass Sie Genossenschaften das Leben erleichtern wollen“, sagte Petra Sitte in der Debatte. Gemeinwohlorientierte Unternehmen verdienen einen leichteren Zugang zu Förderung. „Zu viele Absichtserklärungen und Prüfaufträge“, monierte hingegen Nadine Schön (CDU) an dem Papier. Sie fragte, warum die Bundesregierung nicht mehr Mut zeige, bei dem Thema größer zu denken: „Wir brauchen ein ganzes Ökosystem für dieses Thema, ein Gesamtkonzept.“

Die AfD-Fraktion sah in der Strategie den Versuch, die deutsche Wirtschaft zu einer „Planwirtschaft“ und zum „Ökosozialismus“ umzubauen. „Sie werden jedoch scheitern mit dieser Strategie“, kündigte der Abgeordnete Malte Kaufmann an.

Im Anschluss an die Debatte wurde die Unterrichtung zur weiteren Beratung an den federführenden Wirtschaftsausschuss überwiesen. emu

## Starthilfen für Gründer

**START-UP-STRATEGIE** Ampel: 40 Prozent umgesetzt

Mehr als 40 Prozent der 130 Maßnahmen der Startup-Strategie, die die Bundesregierung im Juli 2022 beschlossen hat, sind laut einem Zwischenbericht der Regierung bereits umgesetzt worden.

„Das ist eine gute Bilanz und das ist ein gutes Signal für die Start-ups, die auf uns bauen können“, sagte Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen) in der Debatte zu der Vorlage (20/8450) am Mittwoch. Christmann zitierte den Anfang der Woche veröffentlichten „Deutschen Startup Monitor“, demnach acht von zehn Start-ups sagen, dass sie wieder in Deutschland gründen würden: „Das zeigt: Wir sind ein starker Standort“, so die Beauftragte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für die Digitale Wirtschaft und Start-ups.

**Mehr Kreativität gefordert** Den „Startup Monitor“ führte auch Klaus Wiener (CDU) an, er nutzte die Umfrage jedoch, um Kritik an der Wirtschaftspolitik der Ampelregierung zu üben: „Nur noch 58 Prozent bewerten das Start-up-Ökosystem als positiv. Vor einem Jahr waren es noch zehn Prozentpunkte mehr, also ein deutlicher Unterschied.“

Aus der AfD-Fraktion kamen weitere Zahlen, die zeigen sollen, dass die Startup-Strategie der Bundesregierung nicht funktioniert: „70 Prozent der Start-ups in Deutschland überleben die ersten drei Jahre nicht. Fast 80 Prozent der bestehenden Start-ups wissen nicht, wie sie die kom-

menden zwei Jahre überbrücken sollen. 34 Prozent überlegen, wegen des Kapitalmangels ihren Sitz ins Ausland zu verlegen“, listet Enrico Koning auf. Für Schulterklopfen für das vermeintlich Erreichte bestehe daher kein Anlass, sagte der AfD-Abgeordnete.

Lena Werner (SPD) hatte einen Vorschlag, wie der Staat Start-ups künftig noch besser unterstützen könnte: „Die öffentliche Hand kann aber mehr tun, als nur Geld zur Verfügung zu stellen. Gerade bei der öffentlichen Vergabe werden Start-ups aktuell nicht ausreichend berücksichtigt“, sagte Werner im Plenum.

Für mehr Experimentierfreude sprach sich Gerhard Ulrich von der FDP-Fraktion aus. Transformationsprozesse werde man nicht bewältigen können, wenn man in festgefahrebenen Strukturen denke: „Deshalb sollte beim Experimentieren nicht nur die Wirtschaft angesprochen werden, sondern auch die Verwaltung und vor allen Dingen die Regulierung.“

Was in dem Bericht völlig fehle, sei, dass Start-ups, die nach wenigen Jahren schon Hunderte oder gar Tausende Beschäftigte haben, oftmals noch keinen Betriebsrat und keine Mitbestimmung hätten, kritisierte hingegen Alexander Ulrich (Die Linke). Es brauche eine vielfältigere Gründerszene und damit gezielte Angebote für Frauen, sagte Melis Sekmen (Bündnis 90/Die Grünen). Sie plädierte für Haushaltsmittel für den Exist-Women-Fonds, der gezielt Gründerinnen fördern soll. emu

## Aufholjagd soll starten

**DATEN** Die Regierung möchte mehr Daten in höherer Qualität – die Opposition findet die Strategie zu unkonkret

Das Nutzen und Teilen von Daten muss der Normalfall werden – so skizziert Daniela Kluckert (FDP), Staatssekretärin im Digitalministerium von Volker Wissing (FDP), die Vision für den künftigen Umgang mit dem Thema. Bedenken sollten nur dann berücksichtigt werden, wenn diese begründet seien, erklärte sie den Kulturwandel in der Datenstrategie (20/8260), die am Donnerstag erstmals im Bundestag debattiert wurde. Die weitere Beratung übernimmt der Digitalausschuss.

Die Strategie bereite zwar den Boden für die Aufholjagd beim Thema Daten, nötig sei aber die Mitarbeit aller, sagte die Staatssekretärin weiter. Mit der Strategie möchte die Bundesregierung erreichen, dass Daten in größerem Umfang und besserer Qualität zur Verfügung stehen. Diese seien zentral für die digitale und ökologische Transformation von Wirtschaft, Wissenschaft, öffentlicher Hand und Gesellschaft, heißt es in dem 17-seitigen Dokument. Definiert wird in der Strategie eine Roadmap bis Ende 2024: Danach sollen noch in diesem Jahr etwa ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz und eine Änderung im Bundesdatenschutzgesetz vorgelegt werden. Für 2024 sind das Mobilitätsdatengesetz, das Forschungsdatengesetz, der Rechtsanspruch auf Open Data und das Bundestranspa-

renzgesetz als Vorhaben aufgeführt. Entscheidend sei, dass datengetriebene Innovationen und Schutzrechte zusammengebracht werden und das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen für den Austausch von Daten gestärkt werde, anstatt auf diesen zu sitzen, so Kluckert. Unterstützung bekam sie von Volker Redder (FDP), der

betonte, dass die meisten Datensammlungen mithilfe von Steuergeldern entstanden seien. Es sei nur „fair und gerecht“, diese Wirtschaft und Bürgern als neue Möglichkeiten der Wertschöpfung zur Verfügung zu stellen.

**Zu wenig konkret** Die Strategie komme reichlich spät und enthalte keine konkreten Maßnahmen, kritisierte Nadine Schön (CDU) für die Unionsfraktion. Die Überschrift biete zwar einen positiven Zugang zum Thema Daten, allerdings sei die Frage, ob auch die Maßnahmen diesen „optimistischen Geist“ tragen. Der Zugang zu Daten in allen Bereichen sei essenziell, sagte Schön und verwies auf Forscher, die oftmals Daten aus dem Ausland nutzen müs-

sen oder die direkt ins Ausland gingen, um forschen zu können. Mit Blick auf das für 2024 angekündigte Forschungsdatengesetz bemängelte sie: „Deutschlandtempo ist das nicht.“

Kritik kam auch von der Linken: Anke Domscheit-Berg nannte die Strategie „noch schlechter als die der Großen Koalition“.

Es fehle an Priorisierung, Konkretion und Festlegungen bei der Zuständigkeit. Auch dazu, wie teuer die Vorhaben werden und welches Monitoring stattfindet, fehlten Angaben. „Der Zeitplan ist ein schlechter Witz“, sagte sie mit Blick auf das für 2024 angekündigte Transparenzgesetz und das Recht auf Open Data. Zudem vermisse sie in der Strategie ein KI-Register.

Es sei bemerkenswert, dass die Bundesregierung in der Strategie nur einmal von der Stärkung der Souveränität Deutschlands und Europas spreche, kritisierte Steffen Janich für die AfD. Seine Fraktion begrüße die Erweiterung des Zugangs und den Rechtsanspruch auf Open Data. Mit Blick auf die Datenschutzgrundverordnung plä-

diere er für eine Überarbeitung zugunsten von Bürgernähe und Transparenz.

**Kultur des Datenteilens** Unterstützung für die Strategie kam von BMI-Staatssekretär Johann Saathoff (SPD), der betonte, es brauche eine optimistischere Haltung. Man müsse „mehr Datennutzung wagen“, sagte er in Anspielung auf die Worte Willy Brandts. Eine Kultur des Teilens von Daten, nicht der Datensparsamkeit sei wichtig, denn „gute Daten führen zu guten Entscheidungen“, so Saathoff. Der Zugang sei eine Gerechtigkeits- und Machtfrage und eine Frage der Daseinsvorsorge, denn offene Daten böten neue Möglichkeiten für Bildung und soziale Teilhabe. Neben der intelligenten Datennutzung sei allerdings auch mehr Datenkompetenz in der Verwaltung und bei den Bürgern entscheidend. Tobias B. Bacherle (Grüne) verwies darauf, dass die Europäische Union mit dem Data Act bereits eine gute Linie vorgebe, bei der die Datensouveränität im Mittelpunkt stehe. „Das sollte auch die Leitlinie für unsere Datenpolitik sein“, sagte er. Datenbasierte Innovationen könnten nicht nur zu guter Künstlicher Intelligenz führen, sie könnten auch faktenbasierte Entscheidungen erleichtern und damit den Fortschritt für alle, sagte Bacherle. Lisa Brübler

**»Der Zeitplan ist ein schlechter Witz.«**

Anke Domscheit-Berg (Die Linke)

## Der Preis des Mülls

**EINWEGPLASTIK** Abgabesätze für Hersteller beschlossen

Tüten, Getränkebecher, Folienverpackungen: Hersteller von Einwegkunststoffprodukten müssen ab 1. Januar 2024 durch eine Abgabe in einen Fonds die Kosten der Plastikmüllbeseitigung aus dem öffentlichen Raum mittragen, das ist seit Mai Gesetz. Am Donnerstag nahm das Parlament nun auch eine Verordnung der Bundesregierung (20/8128) an, welche die Höhe der Abgabesätze sowie das Punktesystem für Auszahlungen aus dem Einwegkunststofffonds an die Kommunen festlegt. Für die Verordnung stimmten die Koalitionsfraktionen, dagegen Union und AfD. Die Linke enthielt sich. Damit zahlen Hersteller künftig etwa für ein Kilogramm in Verkehr gebrachte Getränkebecher 1,24 Euro als Abgabe, für Lebensmittelbehälter 18 Cent, für Tüten- und Folienverpackungen 88 Cent.

**»Marktversagen«** In Summe werde so „eine halbe Milliarde Euro pro Jahr“ zusammenkommen – Geld, das die Kommunen als Träger der Müllentsorgung dringend bräuchten, erklärte Jan-Niclas Gesenhues (Grüne) in der Debatte. Man korrigiere so ein „Marktversagen“. Es müsse Schluss sein damit, dass Hersteller die Einnahmen einstrichen, aber die Kosten

der Vermüllung der Gesellschaft aufbüden. Die Verordnung sei „gut aufgestellt“, die Abgabesätze faktenbasiert und transparent ermittelt, betonte Michael Thews (SPD). Um sie zu regelmäßig zu überprüfen, sei alle drei Jahre eine Evaluation geplant.

**»Kostenintensiver Sonderweg«** Kritik kam von der Opposition: Die Regierung habe mit der Schaffung des Einwegkunststofffonds einen „kostenintensiven Sonderweg“ eingeschlagen, monierte Björn Simon (CDU). Die Ampel schaffe mehr Bürokratie und belaste Bürger doppelt. Zu erwarten sei nämlich, dass die Hersteller die Mehrkosten weiterreichen und die Kommunen ihre Abfallgebühren nicht senkten, warnte auch Andreas Bleck (AfD).

Judith Skudelný (FDP) nannte solche Vorwürfe „Mumpitz“. Auch privatwirtschaftliche Lösungen hätten Kosten erzeugt. Zudem stünde es den Abgeordneten frei, sich in Stadt- und Gemeinderäten für eine Abfallgebührensenkung einzusetzen. „Lächerlich“ nannte schließlich Ralph Lenkert (Linke) angesichts der Umweltschäden die niedrigen „Ablasszahlungen“ für die Hersteller. Die EU fordere eine höhere Einwegplastiksteuer, doch die zu kasieren traue sich die Ampel nicht. sas



Rauch steigt am 4. Oktober 1993 aus dem Sitz des russischen Parlaments auf, das von Truppen der Armee belagert wird. Um den Widerstand der Volksdeputierten gegen seinen Reformkurs zu brechen, greift Präsident Boris Jelzin (rechts) zur Gewalt. © picture alliance/AP/Sergei Karpukhin/dpa/epa

# Fanal am Weißen Haus

**RUSSLAND** Vor 30 Jahren ließ Präsident Boris Jelzin das Parlament beschießen: Für die Demokratie, wie er meinte

Das Weiße Haus in Moskau war in den frühen 1990er Jahren ein Symbol des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Aufbruchs Russlands in die Demokratie: Hier tagte der noch 1990 in teils freien Wahlen hervorgegangene Volksdeputiertenkongress, dem im neuen Russland die Rolle des Parlaments zukam. Hier hatten sich im August 1991 die Anhänger der Perestroika verschanzt und Tausende Moskauer Demonstranten versammelt, als sich eine Riege von Betonköpfen im sowjetischen Politbüro gegen den Reform- und Staatschef Michail Gorbatschow stellte und den Ausnahmezustand ausrief. In diesen hitzigen Augusttagen 1991 war zudem Boris Jelzin, ein noch radikalerer Reformier, auf einen Panzer gestiegen und hatte zur Verteidigung der Errungenschaften von Gorbatschows Öffnungskurs aufgerufen und damit einen entscheidenden Anstoß zum Fall einer Dominokette gegeben: Das krachende Scheitern der Putschisten, die Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 und schließlich auch die eigene Wahl zum ersten demokratisch gewählten Präsidenten des nun in die Unabhängigkeit strebenden Russlands im Sommer 1991.

»Einem guten Kerl viel Macht zu geben, erschien damals vernünftig.«

Alexej Nawalny, russischer Oppositioneller

nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Russland in Kraft geblieben war. Eine gewichtige Perestroika-Neuerung war die weithin als demokratisch akzeptierte Wahl des Parlaments 1990, bestehend aus den zwei Gliedern des jährlich zusammenkommenden Volksdeputiertenkongresses und des kleineren, häufiger tagenden Obersten Sowjets. Eigentlich hatte dieses Parlament Jelzin mit weitreichenden Vollmachten für seinen ökonomischen Reformkurs ausgestattet und den ebenso marktwirtschaftsbegeisterten wie unbeirrbar Premierminister Jegor Gaidar als Premierminister bestätigt. Jelzins Regierung schuf zwischen 1991 und 1993 rasch Fakten: Einst staatlich festgelegte Preise für Produktions- und Konsumgüter wurden in großer Zahl über Nacht freigegeben, ein Privatisierungsprogramm für das industrielle Herz der einstigen Sowjetgroßmacht aufgelegt. Die Folge war eine veritable Rubelkrise, eine rasende Inflation, die Einkommen und Rücklagen eines großen Teils der Bevölkerung auffraß, während auf den Straßen der Städte das Recht des Stärkeren einzog und eine winzige Schicht findiger Funktionäre und Werksdirektoren als „Biznesmen“ zu bisher ungeahntem Reichtum kam.

**Verheerungen** Schon bald zeigte sich, dass viele der Volksdeputierten angesichts der wachsenden sozialen Verheerungen im

Land nicht mehr mitzogen. Im Dezember 1992 ließ der Oberste Sowjet Jelzins Reformpremier Gaidar durchfallen. Jelzin seinerseits ergriff die Initiative zu einem Referendum, in dem er sich im Frühjahr 1993 seinen Kurs von einer knappen Mehrheit von 56 Prozent bestätigen ließ. Außerdem berief er am Parlament vorbei eine Verfassungskonferenz ein, die im Juli einen neuen Verfassungsentwurf vorlegte. Im Kongress marginalisierte eine lautstarke Koalition aus Nationalisten und Kommunisten die verbliebenen Jelzin-Unterstützer, das Parlament bekräftigte zum Beispiel mit einem Beschluss den Anspruch Russlands auf die Hafenstadt Sewastopol in der Ukraine. Am Ende des Sommers 1993 eskalierte der Streit: Jelzin entzog seinem Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi, der sich auf die Seite der Volksdeputierten geschlagen hatte, erst die Befugnisse und setzte ihn dann vor die Tür, was nicht nur Ruzkoi als Verfassungsbruch wertete, sondern auch die Volksdeputierten und das russische Verfassungsgericht.

**Befreiungsschlag** Am 21. September entschloss sich Jelzin zu einem radikalen Schritt. Mit dem berühmt gewordenen Dekret 1.400 erklärte der Präsident den gesetzgebenden Kongress der Volksdeputierten und den Obersten Sowjet kurzerhand für aufgelöst. Viele im Reformlager, auch in der russischen Intelligenzija und bei den Verteidigern des Perestroika-Erbes, empfanden das mit guten Gründen als einen Befreiungsschlag und Akt der Selbstbehauptung der jungen russischen Demokratie. Die Volksdeputierten und ihre An-

hänger sahen in Jelzins Dekret mit ebenso guten Gründen den Versuch eines Staatsstreichts. Die Jelzin-Gegner mit dem Parlamentspräsidenten Ruslan Chasbulatow an der Spitze verbarrikadierten sich im Weißen Haus. Sie erklärten Jelzins Erlass für verfassungswidrig, setzten ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn durch und vereidigten den geschassten Ruzkoi als amtierenden Präsidenten. Sie konnten sich dabei auf die Verfassung berufen. Aber es war auch klar, dass dieser Mantel aus sowjetischer Zeit im neuen Russland fadenscheinig geworden war und das politische Schwergewicht Jelzin diesen Mantel immer mehr als Zwangsjacke wahrnahm.

**Aufstand** Weniger klar war, ob sich Armee und Sicherheitsdienste an die Seite des politischen Entfesselungskünstlers im Kreml stellen würden – oder aber an die Seite des früheren Armeegenerals und Vizepräsidenten Ruzkoi. Als die Volksdeputierten loyale bewaffnete Kräfte zur Besetzung der Moskauer Stadtverwaltung und des Fernsehzentrums in Ostankino aufforderten, als Ruslan Chasbulatow gar zum Sturm auf den Kreml aufrief, um den „Kriminellen und Usurpator Jelzin“ abzuführen, war diese Frage entschieden. Jelzin konnte die Panzer auffahren und den Widerstand des Parlaments unter dem Granatenbeschuss der Militärs ersticken lassen. 187 Menschen starben nach offiziellen Angaben, mehr als 400 wurden verletzt. Anführer der Jelzin-Gegner wurden verhaftet, ihre Parteien verboten. Er habe einen Bürgerkrieg abwenden müssen, so lautete Jelzins Rechtfertigung für das blutigste Geschehen auf den Straßen Moskaus seit der Oktoberrevolution von 1917.

Die Verfassung, für die sich 57 Prozent der Wähler, aber nur 31 Prozent der Wahlberechtigten im Dezember 1993 aussprachen, definierte Russland erstmals in seiner Geschichte als demokratischen Rechtsstaat und sah einen Grundrechtskatalog vor. Mit ihrer Fokussierung auf die alles überragende Rolle eines Präsidenten, der ohne Vizepräsident auskommt und Vetos des Parlaments nicht mehr fürchten muss, legte diese Verfassung aber auch den Grundstein für die Machtvertikale und die vom Kreml „gelenkte Demokratie“, das Abgleiten Russlands in die Autokratie. Jelzin wollte bis in die letzten Winkel des weiten Landes durchregieren, ins Werk gesetzt wurde das aber erst durch seinen Nachfolger Wladimir Putin. Russlands berühmtester politischer Gefangener, der Jurist und Oppositionelle Alexej Nawalny, hält die „Einführung eines Präsidialsystems mit einer enormen Machtkon-

zentration in den Händen des Präsidenten – so wie Boris Jelzins Team es vorgeschlagen hatte“ – für einen „monströsen Fehler“. Russland habe damals die historische Chance verpasst, der autoritären Versuchung zu entkommen, schrieb Nawalny vor einem Jahr in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Doch „einem guten Kerl viel Macht zu geben, erschien damals vernünftig“.

**Signal** Auch die in Moskau geborene Schriftstellerin Masha Gessen mag in der Figur Jelzins nichts Totalitäres erkennen, macht aber fatale Folgen für die politische Kultur in Russland aus. „Was aber in Moskau 1993 passierte, diese Antwort der Regierung auf Konflikt, der Einsatz von Gewalt, war ein totalitäres Signal, das als solches von der Gesellschaft verstanden wurde.“

Heute drohen in den Propaganda-Talkshows des staatlich gelenkten russischen Fernsehens ehemalige und amtierende

Duma-Abgeordnete unverhohlen mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Ukraine und andere Länder. Es ist die offene Huldigung eines Kults der Stärke, die Angst einflößen und Russland „Respekt“ verschaffen soll. Und womöglich, so kann man Nawalny und Gessen verstehen, ein Nachhall der Versäumnisse des Jahres 1993, in dem Jelzin sich eine Verfassung auf den Leib schneiden ließ, die das Parlament als Störfaktor für die gewünschte Demokratisierung missverstand.

Auf den Reformpremier Gaidar folgte 1992 bis 1998 übrigens der pragmatische Wiktor Tschernomyrdin, der einst letzter sowjetischer Minister für die Gasindustrie war. Von ihm sind eine Reihe sogenannter „Chernomyrdinka“ bekannt, die als geflügelte Worte in die russische Sprache Eingang gefunden haben. Sein berühmtester Satz erscheint heute wie ein Menetekel der russischen Jelzin-Jahre: „Wir wollten das Beste, aber es kam wie immer.“

Alexander Heinrich II

Anzeige



Deutscher Bundestag

**Besuchen Sie den Deutschen Bundestag zum Tag der Deutschen Einheit vom 2. bis 3. Oktober 2023 auf dem Rathausmarkt in Hamburg!**



#tdeHH23  
www.bundestag.de

**HORIZONTE ÖFFNEN**



Tag der Deutschen Einheit  
Hamburg 02.-03.10.2023



Gegenspieler des Präsidenten: Parlamentspräsident Ruslan Chasbulatow (links) und Jelzins Vize Alexander Ruzkoi. © picture-alliance/dpa/epa

**Blockaden** Mit dem Fanal endete eine Monate andauernde Blockade zwischen den beiden direkt gewählten Verfassungsorganen Parlament und Präsident: Eine Zeit der „Doppelherrschaft“, in der das Reformlager um Jelzin im Kreml das größte Land der Welt mit einer „Schocktherapie“ auf Marktwirtschaft trimmen wollte und ein ebenso von nationalistischen wie kommunistischen Kräften dominiertes Parlament auf der anderen Seite genau dies verhindern wollte. Mit dem Fanal am Weißen Haus kam aber auch eine Verfassung der „Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik“ ans Ende, die noch aus dem Jahr 1978 stammte und

**W**er auf dem Inlandsflug nach Rzeszow von Warschau kommend einen Platz haben will, muss viele

Wochen vorher buchen. Seit Putins Angriff auf die Ukraine steht der Flughafen an der ukrainischen Grenze bei Politikern und US-Militärs hoch im Kurs. Wer ihn von früher kennt, traut seinen Augen nicht: Beim Landeanflug sieht man ein gutes Dutzend „Patriot“-Luftabwehrraketen, gerade ist ein großer Transportflugzeug der Bundeswehr gelandet.

Bis zu zehn solcher Transporter mit Waffen für die Ukraine sollen hier täglich landen. Der kleine Provinzflughafen und die nahe gelegene 180.000-Einwohner-Stadt sind zum wichtigsten Verteiler für die Ukraine-Hilfe geworden. Wo früher brache Wiesen waren, stehen heute Konferenzzentren, internationale Hotels und Dutzende von Lagerhallen von namhaften Logistikfirmen.

„Wir bauen aus, was das Zeug hält – und herrscht einmal Frieden in der Ukraine, rechne ich mit fünf bis sechs Mal mehr Warenumschlag“, freut sich Lukasz Lasek, Regionalchef des polnischen Logistik-Unternehmens Rohlig-Suus. Die Firma transportiert über polnische Ostseehäfen unter anderem Treibstoff für die Ukraine. Bis zu 50 Stunden müssten die Fahrer an der Grenze Schlange stehen, erzählt Lasek, während er durch eine große Lagerhalle führt.

**Steigende Preise** Die Stadt Rzeszow entwickelt sich im Moment zwei- bis dreimal schneller als der Durchschnitt Polens, sagt der Logistiker. Durchschnittlich ist hier seit Ende Februar 2022 nur eins: Wie fast überall in Polen wird die Gebietshauptstadt von der liberalen oder linken Opposition regiert; in Rzeszow ist seit mehr als 20 Jahren die post-kommunistische Linke an der Macht. Das Umland aber, die Wojwodschaft Podkarpackie, ist dagegen stramme Festung der konservativen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die auch die Parlamentswahlen im Oktober wieder gewinnen will.

Auf der Fahrt ins Stadtzentrum fällt vor allem der Neubau eines rund 20-stöckigen Bürokomplexes am Ufer des Stadtflusses Wislok auf. „PiS bedeutet Teuerung“, heißt es davor auf einer riesengroßen Werbetafel.

„Teurer wird sowieso alles, egal, wer regiert“, brummt der Taxifahrer. Der Mittvierziger ist noch unentschieden, wem er am 15. Oktober seine Stimme geben will. Einzig für die liberale Bürgerplattform (PO) von Oppositionsführer Donald Tusk kann er sich nicht mehr erwärmen. „Die halten eh keine Wahlversprechen“, begründet er.

Der Mann mag Tierrechte und Ökologie, schimpft aber auf die vielen Ausländer in Rzeszow. „Die amerikanischen Soldaten nehmen unseren Jungs die besten Mädchen weg“, wiederholt er eine Klage seines Sohnes. Bis zu 10.000 US-Soldaten sollen in zwei Basen beim Flughafen stationiert sein. Man hört und sieht sie vor allem abends auf dem alten galizischen Marktplatz mit seinen zahlreichen Kneipen.

Zbyszek Mieszkowicz hätte viele Gründe, auf Amerikaner und Ukrainer sauer zu sein, die nach Rzeszow gestromt sind und die Mietpreise hochgedrückt haben. „Wir

# Im Aufwind

**POLEN** Die Provinzstadt Rzeszow entwickelt sich rasant, seit sie zum Knotenpunkt für die Ukraine-Hilfe geworden ist. Die konservative PiS-Partei hat hier bei den Wahlen im Oktober wenig Chancen – im Umland dagegen schon



Auf dem Flughafen von Rzeszow landen täglich mehrere Transportflugzeuge mit Waffen für die Ukraine. Die Stadt entwickelt sich dadurch prächtig: Logistikfirmen siedeln sich an und es entstehen Hotels und Konferenzzentren.

ächzen unter den Mehrkosten, können unser Lokal kaum mehr finanzieren“, sagt der Mitbegründer eines Treffpunkts für Nichtregierungsorganisationen. Das schlimmste seien die deutlich gestiegenen Energie- und Lebensmittelkosten, erzählt er. Doch er hat er nichts gegen die in Rzeszow stationierten Amerikaner: „Zuerst gilt es, Putins Imperialismus zu stoppen, dann schauen wir weiter“, sagt der Aktivist.

**»Mit Siebenmeilenstiefeln«** Der Soziologe Leszek Gajos von der Universität Rzeszow will keine Wahlprognose wagen. „Die Vorkarpaten waren jahrzehntelang von tiefer Volksreligiosität geprägt, darauf konnte PiS bisher bauen, doch die Kirche befindet sich heute in einer tiefen Krise“, analysiert

er bei einem Treffen im Bistro „Matrioschka“. Ob sich diese Krise auf das Wahlverhalten auswirke, sei unklar. Sicher ist er nur in einem Punkt: „Rzeszow läuft mit Siebenmeilenstiefeln, hier hat PiS keine Chance.“ Von einer wahren „Revolution“ in Rzeszow spricht Bürgermeister Konrad Fiolek bei einem Gespräch im Rathaus. „Wir werden wieder zu einem multi-ethnischen Regionalzentrum, so wie wir es früher waren“, frohlockt der aufstrebende Linkspolitiker, von Haus aus Soziologe. Rzeszow bekommt wieder eine große ukrainische Minderheit, aber auch amerikanische und britische Bewohner, und das sei gut so, findet Fiolek, der – im Unterschied zu anderen oppositionellen Bürgermeistern – keinerlei

Sabotage seitens der PiS-Zentralregierung beklagt.

Zum Ende des Gesprächs wagt er einen Ausblick auf die Wahlen – diesmal als Soziologe: Wenn die liberale und linke Opposition verliere, werde PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski wohl seine neue Koalition mit der rechtsextremen „Konföderation“ schmieden. „Diese beiden werden sich schnell zerstreuen, und 2025 haben wir vorgezogene Neuwahlen; das ist nicht die schlechteste Option“, meint Fiolek, und verabschiedet sich mit einem festen Händedruck.

Paul Flückiger

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.

## Konflikt im Kaukasus

**BERGKARABACH** Abgeordnete fordern Sanktionen

Nach dem Angriff Aserbaidschans auf die Kaukasusregion Bergkarabach steigt die Zahl der Geflüchteten: Mehr als 88.000 und damit weit mehr als die Hälfte der ethnischen Armenier haben nach Angaben des VN-Flüchtlingshilfswerks das umkämpfte Gebiet verlassen und sind in Armenien angekommen. Insgesamt leben in der Region Bergkarabach etwa 120.000 Menschen. Obwohl sie völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört, wurde sie mehrheitlich von ethnischen Armeniern bewohnt und zuletzt auch von ihnen kontrolliert. Am Donnerstag teilten Vertreter der international nicht anerkannten Republik Bergkarabach mit, die Republik und ihre Institutionen zum 1. Januar 2024 aufzulösen. Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew bekräftigte, Bergkarabach und die dort lebenden ethnischen Armenier integrieren zu wollen. Diese befürchten jedoch ethnische Säuberungen und verlassen zu Tausenden ihre Heimat.

**Historischer Streit** Seit mehr als hundert Jahren streiten Aserbaidschan und Armenien über die Grenzregion. Zuletzt wurden Kämpfe im Jahr 2020 durch ein von Russland vermitteltes Waffenstillstandsabkommen beendet. Doch trotz russischer Truppenpräsenz kam es seither immer wieder zu Auseinandersetzungen. Dem Angriff am 19. September vorausgegangen war eine

monatelange Blockade des Latschin-Korridors, der Hauptverkehrsroute zwischen Armenien und Bergkarabach. Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff wurden daraufhin in der Region knapp. Für Armenien stellt die Aufnahme der Geflüchteten eine Herausforderung dar. Laut Angaben der Bundesregierung, die am Mittwoch den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe über die Lage in der Region informierte, bemühe sich die Regierung von Ministerpräsident Nikol Paschinjan um die Versorgung der Menschen. Doch das Land stoße bereits an seine Grenzen. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) kündigte an, die humanitäre Hilfe von bisher zwei auf fünf Millionen Euro zu erhöhen. Außerdem forderte sie, internationale Beobachter in die Region zu entsenden.

**Gasembargo** Im Bundestag drängen Abgeordnete von Union und Grünen zudem auf europäische Sanktionen gegen Aserbaidschan: Der außenpolitische Sprecher der Union, Jürgen Hardt, verlangte, EU-Gasimporte aus dem Land auszusetzen. Dafür sprach sich auch Vorsitzende des Europaausschusses, Anton Hofreiter (Grüne) aus. Parlamentarier von FDP und Linken forderten mehr diplomatischen Druck und eine stärkere Vermittlung der Bundesregierung im Konflikt.

Sandra Schmid

## »Strategische Bedeutung«

**BUNDESWEHR** Truppe soll weiter im Irak bleiben

Die Bundeswehr soll ab dem 1. November für weitere zwölf Monate im Irak bleiben, um die irakischen Sicherheitskräfte beim Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu unterstützen. Einen entsprechenden Antrag (20/8341) der Bundesregierung hat der Bundestag am Mittwoch in die Ausschüsse überwiesen.

Konkret will die Koalition im Rahmen der Nato-Mission im Irak weiterhin maximal 500 bewaffnete Soldatinnen und Soldaten vor Ort stationieren, damit sie dort irakische Streit- und Sicherheitskräfte ausbilden können. Außerdem sind sie unter anderem zuständig für Lufttransporte sowie See- und Luftraumüberwachung.

Der islamistisch motivierte Terrorismus richte sich nach wie vor auch gegen Europa und Deutschland, und die Art, wie wir leben“, betonte Bundesverteidigungsminister Oskar Pistorius (SPD) in der Aussprache. Für die Bekämpfung dieser Gefahr sei der Irak ein Schlüsselland ebenso wie für die Stabilität der extrem volatilen Region. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen), Staatsminister im Auswärtigen Amt, sagte, Sicherheit sei im Irak noch lange keine Normalität, der IS verübe weiter brutale Anschläge. Das Land brauche daher weiter „unsere Hilfe, um den Kampf gegen den IS schultern zu können“.

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Niels An-

nen (SPD), ergänzte, die deutschen Soldatinnen und Soldaten hätten seit 2015 auch Spielräume für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit geschaffen. „Diese Erfolge gilt es jetzt abzusichern.“ Siege könnten zu Niederlagen werden, wenn es keine Entwicklungsperspektiven gebe.

**Einflussnahme durch Iran** Für die Union erklärte Annette Widmann-Mauz (CDU) Unterstützung für den Antrag der Bundesregierung. Angesichts der Einflussnahme des Iran im Irak sei das Land „auch für uns von strategischer Bedeutung“. Sie betonte, dass die Nato-Mission mittelfristig sogar weiter ausgebaut werden sollte.

Nils Gründer (FDP) wies darauf hin, dass die deutsche Truppe in den vergangenen Jahren in vielen Auslandseinsätzen Expertise im Kampf gegen den Terror gesammelt habe. „Diese können wir hier im Irak dazu einsetzen, sie an die Sicherheitskräfte weiterzugeben.“

AFD und Linke sprachen sich gegen eine Fortsetzung der Mission aus. „Die weitere dauerhafte Eindämmung des IS muss den souveränen Staaten Syrien und Irak obliegen“, urteilte Joachim Wundrak (AFD). Kathrin Vogler (Die Linke) warf der Koalition vor, mit dem Einsatz in erster Linie geopolitische Interessen zu verfolgen und jesidische Flüchtlinge wieder in den Irak zurückzuschicken, obwohl ihre Sicherheit dort noch immer bedroht sei.

Johanna Metz

## »Vom Feindstaat zu einem der größten Unterstützer«

**VEREINTE NATIONEN** Anlässlich von 50 Jahren Mitgliedschaft fordern Fraktionen mehr Einsatz für Reformen

Es waren deutliche Worte der Kritik, die der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bei seinem ersten Besuch der Vereinten Nationen (VN) seit Beginn des russischen Angriffs auf sein Land gefunden hat. In einer außerordentlichen Sitzung des Sicherheitsrates klagte er vergangene Woche angesichts der Blockadehaltung Russlands über die Machtlosigkeit der Weltorganisation und drängte auf Reformen. Vor allem das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, zu denen neben Russland auch die USA, China, Frankreich und Großbritannien gehören, sei zu einem Hemmschuh geworden: „In den Händen des Angreifers“ habe es die VN „an einen toten Punkt geführt“, so Selenskyj. Tatsächlich hat sich der Sicherheitsrat, das einflussreichste Organ der VN, mehrfach mit dem Ukrainekrieg befasst, doch stets ohne Ergebnis. Es brauche einen Mechanismus, um Blockaden per Veto zu überwinden, forderte Selenskyj. Das Gremium müsse um zusätzliche ständige Mitglieder erweitert werden: Afrika, Lateinamerika und die pazifischen Staaten sollten dort vertreten sein – und auch Deutschland verdiene einen Platz. Es sei „zu einem der wichtigsten globalen Garanten für Frieden und Sicherheit geworden“.

**Jubiläum** Ein Plädoyer und ein Lob: Die Bundesregierung – vergangene Woche in New York vertreten durch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) – kann das angesichts eines aus deutscher Sicht besonderen Jubiläums sicher auch als Bestätigung für ihr Bemühen um Reformen sowie einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat auffassen: 50 Jahre ist es her, dass am 18. September 1973 die Bundesrepublik und damalige DDR den Vereinten Na-

tionen beitraten. Seitdem habe sich Deutschland von „Feindstaat zu einem der größten Unterstützer der Vereinten Nationen gewandelt“, erklärte Baerbock anlässlich eines Festakts. Einen permanenten Sicherheitsratsitz thematisierte weder sie noch der Kanzler direkt; stattdessen betonten beide ihre Unterstützung für notwendige, grundlegende Reformen. Die VN müssten „gerechter, inklusiver und handlungsfähiger“ werden, so die Außenministerin. Bis dahin wolle Deutschland Verantwortung als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat übernehmen, warb Scholz in der Generalversammlung für die Kandidatur im Jahr 2027/2028.

Auch im Bundestag wird mit den angesichts des Ukrainekriegs deutlich hervortretenden Schwächen der Weltorganisation der Ruf nach Veränderungen lauter: Das zeigte sich diese Woche, als im Plenum

über zwei anlässlich des Beitrittsjubiläums eingebrachte Anträge debattiert und abgestimmt wurde. Die Koalitionsfraktionen dringen in ihrer angenommenen Vorlage (20/8536) unter anderem auf eine gerechtere Repräsentanz aller Weltregionen im Sicherheitsrat, die Union fordert die Regierung in ihrem abgelehnten Antrag (20/8524) auf, unter anderem eine Diskussion um die „Neugestaltung der Vetorechte“ voranzubringen.

Im Jubiläumsjahr solle sich Deutschland an die „Spitze der Reformanstrengungen“ setzen, verlangte Monika Grütters (CDU). Als Stabilisator der regelbasierten Ordnung habe man sich über die Jahre „hohes Ansehen erworben“. Dies müsse viel stärker auch bei der weltweiten Konfliktlösung eingebracht werden. Gabriela Heinrich (SPD) betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Staaten – auch

wenn diese nicht die gleichen Werte vertreten. Autoritäre Staaten wollten ebenfalls nicht „überfallen“ oder von „Naturkatastrophen hinweggefegt“ werden. Pessimistisch äußerte sich Jürgen Braun (AfD): Die Mehrheit der VN-Mitgliedstaaten sei „entweder islamisch oder andere Diktaturen“ und „pfeife“ auf Demokratie und Menschenrechte. Auch er drängte auf Reformen: Es sei Zeit, dass Indien, Japan und Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhielten.

**Veto als Blockade** Ulrich Lechte (FDP) räumte Schwächen der VN ein: Bis heute lasse die Umsetzung der Ziele und Grundsätze der VN-Charta zu wünschen übrig. Der völkerrechtswidrige Ukrainekrieg und Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren wögen „äußerst schwer“, weil Russland und China durch ihr Veto jedes Eingreifen in Blauhelmen verhierten. Dennoch sei die Welt mit den VN „besser als ohne“, resümierte Lechte mit Blick etwa auf das Welternährungsprogramm.

Als nicht zeitgemäß kritisierte Andrej Hunko (Linke) die Debatte: Die Welt befinde sich im Umbruch, „weg von einer unipolaren Welt hin zu einer multipolaren Welt“. Das würden Vorlagen und Reden nur „völlig unzureichend“ reflektieren. Statt Aufrüstung, die implizit gefordert werde, brauche es mehr Diplomatie.

Außenstaatssekretär Tobias Lindner (Grüne), der anstelle der verhinderten Außenministerin sprach, betonte das bisherige Engagement Deutschlands als zweitgrößter Beitragszahler und verlässlicher Partner in VN-Friedensmissionen. Künftig werde man sich zudem für ein „Update“ der VN einsetzen: In einer „neuen Phase der Außenpolitik“ wolle Deutschland auch neue Aufgaben übernehmen.

Sandra Schmid

## Rätsel um die Liste

**AFGHANISTAN** Zeugenaussagen zur Ortskräfte-Ausreise

Panik hat viele Deutsche erfasst, als die Taliban am 15. August 2021 in Kabul einmarschierten. Bundeswehrsoldaten, Journalisten oder Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) hatten in Afghanistan mit Menschen zusammengearbeitet, für deren Schicksal sie sich nun verantwortlich fühlten. Wer dann nach offizieller Hilfe suchte, stieß auf ein Wort: Die Liste! Afghanische Ortskräfte mussten auf diese Liste gesetzt werden, wenn sie nach dem geltenden Ortskräfteverfahren nach Deutschland ausreisen wollten – viele hatten nach der Machtübernahme der Taliban Angst um ihr Leben.

Nur, wo war diese Liste? Und wer hat sie erstellt? Telefonnummern und E-Mail-Adressen kursierten, die die Ortskräfte kontaktieren sollten, manchmal stimmten sie, oft nicht. Man hörte nur in seltensten Fällen, was mit den eingeleiteten Informationen passierte. Die Liste schluckte jede Information wie ein schwarzes Loch.

**Unterbesetzte Referate** Sie hätten damals einen Kraftakt vollbracht, berichtete am Donnerstag im 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan die Leiterin des für humanitäre Angelegenheiten verantwortlichen Referats im Auswärtigen Amt. Sowohl ihr eigenes, als auch andere zuständige Referate, seien unterbesetzt gewesen. Ihr zufolge hat es drei Listen gegeben: eine für Ortskräfte, eine für humanitäre Zwecke und ein Sammelpostfach. Während die Ortskräfte von den zuständigen Ministerien geführt worden sei, sei ihr Referat für die humanitäre Liste verantwortlich gewesen, auf der Journalisten, Wissenschaftler oder Menschenrechtsaktivisten gestanden hätten. Im Sammelpostfach seien alle Anfragen verschiedener NGOs oder Einzelpersonen zusammengelaufen.

Im Eilverfahren hätten die Anfragen nach Berufen kategorisiert, im zuständigen Fachreferat des AA nach Plausibilität geprüft und die Namen schließlich wieder in einer Liste zusammengefasst und täglich zur endgültigen Zusage an das Bundesinnenministerium (BMI) geschickt werden müssen. Dass mancher Name aus verschiedenen Kanälen mehrfach übermittelt worden sei und die Qualität der Informationen stark geschwankt habe, habe die Arbeit erheblich erschwert, sagte die Beamtin.

**Strenge Kriterien** Für eine Zusage seien mit dem BMI verschiedene Kriterien vereinbart worden, berichtete die Zeugin. Es hätten nur diejenigen Personen und ihre Kernfamilien eine Ausreisegenehmigung bekommen, die nachweisen konnten, für eine deutsche Institution, ein von Deutschland unterstütztes Projekt oder für deutsche Medien gearbeitet zu haben. „Und einige Personen, an denen ein außenpolitisches Interesse bestand“, fügte die Zeugin hinzu.

Der Ausschuss beschäftigte sich in der Sitzung außerdem mit dem ominösen Begriff „Emirat 2.0“. Hintergrund ist eine Prognose des Bundesnachrichtendienstes (BND) aus dem Jahr 2020, die eine Rückkehr der Taliban als wahrscheinlichstes Szenario für Afghanistan annahm. Der damalige Leiter des BND-Regionalreferats erklärte dazu im Zeugensitzung, dass Prognosen normalerweise nicht zum Auftrag gehörten. Doch während der Corona-Pandemie hätten einige Mitarbeiter einen „neuen Werkzeugkasten ausprobiert“. Herausgekommen sei die Prognose, die sie „Emirat 2.0“ genannt hätten. Als das Ergebnis beim Bundeskanzleramt vorgestellt worden sei, sei es auf Interesse gestoßen, berichtete der heute pensionierte Beamte. Seitdem werde die neue Methode weiterbearbeitet.

Cem Sey



Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) vergangene Woche in New York bei einer Dringlichkeitssitzung des VN-Sicherheitsrats.

picture alliance / T. Trutschel

KURZ REZENSIRT

**KATERINA GORDEEVA**  
**Nimm meinen Schmerz**  
 Geschichten aus dem Krieg.  
 Droemer, München 2023; 352 S., 24,00 €

Die stets schwarz gekleidete Journalistin Katerina Gordeeva hat auf ihrem Youtube-Kanal „Sage Gordeeva“ über 1,5 Mio. Follower. Die frühere Fernsehmoderatorin des Moskauer Senders NTW und Dokumentarfilmerin, vorwiegend zu sozialen Themen, gehört zu den populärsten und meinungsstärksten russischen Journalisten. Dass sie unmittelbar nach der Annexion der Krim 2014 ihre Heimat verließ, machte sie in den Augen ihrer Zuschauer nur glaubwürdiger. Das gilt vor allem im Vergleich zu anderen Publizisten, die erst nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eine kritische Haltung zum Kreml-Regime entwickelten. Gordeeva interviewt auf ihrem Youtube-Kanal russische Oppositionelle, wie Evgenij Roisman, den Kriegskritiker Oleg Orlov oder die Schauspielerinnen Lia Achedzhakova und Tschulpan Chamatova, eine frühere „Vertrauensperson“ Präsident Putins. Mit Gordeeva sprach auch der in Russland geliebte Rockmusiker Jurij Schewtschuk, dessen Konzerte inzwischen verboten sind, weil er sich öffentlich gegen den Krieg stellte. Unterdessen wurde die Journalistin vom russischen Justizministerium als „ausländische Agentin“ gebrandmarkt; viele ihrer Follower betrachten dies als Auszeichnung. In ihrem Dokumentarfilm über die Kriegsflüchtlinge kommen Ukrainerinnen aus Mariupol und Donezk genauso zu Wort wie Kriegerwitwen aus der russischen Provinz. Aus diesen Interviews ist ein lesenswertes Buch entstanden, in dem Gordeeva ihre Heimat immer wieder „das Angreiferland“ nennt. Nachdrücklich widerlegt darin die russischsprachige Ukrainerin Ljuda Putins „Befreiungs“-Narrativ: „Als ich hörte, dass die russischen Soldaten uns befreien kommen, war ich erstaunt: Vor wem wollen sie uns denn befreien? Wir sind doch frei! Wir (...) sprachen die Sprache, die wir sprechen wollen. Sie waren gekommen, um uns zu vernichten.“ *Aschot Manutscharjan* ||

**CATHERINE LIU**  
**Die Tugendpächter**  
 Wie sich eine neue Klasse mit Moral tarnt und Solidarität verrät.  
 Westend Verlag, Frankfurt/M. 2023; 128 S., 18,00 €

Die kalifornische Medienprofessorin Catherine Liu verfasste ihre Streitschrift noch in der Präsidentschaft von Donald Trump. Jetzt wurde ihre Darstellung eines Milieus, das sich „mit Moral tarnt und Solidarität verrät“, ins Deutsche übersetzt. Ausgangspunkt ist der Begriff der „Professional Managerial Class“ (PMC), den Barbara und John Ehrenreich 1977 prägten. Die PMC besteht aus erfolgreichen Angestellten mit guter Ausbildung, akademischen Berufen in Forschung und Lehre, in den Medien, im öffentlichen Dienst, in Beratung und Justiz. Bereits die Ehrenreichs schilderten, wie die Werte der PMC die Priorität der sozialen Frage in der Demokratischen Partei immer mehr verdrängten. Es handele sich um eine neue Art des Klassenkampfes, lautet nun die Kernthese Lius. Dieser richte sich nicht mehr gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Arbeiterklasse, die von der liberalen Elite verachtet werde. In Krisen verwandele die PMC den Kampf um politische Kurswechsel in „individualisierte Passionsspiele“. Tugend werde zum persönlichen „Accessoire“, demonstriere Überlegenheit gegenüber den angeblich Unwissenden. Damit passe die PMC bestens in eine sich progressiv gebende globalisierte Wirtschaft. Dort rede man „lieber über Vorurteile als über Gleichheit, über Sichtbarkeit als über Ausbeutung“. Die Autorin kritisiert die Fixierung auf Identitätskategorien wie Gender und Race, besonders an den Hochschulen dominieren „Geschmäcker und Affekte“. Ähnlich hatte nach Trumps Sieg der Politikwissenschaftler Mark Lilla argumentiert und verwies auf den Pakt der Demokraten mit der Wall Street und dem Silicon Valley. Abwertende Äußerungen von Hillary Clinton über die Unterschicht hätten zu ihrer Niederlage beigetragen. Liu fordert die globale PMC auf, sich stärker an Gerechtigkeit und Solidarität zu orientieren – nur so könne man dem rechten Populismus den Nährboden entziehen. *Thomas Gesterkamp* ||



Vergeblicher Appell: Wenige Tage vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine wirbt Bundeskanzler Scholz bei Russlands Präsident Putin für den Frieden. © picture-alliance/dpa/Russian President Press Office/Mikhail Klimentyev

# Die Angst in den Gemütern

**AMPELKOALITION** Stephan Lamby dokumentiert die Abgründe des Regierens in Kriegszeiten

Die Ampelregierung geht mittlerweile in ihr drittes Jahr. Während in diesen Wochen in den Redaktionen Zwischenzeugnisse geschrieben werden, hat der Journalist und Filmemacher Stephan Lamby eine ausführlichere Halbjahresbilanz vorgelegt: Als dreiteilige Dokumentation in der ARD und in Buchform als 400-seitige Zwischenbilanz des rot-grün-gelben Regierens. Lamby ist sehr nah dran an den Akteuren, er begleitet Kanzler und Kabinettsmitglieder im Regierungsluftverkehr, bei Staatsbesuchen, sucht das Hintergrundgespräch. Seine These: Dieser Regierung, die sich als selbst ernannte „Fortsetzungsregierung“ vor zwei Jahren aufmachte, Verkündungen im Land aufzubrechen, ist mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 der Boden unter den Füßen weggerissen worden: „Sie hatte sich vorgenommen, Deutschland gesellschaftspolitisch und industriepolitisch zu modernisieren und das Land in eine klimaneutrale Zukunft zu führen.“ Nun aber fanden sich Olaf Scholz, Robert Habeck, Annalena Baerbock, Christian Lindner und die anderen in einer Situation wieder, in der sie verzweifelt versuchen dem Land ein Stück Normalität zu sichern, seinen Wohlstand zu wahren. „Aus der Koalition der Reformer wird eine Koalition der Bewahrer.“

Lamby skizziert, wie die Koalition von Union und SPD das Land sehenden Auges in eine fatale Energieabhängigkeit von Russland geführt hat – und wie die Ampel versucht, sich aus dieser Verwicklung zu lösen: mit im Eiltempo errichteten LNG-Terminals und kniefällig wirkenden Besuchen bei Scheichs am Golf. Er beschreibt, wie die Kabinettsmitglieder und Koalitionsspitzen mit dem Kurs zur Unterstützung der Ukraine und zur sicherheitspolitischen Neuaufstellung ringen: tastend, mit Widerständen in den eigenen Reihen kämpfend, lang gehetzte Gewissheiten beiseite schiebend. Grüne, die für Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet eintreten, Sozialdemokraten, die sich mit Steigerungen im Militäretat und mit bewaffneten Drohen anfreunden, Liberale, die bereit sind, dafür ein beträchtliches Sondervermögen aufzuliegen, heißt: einen weiteren Schuldenberg aufzutürmen. Das Buch lässt sich als Anwendungsfall von Max Webers berühmter Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik lesen. Wir betrachten Politiker, die sich von manchem programmatischen

Überschuss lösen und gerade deshalb in den ersten Monaten des Krieges auf Zustimmung in einer verunsicherten Bevölkerung hoffen dürfen. Immer wieder wird deutlich, wie sich die Angst „tief in die Gemüter“ der Beteiligten frisst: Vor Engpässen in der Energieversorgung, vor politischen Spannungen im Land. Vor der Frage, ob der russische Präsident zum Äußersten bereit ist, vor dem Einsatz von Atomwaffen. Im Sturzbad des Geschehens scheinen die Beteiligten die langen Linien nicht mehr zu sehen. Hinter den Jubel über die schnelle Einweihung eines LNG-Terminals setzt der Autor ein dickes Fragezeichen. Was, bitte schön, gibt es für eine klimapolitisch ambitionierte Regierung hier zu feiern? Es zeichnet Lamby's Buch aus, dass er die Spitzen der Ampel kritisch beobachtet, sich aber Spott oder gar Häme verbietet. Sein Blick ist zugewandt, nicht abgeklärt, distanziert, aber nicht kalt. Den Abstand wahrt er aber nicht konsequent. Wenn der Autor sich selbst beschreibt, wie er in die Kanzler- und Ministerbüros zum Hintergrundgespräch eingeladen wird, durchbricht er die gebotene Distanz. Wer

ein „Ich“ ins journalistische Genre einführt, sollte dafür gewichtige Gründe haben. Lamby hat sie nicht. Im Buch gelingt ihm andererseits, was in der TV-Dokumentation zu kurz kommt: Die Einordnung des Geschehens, die Verknüpfung der Beschreibung des Augenblicks schwieriger Entscheidungen mit Aus- und Rückblicken. **Wunden** Je näher die Darstellung an die Gegenwart rückt, desto mehr weicht die anfängliche Einigkeit dem Streit der Koalitionäre. Ob Gasumlage, AKW-Streckbetrieb oder Heizungsgesetz: Die Ampel versinkt immer mehr im Streit, macht handwerkliche Fehler, missgönnt sich Erfolge und Umfragewerte. Das Buch zeigt, wie Scholz und Habeck, Lindner und Baerbock zu Getriebenen der Opposition, der Boulevard-Schlagzeilen und der nächsten Tweet-Grätsche aus den eigenen Reihen werden. Freimütig gesteht Habeck ein, dass das Ampel-Regieren nicht ohne das Befügen von Wunden auskommt. Er habe aber „keine blutende“. Lamby ist mit „Ernstfall“ eine Dokumentation gelungen, die die Atemlosigkeit im Zentrum der Macht im Zeichen der Krise einfängt. Insofern gibt es durchaus Parallelen zum Kollegen Robin Alexander, der mit „Die Getriebenen“ einst das Buch zur Flüchtlingskrise vorgelegt hat. Beim Lesen solcher Langzeitbeobachtungen stellt sich

ein paradoxer Effekt ein: Sie zeichnen mit großer Dringlichkeit ein Gegenwartsgeschehen nach, das sie bei Drucklegung eigentlich schon historisieren. Das ist auch bei Lamby so. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verliert nicht seinen Schrecken. Aber der Blick auf diesen Schock wird mit dem zeitlichen Abstand abgeklärt. Etwas mutlos fällt das Resümee des Buches aus. Wenn es richtig ist, dass sich die Welt gerade in neue Blöcke sortiert, wenn weiterhin die Beobachtung zutrifft, dass die Welt in eine Klimakatastrophe schlafwandelt, dann könnte man auch Zuversicht aus den Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen schöpfen, die Lamby eindrücklich, aber gewissermaßen nur unter größten Sorgenfalten beschreibt: Die Fähigkeit zur Selbstkorrektur der Demokratie. *Alexander Heinrich* ||

»Aus einer Koalition der Reformer wird eine Koalition der Bewahrer.«  
 Stephan Lamby

**Stephan Lamby:**  
**Ernstfall**  
 Regieren in Zeiten des Krieges.  
 Ein Report aus dem Innern der Macht.  
 C.H. Beck, München 2023; 400 S., 26,90 €

## Der Prinz mit dem Hakenkreuz

**HOENZOLLERN** Die Rolle Wilhelms von Preußen beim Aufstieg der NSDAP

Wilhelm, der älteste Sohn Kaiser Wilhelm II. und letzte Kronprinz des Deutschen Reiches, steht seit einigen Jahren im Mittelpunkt eines heftigen Streits. Der 1951 verstorbene Kronprinz beschäftigte Gerichte, Historiker, Medien und auch den Bundestag. Im Kern der Auseinandersetzung geht um die Frage, ob Wilhelm durch sein Verhalten dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub geleistet“ hat. Bejaht man dies, erhalten seine Erben keine Ausgleichleistungen nach dem Ausgleichsgesetz für die entschädigungslosen Enteignungen nach 1945 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Zwar hat der aktuelle „Chef des Hauses Hohenzollern“, Georg Friedrich Prinz von Preußen, zwei entsprechende Klagen mittlerweile zurückgezogen. Die Frage nach dem Verhalten seines Urgroßvaters bleibt aber weiterhin in vielerlei Hinsicht interessant. Der Potsdamer Historiker und exzellente Hohenzollern-Kenner Jürgen Lüh zeigt mit seinem Buch, dass der Ex-Kronprinz durch öffentliche Auftritte und Äußerungen die Regierung Hitler vom 30. Januar 1933 an unterstützte. Doch schon vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hatte Wilhelm keine Berührungängste gekannt und vielmehr das Gespräch mit dem „Führer“ der NSDAP gesucht. Vor dem zweiten

Wahlgang der Reichspräsidentenwahl im April 1932 hatte er bekannt, Hitler und nicht den ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg wählen zu wollen. Und beim Reichswehr- und kommissarischen Innenminister Wilhelm Groener hatte Wilhelm sich dafür eingesetzt, das zuvor ergangene Verbot von SA und SS wieder aufzuheben. Nach dem 30. Januar 1933 zeigte Wilhelm sich aus voller Überzeugung bei verschiedenen Anlässen an der Seite des neuen Kanzlers und anderer NS-Größen. Besonders bekannt sind Aufnahmen des „Tages von Potsdam“ am 21. März 1933. Durch seine Anwesenheit bei der Reichstagsöffnung beglaubigte er öffentlich die von Joseph Goebbels inszenierte Propaganda, die

neuen Machthaber seien diejenigen, die den Faden der preußisch-kaiserlichen Geschichte aufnahmen und das Reich in eine gloriole Zukunft führen würden. Dasselbe Bild ergab sich durch Wilhelms Teilnahme an der von ihm geforderten Eingliederung des antidemokratischen „Stahlhelms. Bund der Frontsoldaten“ in die SA, bei Wilhelms öffentlicher Werbung anlässlich der „Volksabstimmung“ vom 12. November 1933 – die ein Plebiszit über Hitlers Regierung sein sollte –, und durch das Tragen einer Hakenkreuz-Armbinde. Der Preußenprinz war nicht einfach ein Privatier. Seine Meinung hatte Gewicht gerade bei jenen rechtsgerichteten Kreisen, die der Monarchie und angeblichen Größe des Deutschen Reiches hinterhertrauten. Wenn der ehemalige Kronprinz die Regierung aus NSDAP und Rechtskonservativen öffentlich unterstützte, konnte dies Hunderttausende Anhänger der deutschen nationalen DNVP, des Stahlhelms und andere national gesinnte Parteilose überzeugen, es Wilhelm gleichzutun. Welche Bedeutung er als Werbefigur besaß, unterstreicht der Umstand, dass seine öffentlichen Auftritte nach 1934 deutlich geringer wurden. Das gefestigte NS-Regime bedurfte der Werbung durch den Ex-Kronprinz nicht mehr. *Philipp Austermann* ||

**Jürgen Lüh:**  
**Der Kronprinz und das Dritte Reich.**  
 Wilhelm von Preußen und der Aufstieg des Nationalsozialismus.  
 C.H. Beck, München 2023; 192 S., 18,00 €

Anzeige

### Die aktualisierte Neuauflage des Nachschlagewerks

**Internationale Sicherheit und Frieden**  
 Definitionen von A – Z  
 Von Prof. Dr. Heinz Gärtner  
 4., aktualisierte und erweiterte Auflage  
 2023, 334 S., brosch., 29,- €  
 ISBN 978-3-7560-0077-7  
 E-Book 978-3-7489-1491-4  
 (Studienkurs Politikwissenschaft)

Das Nachschlagewerk enthält Definitionen von Konzepten der Internationalen Sicherheit und des Friedens. Mit etwa 800 Begriffen und über 1000 Definitionen auf dem neuesten Stand der Forschung wird den Leser:innen ein Instrument zur Verfügung gestellt, um wissenschaftliche Arbeitsdefinitionen leicht zugänglich zu machen.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**Nomos**

**AUFGEKEHRT**

**Nerviger als falsch**

Politiker lieben Superlative. Zumindest wenn es darum geht, die vermeintlich eigenen Erfolge dick herauszustreichen, also am dicksten zu machen. Oder aber, um den politischen Gegner mies aussehen zu lassen, sprich am miesesten. Und manchmal trifft es auch die aus ihrer Sicht am schlechtesten informierten Journalisten. So kommentierte dieser Tage der in allen Umfragen aktuell beliebteste Politiker, Verteidigungsminister Boris Pistorius, Berichte über jene digitalen Funkgeräte, die derzeit an die Bundeswehr ausgeliefert werden, aber sich nicht so einfach in die etwa 13.000 Fahrzeuge der Truppe einbauen lassen: „Wenn ich lese ‚Falsche Funkgeräte beschafft‘, dann könnte die Meldung falscher nicht sein.“ Wir lassen an dieser Stelle dahingestellt, ob es überhaupt einen Komparativ (zweite Steigerungsstufe) für das Wörtchen „falsch“ gibt. Die deutsche Sprache ist ja bekanntermaßen eine der schwierigeren oder sogar die schwierigste. Aber Politiker haben es ja wie gesagt eher mit Superlativen (dritte Steigerungsstufe). Vielleicht meinte Pistorius in Wirklichkeit auch, dass gar nicht die Funkgeräte falsch sind, sondern die veralteten Fahrzeuge seiner Truppe, die mitunter zu klein sind für die Geräte oder zu wenig Batterieleistung haben. Frei nach Theodor W. Adorno: Es gibt kein falsches Funkgerät im richtigen Panzer. Oder eben andersherum. Wie auch immer es sich nun verhält: Mit einem Kostenvolumen von 1,3 Milliarden Euro für digitale Funkgeräte, die aktuell nicht verwendet werden können, hat die Bundeswehr definitiv nicht die richtige, auch nicht die richtigere und schon gar nicht die richtigste Wahl getroffen. Und noch etwas ist klar: Die Fälle von Geldverschwendung bei der Rüstungsbeschaffung gehören zu den nervigeren, wenn nicht sogar zu den nervigsten. *Alexander Weinlein*

**VOR 70 JAHREN...**

**Fernsehen aus dem Parlament**

**6.10.1953: Erste Live-Übertragung aus dem Bundestag.** Anfang der 1950er Jahre waren bundesweit gerade einmal 17.000 Fernsehgeräte angemeldet. Fernsehen fand häufig noch in sogenannten Fernsehstuben statt. Einen regelmäßigen Sendebetrieb gab es ohne-



Nicht immer war das Fernsehen ein gern gesehener Gast in den Plenardebatten.

hin erst seit Ende 1952. Bewegte Bilder aus dem Bundestag – Mangelware. Lediglich die Wochenschauen im Kino berichtete mit Filmbeiträgen aus Bonn. Ansonsten sendete nur die Radiosendung „Die Woche im Bundestag“ Ausschnitte aus den Debatten. Doch am 6. Oktober 1953 änderte sich das: Erstmals konnten die Deutschen eine Sitzung des Parlaments live vor den Fernsehgeräten verfolgen. Damals trat der zweite Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, die Alterspräsidentin Marie-Elisabeth Lüders (FDP) eröffnete. Doch schon bald sollten die Übertragungen wieder eingestellt werden. 1954 entbrannte ein Streit über die Pariser Verträge, die die Westintegration der Bundesrepublik regeln sollten. Die Debatten im Bundestag wurden hitziger. Skeptiker waren schon länger der Meinung, dass heftige Auseinandersetzungen dem Ansehen von Politikern und Parlament schaden könnten. Wenn jemand plötzlich „schreit und Grimassen zieht, dann wirkt das äußerst befremdlich“ auf den „Bürger, der sich zu Hause die Sache ansieht“, blickte der spätere Bundespräsident Karl Carstens (CDU) in den 1970er Jahren zurück. 1957 wurde das Fernsehen mit Hinweis auf den laufenden Wahlkampf nicht mehr zugelassen, 1958 ganz aus dem Parlament verbannt. Erst 1966 wurden Übertragungen wieder generell erlaubt. Heute können alle Debatten unter bundestag.de live verfolgt werden. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG »ROADS NOT TAKEN«**



Vergangenheit, die nicht stattgefunden hat: Das Deutsche Historische Museum in Berlin untersucht Wendepunkte der deutschen Geschichte

**Was wäre wenn...**

„Als am 9. November plötzlich die Grenze geöffnet wurde, lagen sich die Menschen aus beiden deutschen Staaten lachend und weinend zugleich in den Armen. Nach 40 Jahren deutscher Teilung war die Wiedervereinigung plötzlich zum Greifen nah.“ So tönt es aus einem Lautsprecher im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Auf einem Bildschirm läuft Filmmaterial des historischen Tages: Bürgerinnen und Bürger strömen aus der DDR zu den innerdeutschen Grenzen und werden in der Bundesrepublik begeistert empfangen. Es sind die allseits bekannten Szenen der friedlichen Revolution von 1989. Doch plötzlich sagt die Stimme aus dem Lautsprecher: „Aber es hätte auch anders kommen können.“ Und so sind neben Bildern der friedlichen Revolution in der DDR, Aufnahmen vom Platz des Himmlischen Friedens in Peking zu sehen. Auch dort demonstrierten Bürgerinnen und Bürger 1989 für mehr Demokratie und politische Reformen. Anders als in Deutschland wurden die Proteste am Ende vom Militär blutig niedergeschlagen. Wäre eine „chinesische Lösung“ auch in der DDR möglich gewesen? Hätte die Geschichte an so manchen Wendepunkten tatsächlich einen anderen Weg einschlagen

können? Diese Fragen versucht die Ausstellung „Roads Not Taken. Oder: Es hätte auch anders kommen können“ zu beantworten. Die Schau ist eine Art Experiment und zeigt Geschichte, die nie geschehen ist – aber möglich gewesen wäre. Ausgehend vom Fall der Berliner Mauer werden in rückläufiger Reihenfolge 14 Wendepunkte der deutschen Geschichte von 1848 bis 1989 alternativen Verläufen gegenübergestellt. Was wäre gewesen, wenn das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 geglückt wäre oder die Stalin-Note zur deutsch-deutschen Wiedervereinigung geführt hätte? Es ist ein innovatives und gewagtes Konzept für ein Museum, dass doch eigentlich die Realität abbilden soll. Die Idee dahinter stammt vom deutsch-israelischen Historiker Dan Diner. In seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung sagte er, dass mit „Roads Not Taken“ keine alternative oder kontrafaktische Geschichte erzählt werden solle. Es sei vielmehr das Ziel, den Blick zu weiten, auf weitere, in der Geschichte angelegt gewesene, nicht wirklich gewordene Möglichkeiten. Dafür haben die Kuratorinnen und Kuratoren nach Objekten und Quellen gesucht, die

von möglichen historischen Alternativen zeugen. So ist es beispielsweise 1989 nicht selbstverständlich gewesen, dass die deutsche Teilung friedlich enden würde. Hatte sich die DDR-Führung doch erst im Juni desselben Jahres mit den chinesischen Machthabern solidarisiert und die DDR als erster Staat das brutale Vorgehen der chinesischen Führung gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger gebilligt. Wenn in der kommenden Woche bereits zum 33. Mal der Tag der Deutschen Einheit gefeiert wird, ist es kaum vorstellbar, dass es anders hätte kommen können. Die Vergangenheit scheint alternativlos, ist sie doch bereits geschehen. Dennoch zeigt die Ausstellung eindrücklich, dass Geschichte häufig ein Produkt von Handlungen oder Unterlassungen einzelner Menschen ist. Und sie regt zum Nachdenken an – nicht nur über vergangene Ereignisse, sondern auch über aktuelle Kriege und Krisen wie in der Ukraine oder in Bergkarabach, die eines Tages Geschichte sein werden. Die Ausstellung „Roads Not Taken“ kann noch bis zum 24. November 2024 im Pei-Bau des Deutschen Historischen Museums in Berlin besucht werden. *Carolin Hasse*

**PERSONALIA**

**>Rolf Koltzsch**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-1994, SPD**

Rolf Koltzsch starb am 15. September im Alter von 95 Jahren. Der Versicherungskaufmann aus Spenge/Kreis Herford trat 1956 der SPD bei und wurde 1985 stellv. Vorsitzender des Unterbezirks Herford. Von 1969 bis 1987 gehörte er dem Stadtrat in Spenge, von 1962 bis 1994 dem Kreistag in Herford und von 1974 bis 1987 der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe in Münster an. Koltzsch, Direktkandidat des Wahlkreises Herford, betätigte sich im Bundestag im Landwirtschafts- sowie im Umweltausschuss.

**>Jürgen Grimmig**  
**Bundestagsabgeordneter 1975-1976, SPD**

Am 18. September starb Jürgen Grimmig im Alter von 85 Jahren. Der Regierungsdirektor in der Berliner Senatsverwaltung und zeitweilige kaufmännische Direktor der dortigen Porzellanmanufaktur KPM schloss sich 1962 der SPD an und amtierte von 1967 bis 1969 als Juso-Vorsitzender in Berlin. Grimmig, der 1975 für den Abgeordneten Gottfried Wurche in den Bundestag nachrückte, war Mitglied des Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen.

**>Sissy Geiger**  
**Bundestagsabgeordnete 1992-1994, CDU**

Sissy Geiger begeht am 7. Oktober ihren 85. Geburtstag. Die promovierte Kunsthistorikerin aus Darmstadt, CDU-Mitglied seit 1970, hatte verschiedene lokale Parteiämter inne, darunter den Kreisvorsitz. Darüber hinaus engagierte sie sich von 1977 bis 2008 in der dortigen Kommunalpolitik. Im August 1992 war Geiger für den Abgeordneten Franz-Hermann Kappes in den Bundestag nachgerückt. Sie gehörte dem Familienausschuss an. Die Stadt Darmstadt verlieh Geiger die Ehrenbezeichnung „Stadttälteste“.

**>Uwe Kekeritz**  
**Bundestagsabgeordneter 2009-2021, Bündnis 90/Die Grünen**

Am 9. Oktober wird Uwe Kekeritz 70 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt aus Uffenheim in Mittelfranken trat 1990 den „Grünen“ bei und gehörte von 1996 bis 2010 dem Kreistag in Neustadt/Aisch-Bad Windsheim an. Im Bundestag wirkte Kekeritz im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit, dessen stellv. Vorsitz er von 2017 bis 2021 innehatte. Von 2009 bis 2013 war er Vorsitzender des Unterausschusses „Gesundheit in Entwicklungsländern“.

**>Elisabeth Altmann**  
**Bundestagsabgeordnete 1994-1998, Bündnis 90/Die Grünen**

Am 12. Oktober begeht Elisabeth Altmann ihren 80. Geburtstag. Die promovierte Pädagogin und psychotherapeutische Heilpraktikerin aus Nürnberg schloss sich 1982 den „Grünen“ an und amtierte von 1992 bis 1994 als mittelfränkische Bezirksvorsitzende. Von 1984 bis 1990 war sie Kreisrätin in Nürnberg. Im Bundestag arbeitete Altmann im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit. Von 1994 bis 1997 war sie hochschulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

**>Jürgen Wiczorek**  
**Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD**

Am 15. Oktober vollendet Jürgen Wiczorek sein 75. Lebensjahr. Der Nachrichtentechniker aus Böhlen/Kreis Leipzig schloss sich 1990 der SPD an, war seit 1995 Vorsitzender des Ortsvereins und seit 1996 stellv. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Leipzig. 1994 wurde er Stadtrat. Der Direktkandidat des Wahlkreises Leipzig-Land wirkte im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Sportausschuss mit.

**>Reiner Meier**  
**Bundestagsabgeordneter 2013-2017, CSU**

Am 15. Oktober wird Reiner Meier 70 Jahre alt. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Tirschenreuth in der Oberpfalz schloss sich 1973 der CSU an und war Vorstandsmitglied auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene. 1988 wurde er stellv. bayerischer Landesvorsitzender der Arbeitnehmer-Union (CSA) seiner Partei und zugleich Vorstandsmitglied der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) in Brüssel. Von 2009 bis 2013 amtierte er als Büroleiter des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer. Im Bundestag wirkte Meier im Gesundheitsausschuss mit. *bmh*

**LESERPOST**

**Zum neuen Redaktionsschluss:**  
Als ich heute Mittag (Samstag) meinen SPIEGEL aus dem Briefkasten holte, hielt ich plötzlich auch „Das Parlament“ in den Händen. Dachte, hier hätte ich versehentlich noch eine „alte“ Ausgabe doppelt bekommen. Aber das Datum auf Seite 1 war eindeutig: Berlin, 23. September 2023. Aber das „Editorial“ klärte mich schnell auf: „Druckfrisch am Samstag“. So habe ich jetzt am Wochenende die Wahl zwischen zwei Print-Medien, die ich beide schätze. Vielleicht werde ich abwechselnd lesen...Jedenfalls eine tolle Überraschung immer aktuell informiert zu sein; in dieser heutigen schnelllebigen Zeit!

*Hans-Jürgen Jakobs,  
Ottobrunn/Bayern*

**Zur Themenausgabe Migration (Ausgabe 33-34) vom 14. August 2023:**  
Ihre Ausgabe mit Schwerpunktthema Migration ist leider sehr einseitig. Eine Binse, nämlich dass Migration immer schon stattfand, wird als Argument für die jetzige verfehlte Migrationspolitik angeführt. Es werden nur migrationsbefürwortende Experten befragt. Sogar zweimal wird linken taz-Redakteuren Platz geboten, keinem Mal aber rechten bzw. konservativen Meinungen (Herr Throm von der ergrünnten Merkel-CDU zählt für mich nicht dazu). Fair wäre es gewesen, etwa die grundlos als „fremdenfeindlich“ bezeichnete AfD auch zu Wort kommen zu lassen. Rechts gehört zur Demokratie wie Links.

*Maik Harms,  
Per Mail*

**Zur Ausgabe 37-38 vom 9. September 2023, „Ein Pakt für mehr Tempo“ auf Seite 1:**  
Der Ampel-Murks soll ab sofort unter der Floskel Deutschland-Pakt fungieren, Sondervermögen machen bleibt in! Unter anderem werden weiterhin unsere Steuern unter dem Terminus „Entwicklungshilfe“, beispielsweise in Indien und China verbrannt! Gott weiß es vielleicht, aber der Kanzler weiß es sicherlich nicht, was das mit der ungezügelt Migration weiter gehen soll! Die Bürokratie soll mit immer neuen Gesetzen entbürokratisiert werden, aber was passiert mit den längst ausgehenden Gesetzen?

*Klaus P. Jaworek,  
Büchenbach*

**Zur Migrationspolitik der Ampel im Parlament:**  
Herr Kanzler es ist fünf vor zwölf, machen Sie prioritär die Migration „zur Chefsache“! Was für eine Heuchelei der polnischen Regierungspartei PiS. Korrupte Regierungsbeamte in Polens Konsulaten haben Arbeitsvisa an hunderttausende Flüchtlinge vertickt, viel Geld verdient und ad absurdum die Terrorgefahr selbst in die EU geholt, vor der die Partei seit Jahren warnt. Uns Deutschen hat man stets Naivität vorgeworfen, weil wir Flüchtlinge kaum kontrollieren und regelrecht anlocken würden. Was für ein Realitätsverlust, denn Polen verweigert jeden EU-Kompromiss, nimmt Asylbewerber, die über Polen einwandern, grundsätzlich von uns nicht zurück! Man brüstet sich völlig unrealistisch als „Bollwerk Europas“ gegen die Einwanderungsmassen aus dem Osten. Das korrupte Handeln, Warschauer Beamter verstärkt die Zuwanderung brisant! Die Käufer der polnischen Papiere wurden sogar gezielt nach Deutschland geschleust! Aufgrund dieser fiesen Kampagne muss der Kanzler sofort Taten folgen lassen: Ein Blick über den Tellerrand nach Dänemark zeigt, wie man die Asylkrise mit einem Knallhart-Kurs besser in den Griff bekommt.

*Ursula Reichert,  
Hanau*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?  
Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am Samstag, dem 14. Oktober 2023.

**SEITENBLICKE**



**LIVE UND ZUM NACHSEHEN**

Topthemen vom 11. – 13.10.2023

Wachstumschancengesetz (Do),  
Soziales Mitrecht (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek:  
Alle Debatten zum Nachsehen  
und Nachlesen.



leicht  
erklärt!

# China und Deutschland

Wie sich ihre Beziehung verändern soll



## Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag über das Land China gesprochen.

Genauer: Der Bundestag hat über einen Plan der Bundes-Regierung gesprochen.

Die Bundes-Regierung hat darin festgelegt, wie sie in Zukunft mit China umgehen will.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos.

Folgenden Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Warum ist China ein wichtiges Land?
- Welche Beziehungen gibt es zwischen Deutschland und China?
- Wie will die Bundes-Regierung die Beziehungen verändern?

## China – Ein wichtiges Land



China ist ein Land auf dem Kontinent Asien.

Es ist eins der größten Länder auf der Erde.

Nur Russland, Kanada und die USA sind noch größer.



Auf der Liste der Länder mit den meisten Einwohnern steht China auf Platz 2.

Dort leben etwa 1,4 Milliarden Menschen.

Die Hauptstadt von China hat den Namen Peking.



In den vergangenen Jahrzehnten ist China in der Welt immer wichtiger geworden.

Das liegt zum Beispiel daran, dass China eine immer stärkere Wirtschaft hat.

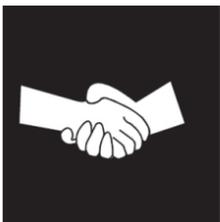
Mit dem Wort „Wirtschaft“ meint man alles, was mit der Herstellung und dem Verkauf von Waren zu tun hat.

Je stärker die Wirtschaft von einem Land ist, desto mehr kann es auf der Welt mitbestimmen.



China bemüht sich auch, in vielen anderen Bereichen zu den wichtigsten Ländern zu gehören.

Zum Beispiel arbeiten in China viele gute Forscher und es entstehen dort viele Erfindungen.



Und China versucht, überall auf der Welt Partner zu finden.

So will China immer mehr mitbestimmen können.

Das ist nicht ungewöhnlich für ein Land.

Die meisten Länder versuchen, so viel mitzubestimmen, wie sie können.

Weil China aber so groß und mächtig ist, hat es für die Welt und für andere Länder eine besonders große Bedeutung.



Das sieht man zum Beispiel an Problemen, die die ganze Welt betreffen.

Ein Beispiel dafür ist der Klima-Wandel.

Die Folgen vom Klima-Wandel sind überall auf der Welt zu sehen.

Ein Land allein kann nichts dagegen machen.

Alle Länder auf der Welt müssen zusammenarbeiten, um solche Probleme zu lösen.

Vor allem große und mächtige Länder müssen dabei mitmachen.

Und da spielt China eine ganz entscheidende Rolle.

### Beziehungen zu China

China ist also ein großes und wichtiges Land.

Deutschland hat schon seit mehreren Jahrzehnten Beziehungen zu China.

Diese Beziehung hat verschiedene Seiten.

Oft wird das so beschrieben:

China ist für Deutschland Partner, Wettbewerber und politischer Gegner.

Diese 3 Seiten der Beziehung werden nun etwas genauer beschrieben.



### China als Partner

China ist für Deutschland ein wichtiger Partner.

Das bedeutet: In vielen Bereichen arbeiten die beiden Länder zusammen.

Sehr wichtig ist dabei zum Beispiel der Handel.

Mit keinem anderen Land auf der Welt treibt Deutschland so viel Handel wie mit China.



Deutsche Firmen verkaufen nach China zum Beispiel Autos, Maschinen und elektrische Geräte.

Und aus China kaufen sie zum Beispiel Maschinen, Kleidung und elektrische Geräte.

Außerdem kann man in Deutschland immer mehr Elektro-Autos aus China kaufen.

Und viele deutsche Firmen lassen ihre Produkte in China herstellen.

China und Deutschland arbeiten auch in anderen Bereichen zusammen.

Zum Beispiel in der Forschung oder im Bereich Kultur.

### China als Wettbewerber

China ist außerdem ein Wettbewerber für Deutschland.

Das bedeutet:

In vielen Bereichen bieten Deutschland und China dieselben Produkte und Dienste an.

Oder sie bemühen sich um dieselben Partnerschaften mit anderen Ländern.

Kunden und mögliche Partner können sich also zwischen Deutschland und China entscheiden.

Und jedes Land will dabei gewinnen.

Die beiden Länder stehen also in einem Wett-Streit.





Ein Beispiel sind deutsche und chinesische Hersteller von Elektro-Autos.

Für Deutschland sind Auto-Firmen sehr wichtig.

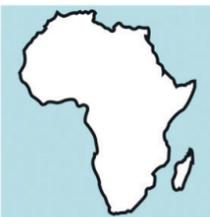
Sie schaffen viele Arbeits-Plätze und verdienen viel Geld.

In Zukunft wollen deutsche Auto-Firmen immer mehr Elektro-Autos verkaufen.

Das Gleiche wollen aber auch chinesische Auto-Firmen.

Deutsche und chinesische Auto-Firmen kämpfen also um dieselben Kunden.

Wettbewerber sind China und Deutschland auch bei Partnerschaften mit anderen Ländern.



Zum Beispiel mit Ländern in Afrika.

Deutschland versucht, die Zusammenarbeit mit verschiedenen afrikanischen Ländern zu verstärken.

China versucht dasselbe.

Auch hier stehen Deutschland und China also in einem Wettstreit.

## China als politischer Gegner

Zwischen der Politik von Deutschland und China gibt es viele Unterschiede.

Ein wichtiger Unterschied ist die Art, wie das Land geführt wird.

Deutschland ist eine Demokratie.

In einer Demokratie bestimmen alle Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Das machen sie zum Beispiel durch Wahlen.

In China ist vieles hingegen wie in einer Diktatur.

In einer Diktatur herrschen wenige Menschen über das ganze Land.

Die meisten Menschen können im Land nicht mitbestimmen.



Sie können nicht die Politiker wählen, die sie wählen wollen.

Und in Diktaturen werden bestimmte Regeln nicht eingehalten, an die sich eigentlich alle Länder halten sollten.

Ein Beispiel dafür sind die Menschen-Rechte.

Menschen-Rechte sind Rechte, die jeder Mensch auf der Welt hat.

Er muss dafür nichts tun.

Er hat sie einfach, weil er ein Mensch ist.

Beispiele für Menschen-Rechte sind:

- Jeder Mensch hat das Recht, frei und in Sicherheit zu leben.
- Jeder Mensch hat das Recht, seine Meinung zu sagen. Dafür darf man ihn nicht bestrafen.
- Jeder Mensch hat das Recht, bei Wahlen mitzumachen.

Die Politik von Deutschland und China ist also sehr unterschiedlich.

Das führt immer wieder zu Streitigkeiten.

## Ein neuer Umgang mit China

Deutschland hat also auf verschiedene Arten Beziehungen zu China.

Und China wird im Moment immer wichtiger auf der Welt.

Die Bundes-Regierung hat deswegen überlegt, wie sie in Zukunft mit China umgehen will.

Dabei ist nicht geplant, die Beziehungen zu China vollkommen zu verändern.

Es geht eher darum, sie an bestimmten Stellen anzupassen.

Ihre Überlegungen hat die Bundes-Regierung in einem Text zusammengefasst.

Der Text heißt: China-Strategie.

Im Folgenden einige Dinge, die die Regierung vorhat:





### Weiter zusammenarbeiten

Die Bundes-Regierung sagt in ihrem Text: Deutschland wird weiter mit China zusammenarbeiten.

China soll ein wichtiger Partner von Deutschland bleiben.

Vor allem zwischen Gruppen, die nicht zur Politik gehören, soll es einen stärkeren Austausch geben.

Zum Beispiel zwischen Forschern oder Menschen aus der Kultur.



### Abhängigkeiten verkleinern

Wichtig ist der Bundes-Regierung aber: Abhängigkeiten von China sollen verkleinert werden.

Abhängigkeit bedeutet: Man ist in einer Sache auf jemand anderen angewiesen.

Zum Beispiel:  
Manche Waren kauft Deutschland im Moment fast nur von China.

Das bedeutet: Wenn China diese Waren nicht mehr liefert, kann es in Deutschland große Probleme geben.

Solche Abhängigkeiten sollen verringert werden.

Zum Beispiel, indem für wichtige Waren noch andere Verkäufer gefunden werden.



Deutschland oder China sollen nicht versuchen, sich dabei unfaire Vorteile zu verschaffen.

Außerdem verlangt Deutschland von China, dass es sich an Regeln hält, die für alle Länder der Welt gelten.

Zum Beispiel an die Menschen-Rechte.



### Kurz zusammengefasst

Der Bundestag hat letzte Woche über einen Plan der Bundes-Regierung gesprochen.

Darin geht es um China.

Es geht um die Frage, wie Deutschland in Zukunft mit China umgehen will.

Dabei ist wichtig, dass die Beziehung von Deutschland zu China verschiedene Seiten hat.

China ist ein Partner, ein Wettbewerber und ein politischer Gegner von Deutschland.

Die Bundes-Regierung schreibt in ihrem Text:

Sie will die Zusammenarbeit mit China beibehalten.

Aber Abhängigkeiten sollen verkleinert werden.

China soll sich gegenüber Deutschland fair verhalten.

Und es soll sich an alle Regeln halten, welche die Länder der Welt miteinander abgemacht haben.



### Regeln einhalten

Die Bundes-Regierung verlangt in dem Text, dass die Zusammenarbeit mit China nach festen Regeln stattfindet.

Beide Länder sollen sich an diese Regeln halten.

Zum Beispiel beim Handel.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)

Kontakt: Bastian Ludwig, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)



Redaktion: Annika Klüh,  
Bastian Ludwig, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Markus Schreiber. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 40-41/2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 16. Oktober 2023.